

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauhaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Laufend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Aus Neumünster werden neue blutige Uebergriffe der Polizei unter Einziehung von Militär gegen Demonstranten gemeldet.

Die preussische Wahlrechtskommission hat beschlossen, dem Plenum die Einführung der geheimen Wahl vorzuschlagen.

In der Reichstagserversammlung im 6. Kölner Wahlkreis kam der Sozialdemokrat mit mehr als 2400 Stimmen Zuwachs in die Stichwahl mit dem Zentrumskandidaten.

Das englische Parlament wurde gestern eröffnet.

Die Gesetzmässigkeit tötet uns!

Leipzig, 16. Februar.

„Gelobt sei Gott für alles!“ An dieses Lieblingswort eines alten Kirchenvaters wird man erinnert, wenn man die Wirkungen betrachtet, die das so verschiedene Verhalten der Polizei den Wahlrechtsdemonstrationen gegenüber auf die Sozialdemokratie ausübt. Sie nützt uns, wenn sie unsere Demonstrationen ruhig passieren läßt, und sie nützt uns, wenn sie mit dem Säbel dreinschlägt. Im ersten Falle ist der Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse reif und mündig, die Polizei aber noch unreif ist und daß sie die eigentliche Ursache des Raubaus und der Ruhestörungen bildet. Im andern Falle, wenn sie mit dem Säbel dreinschlägt, erregt sie so sehr den Abscheu und die Empörung der Öffentlichkeit und gewinnt dadurch den Demonstranten Sympathien auch in den sonst ihnen fernstehenden Kreisen, daß auch hier nur eine Förderung der großen Sache der Freiheit herausspringt. Man lese nur, wie aufreizend die Brutalitäten der Frankfurter Polizei auf die gesamte Öffentlichkeit dieser Stadt gewirkt haben! So schreibt beispielsweise die Frankfurter Zeitung, der sicherlich kein Mensch einen Mangel an Polizeifrommigkeit vorwerfen kann:

Zur selben Zeit hat die Frankfurter Polizei, die unter dem jetzigen Polizeipräsidenten im Rufe guter bürgerlicher Umgangsformen stand, gegen das Publikum, gleichviel ob es demonstrierendes oder nichtdemonstrierendes Publikum war, wie Rasaken oder Mischts gewüthet. Wer nicht selbst das Mäheur gehabt hat, in ihre Hände zu fallen, hört doch immer noch von neuen Seiten, daß die in der letzten Zeit oft gelobte Frankfurter Schutzmannschaft in unerhörter Weise gegen ein Publikum vorgegangen ist, das noch nichts Schlimmeres im Sinne hatte als das Berliner, das unbehelligt gelieben ist. Man mühte kein Blut und keine Nerven haben oder ein ganz elender Philister sein, um über diese Vorgänge nicht die größte Empörung zu empfinden, in erster Linie natürlich über die Brutalität, die da-

bei geübt wurde, dann aber auch über die ganze Auffassung der Natur des deutschen Staatsbürgers, dieser Auffassung, die den Untergrund der Frankfurter und ähnlicher Vorgänge bildet.

Deutsche Staatsbürger sind keine Mischts, die ja an solche Behandlung gewohnt sein mögen. Deutsche Staatsbürger verbiten sich aufs entschiedenste alle unmotivirte Aggressivität der Polizei, und fordern, daß sie sich nicht um Dinge kümmerge, die sie nichts angehen, und Straßendemonstrationen gegen sie schlechterdings nichts an, solange keine Gefahr verkehrt werden. Es kommt darauf an, daß sich auch das Bürgerthum von Philistrität freimache, wo sie etwa noch vorhanden ist, und das Recht behaupte, seine Meinung auch höchstpersönlich auf der Straße zu sagen, wenn es dazu Lust hat. Damit wird dann auch der Polizei klargemacht sein, daß sie kein deutsches Rasakenkorps ist.

Das ist eine Sprache, die sich hören läßt. Man sieht zugleich, wie aufklärend eine preussische Schutzmannschaft wirkt, denn, wie unsern Lesern bekannt ist, machte der Redakteur der Frankfurter Zeitung mit dieser Faust selber Bekanntschaft, und die Funken, die ihm dabei aus dem Auge flogen, haben ihm augenscheinlich die Natur des preussischen Staates und der preussischen Polizei blühartig erhellt.

Aber ebenso eindringlich war der politische Anschauungsunterricht, den die Berliner Polizei mit der umgekehrten Methode gab. Sie sperrte die innere Stadt so hermetisch ab, daß ein bürgerliches Organ, die Liberale Korrespondenz, daraus folgende Konsequenz zog:

Die Behörden, in voller Unkenntnis der Psychologie der Massen, schienen wirklich geglaubt zu haben, daß auf das Schloß eine Attacke à la Erstürmung der Bastille geplant gewesen sei. Die Ummauerung der Schloßgebäude durch Schutzleute machte fast einen lächerlichen Eindruck. Aber die Angelegenheit hat doch auch einen sehr ersten Hintergrund. Es trägt sich in diesem Uebermaß von Schutz Mißtrauen gegen das Volk aus, das ein Charakteristikum solcher Regierungen ist, die sich bewußt sind der Unpopularität und Volksfeindschaft ihrer Politik und die sich nur noch verlassen auf die „durchschlagende Beweiskraft“ von Säbel und Pistole. Eine Herrschaft dieser Art aber steht auf ährenen Füßen.

Auch mit dieser politischen Aufklärung durch die Polizei wird man zufrieden sein können. Die Berliner Polizei hat jedem, der Augen hat, zu sehen, vordemonstrirt, daß es für die „steile Höh“, wo Fürsten stehen, in Preußen nichts Gefährlicheres gibt, als eben das preussische Volk. Als am letzten Freitag im preussischen Landtag Genosse Ströbel von dem Mißtrauen der Krone zum Volke sprach, wurde er zur Ordnung gerufen. Die Berliner Polizei tut aber nichts andres, als dieses Mißtrauen recht drastisch vor Augen führen. Wenn man ihr lächerliches Vorgehen zum Maßstab nehmen wollte, so hat es allerdings den Anschein, als bliebe als Sicherungstrupp der „steilen Höh“ lediglich der betrunkene Janagel der Großstadt übrig, jene lieblichen Penndrücker, die als starrernde Hurrafanalle ihre große Bedeutung für die Reklamezwecke des Patriotismus haben, und die damals in jener

köstlichen Januarnacht 1907 als „Volk“ unter polizeilicher Eskorte vor die Fenster des Berliner Schloßes geführt wurden, deselben Berliner Schloßes, zu dem man jetzt dem wirklichen preussischen Volk mit allen Mitteln den Zugang verweigert. Selbstverständlich geschieht das unter Billigung, wahrscheinlich auf Befehl des Inhabers jener „steilen Höh“, der jetzt, wie es scheint, gar nicht mehr das Bedürfnis nach „mehr Volk“ empfindet, das ihn am Abend der Hottentottenwahlen so stürmisch erfüllte. Sonst bedürfte es doch nur eines Wortes aus seinem Munde, und die Berliner Polizei wäre aus einer lächerlichen Situation befreit.

Während so die preussische Polizei mit oder ohne Brutalität politische Aufklärung über das Wesen des preussischen Staates verbreitet, leistet sie gleichzeitig der sozialen Revolution einen unschätzbaren Dienst. Unsterblich dankbar dafür kann sie sicher sein, brauchen wir doch nunmehr nichts andres tun, als die von der Polizei anerkannten Tatsachen zusammenzustellen und sie den Massen ins Gehirn zu hämmern. Damit übrigens auch der Humor nicht fehle, wird mitgeteilt, daß jetzt gegen die Genossen Lebebour, Stadthagen und Fischer wegen Anzettlung der deutschen Revolution (Vergehen gegen § 7 des Reichsvereinsgesetzes betr. Versammlungen unter freiem Himmel) ein — Strafverfahren eingeleitet wird. In Essen hat man den Attentäter, Genossen Limbergh, sogar schon ein Strafmandat in Höhe von 6 Mk. zugesandt, was alle, die noch Sinn für Komik haben, sicherlich mit großer Heiterkeit vernehmen werden. Immerhin ist fraglich, ob die Polizei mit dem Beschreiten des gerichtlichen Wegs Ausflüchten auf Erfolg hat. Nach einer Entscheidung des preussischen Kammergerichts sind Wahlrechtsdemonstrationen nicht verboten. Wie in der neuesten Nummer der Deutschen Juristenzeitung mitgeteilt wird, führt der höchste preussische Gerichtshof in dieser Beziehung aus:

Wie einerseits die Betätigung, des Entschlusses, eine Ansicht in öffentlich bemerkbarer und dadurch besonders eindringlicher Weise auch Andersdenkenden kundzutun, nicht allein an sich als Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen werden könne, wenn sie sich nur innerhalb der durch die öffentliche Ordnung gezogenen Grenzen halte, so könne andererseits das politische Problem der Reform des preussischen Landtagswahlrechts die demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtswidrig machen. Viel mehr komme es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Benehmen an und für sich die öffentliche Ordnung gefährdet habe. Da dies aber nach den getroffenen Feststellungen nicht geschehen sei, müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Man wird sich dieses Gerichtsurteil gut merken müssen, denn um so schärfer wird das öffentliche Urteil lauten, das über das Vorgehen der Polizei zu fallen ist.

Es ist immer die alte Geschichte: der kapitalistische Staat geht an seiner eignen Gefekmäßigkeit zugrunde. Indem die Sozialdemokratie die Mittel benützt, die ihr

Seuilleton.

Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien von Frank Norris.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Eugen v. Tempel.

17] Nachdruck verboten.
Während er das alles überdachte und dabei mürrisch den Knopf der elektrischen Klingel anstarrte, fiel es ihm ein, daß heut Buttertag war, und Frau Tree in der Mollerei zu tun hatte. Da würde Hilma ihre Mutter bei ihm vertreten. Er blickte in den Spiegel über dem Anrichtentisch und musterte sich mit grimmigem Mißfallen. Aber bald murmelte er, das unraffierte Kinn gegen den Strich reibend, seinem Spiegelbilde zu: „Was für 'ne Frage! Guter Gott, was für 'ne Frage!“ Und dann nach einer Weile: „Ich bin doch neugierig, ob das dumme Femininum heut raufkommen wird.“ Er ging hinüber in sein Schlafzimmer und lugte am Rande der herabgelassenen Gardine aus. Vom Fenster überblickte man das Turmgerüst des artesischen Brunnens, links davon das Küchengebäude und rechts die Mollerei. Der spärende Annixter sah Hilma aus der Mollerei treten und nach der Küche gehen; sie wollte offenbar sein Mittagessen besorgen. Als sie aber an dem artesischen Brunnen vorüberschritt, traf sie den jungen Delaney von Annixters Leuten, der auf dem Pfad vom Bewässerungsgraben herkam und sein Pferd nach dem Stalle führte; in der behandschuhten Hand trug er eine große Rolle Stacheldraht, im Gürtel steckte eine Zange. Gemiß hatte er eben die schadhafte Stelle des Grenzzaunes bei der Treblebrücke ausgebessert. Annixter sah, wie er Hilma grüßte und seinen breitkrämpigen Hut abnahm; dann plauderten die beiden ein Weilchen miteinander. Annixter hörte sogar Hilma sehr ver-

gnügt lachen über etwas, was Delaney gerade sagte. Sie klopfte lieblos den Hals seines Pferdes, und Delaney nahm seine Zange aus dem Gürtel und tat so, als ob er sie damit in den Arm kneifen wollte. Hilma griff nach seinem Handgelenk und drängte ihn lachend hinweg. Nach Annixters Ansicht schien das Paar ja außerordentlich vertraut miteinander zu tun. Heiß stammte der Zorn in ihm auf.

„Ah, standen die Sachen so? Delaney und Hilma hatten ein Liebesverhältnis. Ganz öffentlich und ohne Scheu, biß er seinen Augen tändelten sie miteinander. Das war geradezu ekelhaft. Hatten die beiden denn gar kein Schamgefühl? Nun, so sollte es nicht weitergehen. Er wollte der Sache sofort ein Ende machen; auf seiner — Annixters — Ranch würden solche Geschichten nicht geduldet. Nein! Das Mädel mußte fort von hier, noch ehe er einen Tag älter war. Die Sorte konnte er hier nicht brauchen. Ein für allemal nicht! Fort mußte sie! Noch heut nachmittag wollte er mit dem alten Tree sprechen. Was auch draus würde — er, Annixter, mußte unbedingt auf Moral halten!“ „Und mein Essen!“ rief er plötzlich aus. „Ich muß warten und hungern und kann davon vielleicht wieder krank werden, während die dort unten so ekelhaft poufferen.“

Er wandte sich von dem ihm so widerwärtigen Anblick ab und eilte nach der elektrischen Klingel, deren Knopf er mit aller Macht drückte. „Wenn das Femininum hier raufkommt“, erklärte er, „will ich doch mal hören, warum ich so lange warten muß. Der werde ich gehörig die Levitäten lesen. Ich bin, weiß Gott, nachsichtig genug, aber alles kann ich mir nicht gefallen lassen!“

Einige Augenblicke darauf kam Hilma, um den Tisch zu decken. Annixter, der rauchend und mit den Füßen auf dem Fensterbrett am Fenster saß und so tat, als ob er eifrig die Zeitung studierte, nahm bei ihrem Eintritt unwillkürlich die Füße herunter und drückte das Feuer seiner Zigarette an der unteren Fläche des Fensterbrettes aus; von

Zeit zu Zeit blinnte er verstohlen über den Rand seiner Zeitung nach Hilma hin.

Die erst neunzehnjährige Hilma war ein großes gutgewachsenes Mädchen und über ihre Jahre hinaus entwickelt. Die runden Hüften ihrer schöngeformten Schultern und Hüften verkündete die frühe Reife des kräftigen und gefunden, unter der heißen, südlichen Sonne eines halbtropischen Landes aufgewachsenen Körpers. Voll und warm war ihr Blut, gleichmäßig und gutgeartet ihr Gemüt, das sah man auf den ersten Blick. Der volle Nacken verlief in wundervollen Linien zu den Schultern. Die Haut unter Kinn und Ohren war weich und glatt wie Florettblende und im Genick, am Ansatz der Haare zu einem feinen, zarten Braun abshattiert. Ihr schlanker Hals rundete sich in schön gebogener Linie nach dem Kinn und den Wangen; bleiche, bernsteinhelle Schattenspielen auf der zarten Haut, deren Weiße in fast unmerklichen Abstufungen in das feine, warme Rot ihrer Wangen überging. Hilma hatte große, lichtbraune Augen mit glänzenden, schwarz schimmernden Pupillen, die sich, wenn sie lebhaft sprach oder jemand voll ins Auge blickte, zu ihrer ganzen Größe erweiterten; die Lider, nur ein geringes dunkler als der Grundton ihres Gesichtes, hatten schwarze Wimpern; sie standen, ohne übermäßig lang zu sein, dicht beieinander und bildeten einen wirkungsvollen Rahmen für ihre schönen Augen. Der Mund war etwas groß und die Lippen dicht geschlossen; nichts konnte annähernd und entzückender sein als die Formen dieser vollen Lippen, und ihr weißes Kinn, das in reizvoller Rundung hinüberleitete zu den Linien von Hals, Brust und der gelben, fraulichen Fülle ihres Busens. Die leiseste Bewegung von Kopf und Schultern setzte sich in sein schwingenden Wellen fort über alle diese Herrlichkeit von zarten, schöngeformten Linien und samtweichen, glatten Flächen; seine, bernsteinhelle Schattenspielen kamen und gingen oder verloren sich unmerklich in der zarten Röte ihrer Wangen und den dichten Massen des braunen Haares. Dieses Haar schien beinahe ein Leben für sich selbst zu haben; seine medusen-

Die bestehende Rechtsordnung gewährt, treibt sie die herrschenden Gewalten zur Verzweiflung. Die Grundlage des preussischen Staats ist der Hochverrat, ist der noch immer um Rache schreiende Staatsstreich vom Jahre 1850, dem das heutige Dreiklassenwahlrecht sein Dasein verdankt. Dieser Hochverrat, diese Ungeheimlichkeit von oben hat das Land nicht zur Ruhe kommen lassen. Die Staatsgewalt steht sich zu einer Reform genötigt, will sie aber nur so klammerlich gewahren, daß so gut wie nichts von dem alten Wahlrecht geändert werden soll. Die Massen demonstrieren für ihr Recht, gegen das staatlich organisierte Unrecht. Sie tun es mit den Mitteln des staatlichen Rechts, sie gehen auf die Straße. Der preussische Staat, diese Verkörperung des Staatsstreichs und der Ungeheimlichkeit, bestreitet die Geheimhaltung der Straßendemonstrationen und schickt seine Polizei vor, die mit ungeheimlicher Gewalt die friedliche Geheimhaltung erschwert. Der höchste Gerichtshof des Staates, das Oberverwaltungsgericht, erkennt, daß die Straßendemonstrationen gesetzmäßig und die Polizei ungeheimlich gehandelt haben. Es kommt zu neuen Straßendemonstrationen, bei denen die Massen ebenfalls wieder gegen die bestehende Ungeheimlichkeit des Landtagswahlrechts durch das gesetzmäßige Mittel der Straßendemonstrationen protestieren. Die Polizei teilt sich. Ein Teil handelt wie früher und bekämpft mit ungeheimlichen, gewaltamen Mitteln die gesetzmäßigen, friedlichen Mittel der Staatsbürger. Er ist schlechthin strafbar. Der andre Teil treibt es nicht zur Gewalt, aber durch seine „friedlichen“ Maßregeln, durch sein ängstliches Absperrsystem ist er gezwungen, den Gewaltcharakter des preussischen Staates, sein auf Hochverrat und Ungeheimlichkeit beruhendes Gebäude, um so schonungslos zu enthüllen und gerade dadurch die Bevölkerung um so schärfer zum Sturm auf diese Bastille aufzureizen.

Reichstag.

36. Sitzung. Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratsitz: Sydow, von Arnim.

Das Kalligeseh.

Abg. Dr. Kallig (Elsb.): Die auch bei uns im Ausblühen begriffene Kallindustrie würde durch das Gesetz nur gestört werden. Wir wollen aber sehen, welche Gestalt es in der Kommission erhält.

Abg. von Damm (wirtsch. Vgl.): Der Weg, den die Regierung vorschlägt, scheint uns der gangbarste zu sein, um der bestehenden Kalamität abzuhelfen.

Abg. Werner (Antif.) spricht ebenfalls für die Vorlage.
Abg. von Dannenberg (Welfe): Es ist sehr angebracht, die Kallindustrie zu schützen, ein Drittel sämtlicher Werte liegt in Hannover. Die Ertragslagen von den Millionenverdienstern sind übertrieben.

Abg. Brandy (Vole) äußert starke Bedenken gegen die Vorlage. Es läuft ein Schlußantrag der Konserverfabrik, des Zentrums und der Nationalliberalen ein.

Abg. Lebebour (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Bei der Bedeutung des Gegenstandes bitte ich, den Antrag abzulehnen; wir haben den dringenden Wunsch, daß noch ein zweiter Redner zu Worte kommt. Vermutlich ist das auch bei andern Fraktionen der Fall.

Der Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Das Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Das Stellenvermittlungsgesetz.

Staatssekretär Dellbrück: Die fortgesetzten Klagen über die Stellenvermittlung haben die Eindringung dieses Gesetzes veranlaßt. Besonders die großen

Kämpfe um den Arbeitsnachweis

zwischen den gewaltigen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Gegenstand gelenkt. Die verbündeten Regierungen haben die Frage der Einführung öffentlich-rechtlicher Arbeitsnachweise mit paritätischer Beteiligung der Arbeiter und Arbeitgeber reiflich erwogen. Sie sind

aber zu dem Resultat gelangt, daß wenigstens vorläufig die Lösung der Frage in diesem durchgreifenden Sinne noch nicht möglich ist. Es geht nicht an, die privaten Stellenvermittler ohne weiteres um ihr Brot zu bringen.

Infolgedessen begünstigt sich der Gesetzesentwurf damit, die private Stellenvermittlung einer rechtlichen Regelung zu unterwerfen. Dadurch, daß der Entwurf die Erlaubnis zur privaten Vermittlung an den Bedürfnisnachweis knüpft, und das Bedürfnis insbesondere da verneint, wo ein öffentlicher gemeinnütziglicher Nachweis in ausreichendem Umfang besteht, wird der in der Richtung nach paritätischem Nachweis sich bewegenden Entwicklung Rechnung getragen.

Redner bespricht kurz die Einzelbestimmungen und geht schließlich über die Strafbestimmungen hinweg (die Strafanbahnung wegen Verleitung zum Kontraktbruch erwähnt er überhaupt nicht) und bemerkt zum Schluß, daß der Entwurf in Interessentenkreisen durchaus günstige Aufnahme gefunden habe.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Ob der Entwurf in der vorliegenden Gestalt Annahme finden wird, scheint mir noch recht zweifelhaft. Im Prinzip halten wir ihn für einen Fortschritt, besonders freuen wir uns über das Verbot, Gastwirtschaft und gewerbetreibende Verkäufe alkoholischer Getränke neben gewerbetreibender Stellenvermittlung zu betreiben. Auch hat es uns gefreut, daß der Staatssekretär die Entwicklung in der Richtung des öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises als die naturgemäße betrachtet. Wir beantragen Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Wagner (Sachsen, kons.) spricht sich im allgemeinen durchaus für die Vorlage aus und beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Wittig (nat.-lib.): Die Mängel auf dem Gebiete der Stellenvermittlung sind notorisch. Die Tendenz der Vorlage ist nur zu begrüßen. Die Bedenken der Redner im einzelnen verdienen aber die volle Beachtung der Kommission.

Abg. Manz (freis. Vpt.): Die Mängel müssen allerdings beseitigt werden, aber wir fürchten, daß eine völlige Ausschaltung der gewerblichen Stellenvermittlung beabsichtigt wird, und ich meine, man solle ohne Not einer so großen Gruppe des Mittelstands die Erlaubnis nehmen. (Sehr richtig! bei den Freis.) Wir werden auf dem Boden der Vorlage einige Änderungen vorschlagen und beantragen die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. Brähme (Soz.): Die sozialdemokratische Presse hat seit langem auf die Mängel des Stellenvermittlungswesens aufmerksam gemacht. Die paritätischen Arbeitsnachweise der Kommunen haben den Uebelständen auch nicht abgeholfen. Zum Teil liegt es daran, daß man seitens der Kommunen Mittelvermittler bevorzugt, die für diese Stellung gewiß nicht geeignet sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der vorliegende Entwurf lehnt sich an das französische Gesetz an, geht aber nicht so weit wie dieses, welches die völlige Aufhebung der privaten Stellenvermittlung vorseht. Auch bei uns wird von großen Erwerbsklassen diese völlige Aufhebung verlangt: Vor allem von den Hunderttausenden von Gastwirtschaftlichen, in letzter Zeit aber auch von den Handlungsgehilfen. Vor den Kosten der völligen Aufhebung sollte man nicht zurückfahren, wo es sich darum handelt, das Los der schwächsten Existenzen zu bessern. Bezüglich der Nachtbefugnis, welche der Entwurf den Landesbehörden gibt, sind wir nach unseren Erfahrungen sehr misstrauisch. Einem Sozialdemokraten gegenüber wird man stets geneigt sein, die Bedürfnisfrage zu verneinen.

Die Maßnahmen des § 3, welcher einem Stellenvermittler den Betrieb einer Gastwirtschaft sowie den Kleinhandel mit geistigen Getränken, die Vermietung von Wohn- und Schlafstellen, den Kleiderhandel etc. den Geldebesitz und das Wand- und Reisegeschäft verbietet, schließen wir uns vollständig an. Wenn aber der § 3 der Zentralbehörde erlaubt, Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen, so ist wieder

der Umgehung Tür und Tor geöffnet.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Die Denkschrift weist nach, daß allein aus Berlin jährlich 100 000 Arbeiter auf das Land vermittelt werden. Es wäre interessant, zu erfahren, unter welchen Bedingungen und Wohnen diese 100 000 Arbeiter auf das Land gehen.

Die Denkschrift der Stellenvermittler weist ferner darauf hin, daß nicht sie die

Abwanderung vom Lande

veranlassen, sondern daß dort bei 16 stündiger Arbeitszeit bei einem Lohn von 4 bis 8 Pf. unter der üblichen Verpflegung gearbeitet werden muß, weshalb die Leute es dort natürlich nicht aushalten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die schlimmsten Zustände herrschen im Gastwirtsgerwebe.

Hätten freilich die Gastwirtsgehilfen sich früher zu einer leistungsfähigen Organisation zusammengeschlossen, so würden die Zustände nicht haben eingreifen können. (Wohlbefundene Zustimmung bei den Soz.) Es besteht hier ein Tarif für ganz

Deutschland, welcher ungeheuerliche Gebühren für die Vermittlung ausweist. Der Verdienst der Vermittler ist keineswegs so gering, wie sie selbst glauben machen wollen. Zu diesen hohen Gebühren — auf dem Lande ist die Ausbeutung nicht geringer — kommen noch andere Auswüchse. So ist es a. B. in Elbing Gebrauch, daß der Stellenvermittler die Verkäuferinnen auch gleich einleidet, wobei er natürlich das Bierfache des Wertes der Kleider berechnet. (Lacht! bei den Soz.) Von einem Kellner hat ein Vermittler 100 Mk. für die Vermittlung verlangt. Der Kellner hat auch 80 gezahlt und als der Vermittler den Rest einlagte, war das Gericht so vernünftig, ihn abzuweisen. Redner bringt weitere Beispiele für die Ausbeutung seitens der Vermittler und ihre Gewissenlosigkeit.

Die Arbeitsvermittlung bei den Gewerkschaften

hat außerordentlich segensreich gewirkt. Wir fürchten aber, daß der § 12 dazu benützt werden wird, den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen das Leben sauer zu machen. Am besten wäre es, man würde unserem Entwurf den Artikel des französischen Gesetzes einfügen, welcher ausdrücklich die Fachorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von den gesetzlichen Einschränkungen freiläßt.

Wir stimmen der Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zu und hoffen, daß etwas Brauchbares zustande kommt. Sollen die Arbeiter aber Vertrauen zu dem großen paritätischen Arbeitsnachweis haben, so müßte zuvor den ländlichen Arbeitern endlich die Koalitionsfreiheit gegeben und die Gefinndeordnung aufgehoben werden. Das Fehlen der Koalitionsfreiheit und das Bestehen der Gefinndeordnung gehört ebensowenig in unsere Zeit, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht. (Wohlbefundener Beifall bei den Soz.)

Abg. Kulersti (Vole): Wenn es nicht gelingt, in der Kommission einschneidende Veränderungen an dem Entwurf vorzunehmen, so können wir ihn nicht zustimmen. Seine jetzigen Kautschubestimmungen machen ihn unannehmbar. (Beifall bei den Volen.)

Abg. Dr. Burdhardt (w. Vgl.) begrüßt den Entwurf im allgemeinen. Der Forderung des Kollegen Brähme, daß die Arbeitsnachweise der Organisationen nicht benachteiligt werden dürfen, ist zuzustimmen.

Die Diskussion schließt, die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Auf Antrag des Abg. Wasserhagen verlegt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Erste Lesung des Arbeitskammer- und des Hausarbeitsgesetzes sowie der Gewerbeordnung.)

Gewerkschaftsbewegung.

Die Ausdehnung der Fabrikherrschaft auf der Straße.

Wir veröffentlichten kürzlich ein Schreiben des Kölner Arbeiterschutzbundes an den preussischen Minister des Innern, in dem dieser aufgefordert wurde, auf ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens hinzuwirken. Das Verlangen ist nach der Mitteilung eines Berliner Blattes allerdings einestweilen abgelehnt worden. Die Soziale Praxis, das Organ der bürgerlichen Sozialreformer, bringt in ihrer letzten Nummer das wesentliche des Schreibens der Kölner Scharfmacher, deren Forderung sie als die Ausdehnung der Fabrikherrschaft auf die Straße bezeichnet. Auch sonst charakterisiert das Blatt die Kampfesweise der Unternehmer zutreffend, indem es schreibt:

Ueber die Verwerflichkeit von Uebergriffen und Terrorismus beim Streikpostenstehen ist wohl weiter kein Wort zu verlieren. Aber dagegen sind in unserem allgemeinen Strafgesetz und überhaupt noch in dem Ausnahmengesetz des § 153 der Gewerbeordnung scharfe Abwehrmittel und Waffen vorgesehen. Doch nicht so sehr um die Beseitigung der Uebergriffe der Streikposten ist es den Absehern der Eingabe zu tun, als vielmehr um das Streikpostenstehen überhaupt. Der streikende Arbeiter soll sich nicht in der Nähe der betroffenen Fabrik sehen lassen dürfen; er soll keinen Streikbrecher, weder in dessen Wohnung, noch auf dem Wege zur Arbeit, ansprechen dürfen. Denn alles das sind persönliche Belästigungen und Beeinträchtigungen der Freiheit des Staatsbürgers, die jetzt nach Ansicht des Kölner Arbeiterschutzbundes durch die Gerichte nicht wirksam geahndet werden. Ansehend sind den Verfassern der Eingabe die scharfen Urteile untrer Gerichte unbekannt geblieben, die sich gerade die Streikposten aufs Korn genommen und dem Schutzmann ein diskretionäres Verhüllungsrecht über die Freiheit des Staatsbürgers, sich im Bereich des Streikgebietes öffentlich zu bewegen, eingeräumt haben. Sind doch selbst harmlose, am Streik völlig unbeteiligte Spaziergänger durch Schimpf und Ausdruck aus der Straße, wo eine bestreikte Werkstätte liegt, fortgewiesen und, als sie gegen diesen gewalttätigen Eingriff in ihr gutes Recht protestieren, verhaftet und bestraft worden, obwohl die Ordnung und Sicherheit des Verkehrs nicht im mindesten durch sie beeinträchtigt worden war. Nicht eine „Herrschaft der Straße über die Fabrik“

haften Strahlen lagen feuchtschimmernd und glänzend in dichten, duftigen Massen auf ihrer Stirn und den feinen Ohren mit den roßigen Ohrschläppchen und reichten bis tief in den Nacken. Die dichten Flechten und Locken waren asphaltbraun im Schatten, im Lichte aber schimmerten sie wie glänzende Goldfäden. Hilmas Bewegungen hatten, wie die der meisten großen Mädchen, nichts Eiliges, und diese anmutige, zwanglose Bedachtsamkeit in Gebärden und Haltung war von besonderem, eigenartigem Reiz. Das Anziehende an Hilma war jedoch ihre Einfachheit — eine Einfachheit, die sich ebenso in dem statuenhaften Ebenmaß ihres Profils, ihrer Wangen und Stirn, der ungezwungenen Anordnung des dichten, seidigen Haares zeigte, wie in den edeln Linien ihres Körpers von der Fußhohle bis zum Gürtel und der wundervollen, vom Gürtel bis zum Halse sich rundenden Kurve. Einem fast unbeschreiblichen Gefühl folgend, kleidete sie sich in Uebereinstimmung mit dieser Einfachheit; heute trug sie zu dem glatten, dunkelblauen Kallitorod eine blütenweiße leichtgestärkte Waschluse. Trotz aller dieser Schlichtheit zeigte sie aber auch den feinen, weiblichen Sinn für alles Zierliche und Hübsche. Selbst Annixter bemerkte die netten Schuhe mit den kleinen Stahlschnallen an ihren schmalen, wohlgeformten Füßen; ebensowenig entging es ihm, daß ihre Fingerringe und Nägel rosig und wohlgepflegt waren. Annixter wunderte sich, daß ein Mädchen in Hilmas Verhältnissen sich so nett und sauber, so zierlich und damenhaft halten konnte; dann fiel es ihm aber ein, daß ihre Arbeit sich hauptsächlich auf die Wollkerle beschränkte und auch nur von leichtester Art war. Sie lebte ihrer Eltern halber auf der Raach, nicht aber wegen der Notwendigkeit, hier eine dienende Stellung einzunehmen. Annixter schien es dunkel zu ahnen, daß die günstigen Daseinsbedingungen in diesem großen Neuland des Westens und das gesunde Leben in der reinen, frischen Landluft die Verfeinerung der jungen Mädchen und Frauen förderte; es war nicht die Verfeinerung durch Erziehung und Bildung, sondern eine natürliche und im Wesen des Weibes begründete, die noch nicht verwischt und unterdrückt war durch den erniedrigenden, harten Daseinskampf in überbevölkerten Landstrichen.

Annixter rückte unruhig in seinem Sitze hin und her,

als Hilma beim Ausgehen des Tischtuches die Arme zur vollsten Weite ausbreitete und das weiße Leinen dabei ihr Kinn im Widerstrahl zurückgeworfenes Lichtes schimmern ließ.

„D, Sie sind es, Fräulein Hilma!“ bemerkte er, um etwas zu sagen. „Guten Morgen! Wie geht es Ihnen?“ Hilma blickte auf. „Guten Morgen, Herr Annixter,“ erwiderte sie und stützte sich einen Augenblick auf die ausgebreiteten Handflächen. „Ich hoffe, daß es Ihnen besser ist?“

Ihre Stimme war tief und von einer samtigen Weiche; sie schien mehr aus der Brust als aus dem Halse zu kommen.

„Na ja, mir geht es etwas besser,“ brummte Annixter, um dann unvermittelt zu fragen: „Wo ist der Hund?“

Ein altersschwacher irischer Vorstehernd ließ sich von Zeit zu Zeit im Wohnhause oder dessen Nähe blicken; er schlief dann auf dem Fußboden unter dem Bett und fraß, wenn gerade jemand auf den Gedanken kam, ihn zu füttern.

Annixter lag gar nichts an dem Hund; wochenlang ließ er ihn unbeachtet. Es war nicht sein Hund. Heute aber schien er von nichts anderem sprechen zu können. Er wachte es sich selbst nicht zu erklären, weshalb er immer wieder auf diesen Hund zurückkam. Er fragte Hilma aufs genaueste über den Hund aus. Wem gehörte er? Für wie alt hielt sie ihn wohl? Glaubte sie vielleicht, daß der Hund krank wäre? Wo war er nur hingelommen? Ob er sich vielleicht irgendwo verkrampft hatte, um zu sterben? Während Annixter ah, fing er immer wieder davon an; anscheinend konnte er von nichts anderem sprechen. Als Hilma mit dem abgeräumten Ehegeschirr hinausging, trat er auf die Veranda und rief ihr nach: „D, Fräulein Hilma!“

„Ja!“

„Lassen Sie mich wissen, wann der Hund wieder kommt.“

„Ganz recht, Herr Annixter!“

Er kehrte ins Speisezimmer zurück, setzte sich wieder auf den Stuhl, von dem er soeben aufgestanden war und murmelte: „Zur Hölle mit dem Hunde!“ Er war wütend, ohne zu wissen weshalb.

Als Annixter endlich versuchte, nicht mehr an Hilma Tree zu denken, bemerkte er, daß er einen Thermometer an der Wand gegenüber unterwandert angehängt hatte. Dabei fiel ihm ein, daß er schon lange vorhatte, sich einen guten Barometer zu kaufen, auf den er sich verlassen konnte. Der Barometer wieder brachte ihn auf den gegenwärtigen Stand des Wetters und die Wahrscheinlichkeit baldigen Regens. Es fiel ihm ein, daß es noch viel zu tun gab. Der Saatweizen mußte zurechtgemacht und die Pflüge und Drillmaschinen nachgegeben werden. Zwei ganze Tage lang war er nicht aus dem Hause gekommen. Es war hohe Zeit, sich zu rühren. Er beschloß, den Nachmittag damit zuzubringen, nach allem zu sehen und spät zu Nacht zu essen. Nach Los Muertos mochte er nicht gehen; er wollte Magnus Derrids Einladung unbeachtet lassen. Es war aber doch vielleicht gut, wenn er hinging und sah, was los war.

„Wenn ich es tue,“ sagte er sich, „will ich den Budstkn reiten.“

Der Budstkn war ein halbjugentlicher „Broncho“ (spanische Bezeichnung für ein wildes oder halbwildes Pferd), der sich wie rasend gegen Sattel und Reiter wehrte, bis ihn Sporn und Peitsche zur Vernunft brachten. Annixter dachte daran, daß man von dem Neben der Mollerei gelegenen Häuschen der Familie Tree den Platz vor dem Stall überblicken konnte; vielleicht würde Hilma ihn sehen, wenn er das wilde Tier bestiege, und so eine hohe Meinung von seinem Mut bekommen.

„Ach!“ brummelte Annixter, „ich möchte sehen, wie der Schäfskopf Delaney mit dem Broncho fertig werden wollte. Das möchte ich wohl sehen.“

Als Annixter von der Veranda ins Freie trat, bemerkte er zu seiner Ueberraschung, daß der ganze Himmel sich mit einem grauen Dunst überzogen hatte; die Sonne war hinter dem trüben Schleier verschwunden, und die Luft hatte sich merklich abgekühlt. Die Wetterfahne auf dem Barn — ein prächtiger Harttraber aus vergoldetem Blech mit flatternder Mähne und wehendem Schweif — schwang im Südwestwind. Der erhoffte Regen konnte nicht mehr lange auf sich warten lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Ist die Gefahr, die wir noch Tage unserer Volksherrschaft und Streikfähigkeit zu besitzenden und zu bekämpfenden haben, sondern umgekehrt die Ausdehnung der Fabrikherrschaft über ihre Tore hinaus auf die Straße, auf die außerbetriebliche Bewegungsfreiheit des Arbeiters als Staatsbürger. Oder besteht nicht diese letztere Gefahr, wenn bestimmte Arbeiter, denen die Hemmung des Arbeitswilligkeitszugangs ungeliebt kommt, aus diesem persönlichen Interesse heraus eine völlige Befreiung des Streikpostens, d. h. des wichtigsten Mittels zur praktischen Geltendmachung des Streikrechts, fordern und die streikenden Arbeiter von Gefährdung wegen sozusagen mit Studienarrest bestraft wissen wollen? Die Arbeiterschaft mit ihren Lebensformen hat kein wirksameres Verteidigungsmittel untereinander als das Wechselwort von Mund zu Mund, und gegenüber den Arbeitswilligen, deren Verhalten für die Streikenden von größter Bedeutung ist, fehlt diesen überhaupt jedes sonstige Mittel. Mit Brief und Telephon geht es nicht. Die Arbeitgeber brauchen natürlich bei Arbeitskämpfen keine Streikposten zur Sperrung der Kollegenbetriebe für die ausgesperrten Arbeiter. Dazu haben sie die schmerzhafteste Liste der undotmäßigen Aussperrten, die den übrigen Betrieben mitgeteilt wird; oder der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes mit seiner Personalaktenkontrolle besorgt die Kennzeichnung der Arbeitskämpfgegner und macht ihre Zulassung zu den Arbeitsstätten des Gewerbes unmöglich. Dieser östentlich überhaupt nicht kontrollierbare Kampfpostenbesitz der Arbeitgeber, der einseitige Arbeitsnachweis mit seinen schwarzen Blättern, dankt uns ein viel bedenklicheres Mittel beim kriegserregenden Austrag der sozialen Interessenkämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft als das offene Streikpostenziehen unter den Augen der Polizei. Im Übrigen werden Uebergriffe von Streikposten immer seltener vorkommen, je vollkommener und gesulter die Organisation der Arbeiter ist. Möge man dieser glatte Bewegungsfreiheit geben, dann werden manche heut noch angebrachte Klagen verstummen, obendrein werden sich auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung von Organisation zu Organisation viele unnütze Streiks und Aussperrungen vermeiden lassen.

Abgesehen von dem Schlusse des Schlusssatzes, aus dem der bürgerliche Sozialreformer mit seinem Interesse an der Erhaltung der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise herausguckt, können wir der Charakterisierung der Unternehmer und ihrer Taktik nur zustimmen. In Wirklichkeit handelt es sich für sie ja um die Ausdehnung ihrer Fabrikherrschaft über das ganze Leben des Arbeiters inner- und außerhalb der Fabrik. Wenn der eine in dieser Richtung geführte Schlag jetzt daneben gegangen ist, so werden es die Scharfmacher sicher bald auf andre Weise versuchen.

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Steinbruder! Die Steinbruder der Firma S. Stara, Aktiengesellschaft, in Würzburg stehen wegen Lohnforderung in Kündigung. Zugang nach Würzburg ist streng zu vermeiden. Verband der Stibographen und Steinbruder. Verwaltungsstelle Leipzig.

Deutsches Reich.

Antisemitische Forderungen in der Handlungsgesellenbewegung.

Der antisemitische Deutsch-nationale Handlungsgesellenverband hatte seinen Vertrauensmännern Geheimmaterial geliefert, das der Bekämpfung des gewerkschaftlichen Zentralverbandes der Handlungsgesellen und -gehilfen dienen sollte, aber ohne Quellenangabe benutzt werden sollte. Ein Exemplar fiel jedoch in die Hände des Zentralverbandes, der sofort erkannte, daß dieses antisemitische Geheimmaterial aus Fällungen und Verleumdungen niedriger Art bestand. Der Zentralverband der Handlungsgesellen veröffentlichte daher mit entsprechenden Erläuterungen das gegen ihn gerichtete Material im Wortlaut als Broschüre: „Zur Kritik der Handlungsgesellenbewegung und ihrer Literatur“ und brandmarkte darin die Antisemiten als Fälscher und Verleumder. Daraufhin klagte die antisemitische Verbandleitung nicht etwa wegen Beleidigung, um die Sache gerichtlich klarzustellen, sondern sie stellte Strafantrag wegen unerlaubten Nachdrucks des Materials; auch verlangte sie 1000 Mk. Buße. Den Gedanken an die geforderte Buße mußten die Antisemiten indes fallen lassen, den Strafantrag wegen Nachdrucks hielten sie jedoch aufrecht. Am 14. Februar wurden vom Landgericht Hamburg Paul Lange als Verfasser und Max Joseph als Verleger der Broschüre zu je 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Beurteilungen haben Revision eingelegt. Aber auch wenn es bei der Strafe bleiben sollte: Die zweimal 60 Mk. wollen nichts besagen angedacht der riesigen Blamage, die sich diese antisemitischen Forderungen mit ihrem Vorgehen geholt haben. Es kennzeichnet diese Sorte nationale Forderungen vorzüglich, daß sie zu feige waren, den Inhalt der Broschüre vor Gericht ausrollen zu lassen. Sie wußten, daß sie da eine schmachvolle Niederlage erleiden würden, daß ihr grober Schwund, ihre echt antisemitisch-deutschnationalen Verlogenheit ausgebeutet werden würde. Darum sagten sie sich: lassen wir diese Mißgrube zu, es sinkt schon so genug! — Und sie gingen hin und Klagen wegen — Nachdrucks. So können sie jetzt mit der Beurteilung ihres gefährlichsten Gegners, des Zentralverbandes, haushieren gehen.

Die Holzarbeiterausperrung in Hocht a. M. ist beendet und die Arbeit am Montag aufgenommen worden. Die Arbeiter haben im wesentlichen ihre Forderungen durchgesetzt. Die eigentlich kritische Frage war die über die geltenden besseren Bedingungen, die die Unternehmer beiseite gelassen hatten, das heißt, sie wollten, daß in keiner Werkstätte über die tariflich festgelegten Akkordlöhne gezahlt werden sollte. Es bestand aber schon bisher die Bestimmung, daß einzelne Firmen auch höhere Preise zahlen durften. Daß diese Bestimmung nicht fortfällt, sondern bestehen bleibt, haben die Holzarbeiter nun wieder erreicht. Ueber den andern kritischen Punkt bezüglich der Festsetzung der Arbeitszeit wird eine Schlichtungskommission entschieden. Die Unternehmer haben also mit der Aussperrung ihre Absichten nicht erreicht.

In den Buchbinderereien und Kartonagenfabriken in Plauen kommt es nun doch zum Streik. Am Montag ist in vier Werkstätten bereits die Arbeit niedergelegt worden, bis zum Sonnabend werden weitere Arbeitsniederlegungen folgen. Die Unternehmer machen große Anstrengungen, um Ersatzkräfte von auswärtig zu bekommen. Zugang muß daher strengstens ferngehalten werden.

Ausland.

Nach achtmonatigem Kampfe.

Die Aussperrung der Steinbrucharbeiter im Revier Courcelles in Belgien, durch die 3000 Arbeiter betroffen waren, ist zu Ende. Die ausgesperrten Arbeiter haben einem Einigungsvertrage zugestimmt, durch den ihre Forderungen, derentwegen sie ausgesperrt wurden, ungefähr zur Hälfte bewilligt werden. Die sozialistische Gewerkschaft soll künftig als die Vertreterin der Arbeiter anerkannt werden und die Arbeits-einstellung am 1. Mai wird keinen Grund zur Entzünfung mehr bilden dürfen. Der Kampf, der zuletzt mit der finanziellen Unterstützung der Gewerkschaftskommission und der Arbeiterpartei geführt wurde, hat acht Monate und eine Woche gedauert.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Abgelehnte Denunzianten. Das auf Betreiben von Vogauer Zentrumsführern gegen den Gewerkschafts-Götze vom Bergarbeiterverband eingeleitete Revidierverfahren ist nach umfangreicher Zeugenerhebung in der Voruntersuchung, bei der die Zentrumsführerschaften (Schicht) abgehört worden, eingestellt worden. Der Gewerkschaftsverein der Deutschen Bauhandwerker beruft am 27. März nach Magdeburg einen außerordentlichen Delegiertenkongress ein, auf dem unter anderem das neue Tarifvertragsmuster zur Tagesordnung steht.

Soziale Rundschau.

Bürgerliche Kommunal- und Sozialpolitik.

Der sozialistische Gemeinderat von Stralsund i. G. leitete in seiner Sitzung vom Mittwoch, 9. Februar, die Uebernahme der Wasserleitungsarbeiten in städtische Hände ab. Es handelte sich nur um die regelmäßigen Unterhaltsarbeiten der Wasserleitung und um die Herstellung der Hausanschlüsse bis zum Wassermesser. Alle größeren Arbeiten sollten nach wie vor in Submission vergeben, die Installationsarbeiten in den Häusern den privaten Unternehmern überlassen werden. Selbst die Zusicherung der Stadtverwaltung, daß sie kein Freund der Reglearbeit sei und an keine Ausdehnung der Reglearbeit denke, half nicht. Wegen 14 Stimmen des Zentrums und der Demokraten wurde die Vorlage mit 10 Stimmen der Liberalen und 8 Stimmen unparteilicher Kommunalpartheiler abgelehnt. — Dann beschloß der Gemeinderat gegen die Stimmen der Demokraten, die Verkaufzeit im Ledergerwerbe an den Sonn- und Festtagen vom 1. April bis 30. September von morgens 5 Uhr ab zu gestalten. In der Sonntagsruheverordnung, die unter schweren Kämpfen die Sozialdemokraten im früheren Gemeinderat durchgesetzt hatten, durfte der Verkauf erst um 7 Uhr morgens beginnen. Der Beschluß des unsozialen heutigen Gemeinderats bedeutet eine Verlängerung der Arbeitszeit des Verkaufspersonals und damit zum größten Teil auch des Arbeitspersonals um 2 Stunden, abgesehen davon, daß die Durchbrechung der Sonntagsruhebestimmungen zu weiteren Durchbrechungen anreizt. — Ein weiterer höchst bedenklicher Beschluß ist folgender: Der alte Gemeinderat hat zu Sanierungs- und Verkehrszwecken einen großen Straßendurchschnitt mitten durch die ganze innere Stadt beschlossen. Zur Umherbringung der Familien, die infolge der Verfechtung vieler alter Häuser wohnungslos werden, will die Gemeinnützige Baugenossenschaft unter Unterstützung der Stadt eine Gartenvorstadt Stockfelde errichten, die bestimmt am 1. Oktober 1910 zur Hälfte fertiggestellt sein sollte. Jetzt hat die Baugenossenschaft, der einflussreiche Bauunternehmer als Mitglied angehört, beschlossen, den Termin bis 1. April 1911 hinauszuschieben, angeblich, weil die Kanalisations- und Straßendurchschnitte in der Gartenvorstadt nicht fertig würden. Nun hat in Anlehnung an diesen Beschluß der Gemeinderat beschlossen, auch den Termin für den Beginn der Arbeiten am Straßendurchschnitt bis zum 1. Oktober 1911, um ein ganzes Jahr zu verschieben. Durch die Hinauschiebung dieser großen Projekte wird bei einem eventuellen Kampfe in der gegenwärtigen Tarifbewegung im Baugewerbe die Situation für die Unternehmer günstiger. Mit diesem Beschlusse hat der Gemeinderat — ob bemerkt oder unbewußt, bleibt dahingestellt — wieder einmal nachdrücklich die Interessen der Unternehmer vertreten.

Partei-Uersammlung des 12. und 13. Reichstagswahlkreises.

Im Volkshaus fand gestern eine gut besuchte Parteiversammlung für den 12. und 13. Reichstagswahlkreis statt, die zunächst die Abstimmung des Parteitaggs entgegennahm.

Genosse Lipsitz berichtete über die Tätigkeit des Parteitaggskomitees. Die Arbeiten wurden fröhlich aufgenommen und in schneller und leichter Weise abgewickelt. Nur die Saalfrage bot Schwierigkeiten, da kurz vor dem Parteitag Zweifel entstanden, ob der Saalbau im Volkshaus fertig gestellt werden könnte. Aber auch diese Schwierigkeiten sind schließlich überwunden worden. Lipsitz berichtete sodann über die einzelnen Arrangements. Die Parteigenossen im Lande sind sich einig darin, daß der Leipziger Parteitag einer der besten organisierten Parteitage war. Allen Mitwirkenden, besonders den Sängern, die in der Albertshalle mitwirkten, sowie den Gärtnern für das Blumen-Arrangement, gebührt der Dank aller Parteigenossen. Die Schattenseite brüht sich aus in der Kostenfrage. Die Ausgaben für den Parteitag betragen 9707.75 Mk., die Einnahmen 4788.51 Mk., so daß sich ein Zuschuß von 4919.24 Mk. nötig macht. Dieses Defizit zu decken, haben sich die Parteiorganisationen beider Kreise bereit erklärt.

Genosse Kuzge berichtet, daß die Revisoren die Abrechnung geprüft und alles in bester Ordnung fanden. Das Parteitaggskomitee wird daraufhin entlassen.

Ueber die Abrechnung von der Landtagswahl berichtet ebenfalls Lipsitz. Das neue Wahlrecht war in seinen Wirkungen noch in keiner Weise erprobt, so daß die Wahlarbeiten mit Kraft und Energie betrieben wurden. Dem Zentralwahlkomitee war die Oberaufsicht über alle 17 Kreise gegeben. Es galt die Intensivität der Wahlbereitschaft zu steigern. In 10 Kongressen wurden die wahltechnischen Fragen besprochen. Besonders erfreulich ist, daß die Genossen den Beschluß befolgten, gegenwärtige Versammlungen nicht zu besuchen. Die schriftliche Agitation wurde eifrig betrieben. 1211000 Flugblätter, 320350 Handzettel, 13465 Plakate, 498000 Stimmgelbte sind verbreitet worden. An der Aufbringung der Mittel war der 11. Reichstags-Wahlkreis besonders hervorragend beteiligt. Nicht ganz so erfolgreich ist das Resultat aus dem 14. Reichstags-Wahlkreis. Der Erfolg der Wahl war für die Partei ein erfreulicher. Es wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

	I II III IV				In Prozenten;				
	stimmige Wähler				stimmige Wähler				
Leipzig I	5811	1480	1024	801	220	78,02	55,14	38,44	10,74
„ II	6882	2564	1140	310	272	77,44	52,15	29,78	10,27
„ III	6717	3558	2180	685	394	55,85	89,09	43,40	18,08
„ IV	12479	4625	2482	578	324	89,16	78,20	52,58	29,51
„ V	8826	2681	1574	468	327	83,18	81,41	87,58	10,88
„ VI	6502	1940	1223	889	350	77,80	59,00	37,19	7,75
„ VII	11509	4801	2118	458	276	91,00	78,02	51,34	20,88
	58260	21858	11071	3182	2003	89,27	64,48	41,40	13,88

Im Wahlkreise Leipzig 4 wurden 62,01 Prozent aller Stimmen, im Wahlkreise Leipzig 7 61,85 Prozent aller Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben.

Im Wahlkampf kamen eine Reihe wichtiger Momente zu Hilfe; die Finanzreform, die Wahlrechtsänderung der bürgerlichen Parteien usw. Ob bei späteren Landtagswahlen gleiche oder ähnliche Verhältnisse vorliegen, ist fraglich, es ist aber auch möglich, daß sich die Kräfte darüber zu zerbrechen. Wir müssen arbeiten, um das Resultat zu erhalten und zu erhöhen. Notwendig ist die Sanierung des Wahlfonds, besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die Reichstagswahlen.

Die Ausgaben zur Landtagswahl betragen für den Agitationsbezirk 28170,83 Mk.; davon entfallen auf die 7 Leipziger Wahlkreise 15121,02 Mk., den 11. Reichstagswahlkreis 4908,61 Mk., den 13. Reichstagswahlkreis 8912,21 Mk., den 14. Reichstagswahlkreis 2141,09 Mk. Die Einnahmen betragen 9984,80 Mk. Es war also ein Zuschuß aus dem Wahlfonds erforderlich von 18194,04 Mk., der sich wie folgt verteilt: 7 Leipziger Wahlkreise

11098,88 Mk., 11. Reichstagswahlkreis 1385,26 Mk., 13. Reichstagswahlkreis 4707,11 Mk., 14. Reichstagswahlkreis 1038,89 Mk. Der Wahlfonds hatte eine Einnahme von 18780,80 Mk.; 7540,85 Mk. werden vom 12. und 13. Kreis zu den Landtagswahlkosten beigetragen, so daß der Wahlfonds mit alten Schulden nicht mehr zu rechnen hat. Namens der Revisoren beantragt Genosse Hessel dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Dem Antrag wird nach unvorfälliger Debatte stattgegeben. Die Sanierung des Wahlfonds in der vorgeschlagenen Weise wird gutgeheißen.

Bei der Wahl des Wahlkomitees wünscht Genossin Wetzmann, daß auch eine Genossin in das Komitee gewählt wird. Bei der Demonstration am 1. Mai sei der Wegfall der Musik erwünscht. In das Komitee wurden gewählt vom Gewerkschaftskomitee: Otto Döbereiner, Moritz Hörner, Hermann Buch, Paul Fleischer, Anton Dagen, Ernst Helbig, Gustav Martin; aus dem 13. Kreis: Franz Gashütz, Franz Müschel, Alfred Diecke; aus dem 14. Kreis: Max Jacob, Joseph Glanemann, Richard Strobel, Alwin Schöber, Ernst Wilke; für die Redaktion: Herre; für das Agitationskomitee: Klüppner.

Genosse Frölich richtet an das Agitationskomitee die Frage, welche Maßregeln das Komitee ergreifen habe, um die preussischen Genossen in dem Kampfe um ein freieres Wahlrecht wirksam zu unterstützen. Er beantragt:

Die Parteiversammlung des 12. und 13. Wahlkreises beauftragt das Agitationskomitee, in kürzester Zeit eine Aktion zur Kräftigung der Unterfütterung der preussischen Wahlrechtsbewegung einzuleiten.

Ein zweiter Antrag fordert die Einberufung von großen Demonstrationen zum nächsten Sonntag. Frölich begründet die Anträge durch den Hinweis, daß die Eringung eines freieren Wahlrechts für Preußen nicht eine speziell preussische, sondern eine deutsche Angelegenheit sei. Die Wahlrechtsbewegung dürfe sich nicht an den schwarz-weißen Grenzpfäheln brechen, sondern darüber hinausströmen. Das Agitationskomitee hätte bei der Unversämlichkeit des Januarhauer Junkers versagt.

Sowohl Schröder als auch Lipsitz bemerken, daß das Agitationskomitee da helfend eingreife, wo es notwendig sei, daß aber bei der gegenwärtigen Situation die Unterstützung durch rednerische Kräfte nicht ausreiche. Die Anträge Frölichs werden mit Mehrheit abgelehnt; ebenso erging es einer Entschiedenheit, die vom Genossen Juchowicz eingebracht wurde. Diese fand Ablehnung wegen der Konsequenzen, die sich daraus in finanzieller Hinsicht ergeben könnten.

Genosse Wittig forderte im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahl auf zur Erwerbung des Bürgerrechts. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Hus der Partei.

Nun auch noch der Uman! Neben Herrn Mosse vom Berliner Tageblatt und Herrn Certeil von der Deutschen Tageszeitung stellt sich nun auch noch Schmod Uman von den Leipziger, Neuesten Nachrichten als Gratulant bei dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Felme ein. Das Blatt gibt keines Ausfürungen gegen die Straßendemonstrationen wieder und fügt hinzu:

Dieser Standpunkt ist für einen Parteiführer, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, der einzig richtige.

So bleiben denn Mosse, Certeil, Uman, diese drei! Aber der Uman ist der größte... unter ihnen.

Wir danken dem gelehrten Herrn!

Eingelaufene Schriften.

Sieben ist im Verlage von J. S. D. Dieckhoff, in Stuttgart, erschienen: Die Arbeiterklasse und der Straßenspektakel. Von Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt in Berlin. Preis der Bereinigung 40 Pf.

Vom Wahren Jakob ist soeben die 4. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 10 des 20. Jahrgangs zugegangen.

Nr. 15 der Gleichheit ist zum großen Teil dem siebzehnten Geburtstag unfers August Bebel gewidmet. Besondere Bedeutung auf die in erhöhter Auflage gedruckte Nummer sind an Paul Singers Verlag in Stuttgart zu richten.

Biblische Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Maurenbrecher erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist nunmehr Heft 4 zur Ausgabe gelangt.

Jedes Heft kostet 1 Mk., Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Ausführliche Prospekte werden der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 08, kostenlos.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Hefte 4 und 5 sind erschienen. Wöchentlich erscheint 1 Heft. Abonnementpreis vierteljährlich 3 Mk. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Parteipostleute. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Riel, 10. Februar. In Neumünster protestierten gestern zwei große Volksherrschaften gegen die am Sonntag verübten Polizeibrutalitäten. Nach der Versammlung zogen die Demonstranten vor das Rathaus, wo sie von der Polizei empfangen wurden. Die Schutzmannschaft hieß mit scharfer Waffe auf die Demonstranten ein und gab zier 20 Schüsse ab. Als sich hierauf ein Kampf entspann, wurde das 130. Infanterieregiment requiriert. Ein Hauptmann gab das Kommando zum Schießen und ließ nach einem Trommelwirbel zum Auseinandergehen auffordern. Darauf zerstreute sich die Menge. Die Polizei ließ während der Nacht scharenweise Verhaftungen vornehmen.

Die Kieler Neuesten Nachrichten stellen aus bürgerlicher Quelle fest, daß die Schuld an dem blutigen Verlauf der Demonstrationen die Polizei trifft.

Berlin, 10. Februar. (Telephonische Meldung der Leipziger Volkszeitung.) In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages kam es über die unglaubliche Wirtschaft auf der Wert in Kiel zu sensationellen Enthüllungen. Genosse Severing erklärte, daß die Verwaltung bei der Vergebung von Aufträgen schändlich und willkürlich verfähre. So wurden eiserne Tischstühle zu 4,25 Mark bzw. 7,10 Mark angekauft, obwohl dieselben Waren zu 2,10 Mark und 2,90 Mark angeboten waren. Kupferplatten und viele andere wertvolle Gegenstände seien vielfach über Bord geworfen. Dasselbe sei in Wilhelmshafen geschehen. Im Frühjahr 1909 habe dort bei einer Kontrolle der Beamten versagt, der Fische wegen Fäher in das Eis zu schlagen. In diese Fäher seien dann Artillerie- und andre Gegenstände versenkt worden. Wenn der Staatssekretär sich sofort danach erkundige, könne Severing genau die Stelle, wo das geschehen, angeben. Der Staatssekretär versprach, dem nachzukommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Müller in Vordersdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Öffentl. Volks-Versammlungen.

Referentin: Genoffin Frau B. Selinger-Wülfrath, Saalfeld
 Donnerstag, den 17. Februar, abends 7/9 Uhr, im Alten Gasthof,
 Gautsch, und Freitag, den 18. Februar, abends 7/9 Uhr, im
 Felsenkeller, Plagwitz.

Die Frau als politische Kämpferin.

Zu diesen Versammlungen sind die Frauen ganz besonders eingeladen.
 Der Hauptvorstand
 des Sozialdemokr. Vereins für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis. [2703]

Ortsverein Leutzsch

Freitag, den 18. Februar, abends 7/9 Uhr
 im Alten Gasthof, Leutzsch [2704]

Gr. Lichtbilder-Vortrag

über: China u. Japan von Herrn R. Laube, Institut Kosmos.
 Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.

Metallarbeiter-Verband.

|| Geschäftsstelle Volkshaus Zeitzer Str. 32 ||
 Portal rechts, I. ||
 Bürozeiten: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
 Telefon 8784.

Klempner. Freitag, den 18. Februar:
 Große öffentl. Versammlung im Gesellschaftssaal des Volkshauses.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Köhler: Der gewerbliche Arbeitsvertrag. 2. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Werkstätten-Kommission. [2641*]

Metallschleifer, Polierer und Galvaniseure.
 Freitag, den 18. Februar, abends 7/9 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und Neuwahl derselben. 2. Verschiedenes. [2730]

Metalldrücker. Sonnabend, 19. Februar, abends 7/9 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Anträge. 3. Gewerkschaftliches. [3740*]

Former u. Giessereiarbeiter. Sonntag, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Zeitzer Straße. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Nervosität und deren Schädlichkeit im täglichen Leben. Referent: Herr Dr. Simon. 2. Gewerkschaftliches. [2738]

Berein für Arbeitsnachweis in Leipzig.

Die geehrten Mitglieder werden hierdurch für
 Donnerstag, den 24. Februar 1910, abends 8 1/2 Uhr
 zur ordentlichen

Mitglieder-Versammlung eingeladen. Dieselbe findet in den Räumen des Nachweises,
 Münzgasse 24, I., statt. [2734]

Die Tagesordnung umfasst folgende Gegenstände:
 1) Entgegennahme des Geschäftsberichts. 2) Abnahme der Rechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr und Entlastung des Vorstandes. 3) Feststellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1910. 4) Wahl von vier Vorstandsmitgliedern. 5) Wahl von zwei Rechnungsrevisoren für das Jahr 1910.
 Leipzig, den 15. Februar 1910.

Der Vorstand des Vereins für Arbeitsnachweis in Leipzig.
 Geh. Hofrat Prof. Dr. Stieba, Vorsitzender.
 NB. Die Mitgliedskarte legitimiert.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse für Frauen u. Mädchen Deutschlands

Morgen Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung in Stadt Hannover, Sebburgstr. Tagesordnung: Protokollverlesen, Geschäftsbericht, Kassenbericht, Verschiedenes. Auskunft über Beitrittserklärung erteilen: Frä. Anna Peter, Vorsitzende, Meudnitz, Friedrich-Wilhelm-Str. 12, II., Frau Marie Naundorf, Kassiererin, Meudnitz, Oststraße 48, Treppe B, II.

Gasthof z. grünen Linde, Oetzsch

Morgen Donnerstag, den 17. Februar: Leipziger Buntes Theater und Ball.
 Ergebenst ladet ein Gustav Kipping.

Schlüter-Brot.

Nahrhaft, knochenbildend, leicht verdaulich!

Alleinverkauf für Leipzig und Umgegend:

Leipziger Brotsfabrik

Gebr. Joachim, Pätz & Co.
 und deren durch Plakate kenntliche Verkaufsstellen.
 Fernsprecher Nr. 4379.

[2646]

100 Mk. Zähne 180 Mk.

pro Zahn mit Kaatschukplatte unter
 10jähriger schriftlicher Garantie für Haltbarkeit, auf Wunsch mit Schutzvorrichtung b. Zähnen A 1.80 Mk. ohne Extraberechnung, durch welche das Abbrechen der Zähne vermieden wird.
 Wer mehr zahlen will, muss ich zurückweisen.
 Nachweislich sind es dieselben Zähne, welche die Konkurrenz führt, und ist der Unterschied nur der Preis.
Zahnziehen schmerzlos 1 Mk.
 Wenn nicht [5330*] nach Wunsch schmerzlos **kostenlos.**
Reparaturen von 1 Mk. an in kurzer Zeit.
Nervtöten 1 Mk.
Umarbeiten billigst.
Kunstvolle Plombierung zu niedrigsten Preisen.
 Sprechzeit 8-8 Uhr, Sonntags von 9-2 Uhr.
 Nur persönliche Behandlung.
Zahn-Praxis Reform
 Dorotheen-Platz 5, I.
 Inh.: G. Mewald.

Zur Hütte

Kulmbacher Bierstube
 Reichsstr. 34, Hol. W. Voigt.
 Amüsantes Verkehrslokal.
Täglich Frel-Konzert.
 Vorzügl. Küche. Bestgepfl. Biere.
 Tag und Nacht geöffnet. [1*]
+ Gummi-Artikel +
 1. Woch.-u. Kr.-Pflg., Bttoln., Mutt.-spr., Mutter-u. Klistierrohre, Leibb., Luftkss., Monatab., Hienfong, Mass.-Art., Halskettch., Zahn-Kind., Pr. Bl. 80 Auguste Graf, Neumarkt 5.
Kluge Frauen
 gebrauchen nur meine Patent-Mutter-Prägen, weil bequem und billig. Verschickung gratis.
 C. Blecher, Talstr. 27, I. [1*]

Welches System ist das beste?

Diese Frage ist noch nicht gelöst. Ein jedes hat seine Vor- und Nachteile. Wir geben darum jedem Gelegenheit, das von ihm bevorzugte System zu erlernen, indem wir folgende

Anfänger-Kurse für Damen und Herren

eröffnen: **Stenographie Scheithauer.**
 Dauer 2 Monate. — Honorar einschließlich Lehrmittel 2 Mk.
 Freitag, den 18. Februar, abends 7/9 Uhr:

Stenographie Stolze-Schrey.
 Dauer 3 Monate. — Honorar einschließlich Lehrmittel 2.50 Mk.
 Sonntag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr:

Stenographie Gabelsberger.
 Dauer 5 Monate. — Honorar einschließlich Lehrmittel 3.50 Mk.

Alle Kurse finden in der **Globusschänke, Nordstrasse 24, statt.**
Arbeiter-Stenographenverein Vorwärts.

Unsere

Konfirmanden-Anzüge

zeichnen sich durch Formenschönheit und Eleganz aus.
 Die hierzu verwendeten Stoffe und Zutaten sind erstklassige Fabrikate, so dass für Haltbarkeit der Anzüge die weitgehendste Garantie geleistet wird.

Konfirmanden-Anzüge
 in Cheviot.
Konfirmanden-Anzüge
 in Kammgarn.
Konfirmanden-Anzüge
 in Tuch-Kammgarn.

M. Anspach & Co.

Reichsstrasse 11 LEIPZIG Reichsstrasse 11
 Ecke Salzgässchen Telefon 6031 Ecke Salzgässchen

Um unsere Konfirmanden-Anzüge weiteren Kreisen zugänglich zu machen, haben wir, verzichtend auf einen grösseren Gewinn, folgende Vergünstigungen in Form nachstehender Zugaben eintreten lassen.

Bei Lieferung eines Konfirmandenanzugs **gratis!**

☛ eine gutgehende Taschenuhr ☛
 ☛ oder einen eleganten Hut. ☛





Bären-Schänke

Nikolaistr. 15. Tel. 2765.
 Empf. m. Lokaltät. m. Gesellschafts- u. ff. Biere u. Speisen (tägl. Spezialger.).
 * Ergebenst **Joseph Lippert.**

Deutsche Trinkstube

Katharinenstrasse 10
Urfidele Bockbierfeste
 mit Ueberraschungen.
L. Hahn [1210*]
Café Max u. Moritz, Böttchergässchen 2.

Auf Tellzahlung versendet

Betten
Bettfedern
Steppdecken
 Bernh. Lüpfort, Rochlitz 10
 Sächf. Bettenmanufaktur.
 Man verlange Preisliste. [1255*]

Zahn-Atelier
Willy Schult
 Petersteinweg 10, I.
 Ecke Münzgasse.
 Zellgebildung gerüstet.
 Fernspr. 10352. *

Frisch von der Ostsee
80 Bücklinge 2 Mk.
 100 schöne Rollmöpse 2 1/2 Mk.
 100 schöne Bismarokh. 2 1/2 Mk.
 80 schöne Brather. 2 1/2 Mk.
 55 schöne Vollfettaalz. 2 Mk.
 1/2 Bahn- 300 Vollfett-
 fass 270 b. 300 Vollfett-
 Salzheringe, grosse neue
 M. Ware = 7 1/2 Mk. 1/2 Fass
 da. 145 = 4 1/2 Mk. [876*]
E. Napp Nachf.
 Swinemünde 261.

Religion Sozialismus
 und von Dr. Pannkoek
 Preis 30 Pf.
Volksbuchhandlung Leipzig
 Tauchaer Straße 19/21.

Zurückgekehrt vom Grabe
 meines heiliggeliebten Töchter-
 chens **Hildegard** sagen wir
 allen, die ihren Sarg so
 reich mit Blumen schmückten,
 unsern herzlichsten Dank.
 Besonders danken wir
 denen, die uns in den
 schweren Stunden hilfreich
 zur Seite standen. [2759]
 E. Kuger.
 Die tiefbetrübtsten Eltern
 R. Hillischer nebst Frau u. Sohn.

Unserm Parteigenossen und langjährigen Zeitungs-
 kolporteur
Richard Weiland und Frau
 die besten Wünsche zur Silber-Hochzeit!
 [2681] Ortsverein Zwenkau.

Dank. Nachdem wir meinen lieben, guten Vatten,
 unseren innigstgeliebten Vater, den **Gastwirt**
Gustav Adolf Hermus
 zur letzten Ruhe gebettet haben, ist es uns ein Herzens-
 bedürfnis, nur hierdurch allen unseren aufrichtigsten
 Dank auszusprechen. [2718]
 Leipzig, am 14. Februar 1910.
 Die tieftrauernde, schwergeprüfte Gattin
Minna Hermus nebst Kindern u. allen Verwandten.

Nach schwerem Leiden entschlief heute mein lieber
 Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Johann Gottfried Scharrig
 im 72. Lebensjahre. Schmerz erfüllt zeigt dies im Namen
 sämtlicher Hinterbliebenen nur hierdurch an [2728]
 L.-Lindenau, den 15. Februar 1910
Berta Scharrig geb. Salzmann.
 Die Beerdigung findet Freitag, mittags 1 1/2 Uhr, vom
 Trauerhause, Merseburger Straße 37, aus statt.

Politische Uebersicht.

Wahltag in Finnland.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Finnland haben die Befürchtungen der Skeptiker glänzend widerlegt. Die Sozialdemokratie hat nicht nur ihre 84 Mandate behauptet, sondern noch 2 neue gewonnen und besitzt, da die Zahl der Abgeordneten sich auf 200 beläuft, fast die Hälfte aller Sitze in der Volksvertretung.

Der Sieg der Sozialdemokratie gewinnt dadurch noch eine größere Bedeutung, daß die Mittinnen diesmal weitere 6 Sitze verloren haben. In drei Jahren ist diese rückgratlose Regierungspartei von 59 auf 42 Mandate heruntergekommen!

In Anbetracht der politischen Lage ist es wenig wahrscheinlich, daß das finnische Proletariat von der vierten Volksvertretung wichtige innere Reformarbeit erwarten könnte, da einschneidende demokratische Reformen durch das Veto des Jaren unmöglich gemacht werden.

Grundlegende politische Fragen müssen diesmal zur Entscheidung kommen. Die Zahlung der Militärkontribution wird schon gleich zu Anfang die Volksvertretung beschäftigen. Die Sozialdemokratie muß hier alles aufbieten, um die bürgerlichen Parteien anzutreiben, an den Rechten des Volkes festzuhalten.

Es sind im großen und ganzen schwere Aufgaben, die vor unsern Genossen im neuen Landtage entstehen. Der Kampf gilt nicht nur den Petersburger Machthabern, die die kulturelle Entwicklung des finnischen Volkes aufhalten und die Art an die Wurzeln seiner Existenz legen wollen, sondern auch den Einerseits-Andererseits-Politikern im eignen Lande und den bürgerlichen Scharfmachern, die insgeheim die russische Okkupation herbeisehnen.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 15. Februar. Die heutige Debatte über das Kaligesez fürberde nichts Wesentliches mehr zutage. Auf die Erklärungen der bürgerlichen Redner, wie ihre Parteien sich zu dem Entwurf stellen, darf man erfahrungsgemäß nicht viel geben, denn die Herrschaften können immer wieder anders. Nachdem die erste Serie der Parteiredner gesprochen hatte, stellte die konservativ-ultramontane Koalition unter Aufsicht der Nationalliberalen einen Schlußantrag, den ganz offenbar der Zentrumspräsident Spahn angeregt hatte.

Das Haus trat sodann in die Beratung des Entwurfs betreffend die Regelung der Stellenvermittlung ein. Herr Staatssekretär Dehnbach behauptete, daß der paritätische Arbeitsnachweis noch nicht möglich sei, außerdem dürfe man die jetzigen Stellenvermittler nicht um ihr Brot bringen. Wie rüchtsvoll doch die Regierung sein kann, wenn es sich nicht um Arbeiter handelt. Die öffentlich-rechtliche Regelung, die der vorliegende Entwurf anstrebt, ist völlig ungenügend und weit davon entfernt, die Entwicklung der paritätischen Arbeitsnachweise zu fördern.

beitern sowie denen der Landwirtschaft alljährlich für die Vermittlung von Arbeitsstellen abgenommen. Allein für die Landwirtschaft wird eine Summe von 15 Millionen Mark berechnet. Brühne wies auch auf die §§ 3 und 4 des Entwurfs hin, die den Verwaltungsbehörden das Recht geben wollen, das Gesetz auch auf die nichtgewerbsmäßigen Vermittler anzuwenden, womit unstrittig die Gewerkschaften getroffen werden sollen, obwohl sie unentgeltlich und unparteiisch diese Tätigkeit ausüben.

Der Marineetat in der Budgetkommission.

Die Finanznot und der Rielser Prozeß haben den einstigen Hochmut des Herrn Tirpitz etwas herabgestimmt und die Budgetkommission des Reichstages veranlaßt, daß schärfer nach dem Rechten zu sehen. Es kam gestern bei der Etatposition: Verpflegungszulagen, Tafel- und Messgebeur, wofür insgesamt 5 239 000 Mk. angefordert werden, das sind 271 574 Mk. mehr als im Vorjahre, zu einer scharfen Debatte, die die Gewißheit brachte, daß die Herren Offiziere bei diesen Bezügen ganz beträchtliche Ersparnisse machen können.

Bei dieser Gelegenheit seien hier einige Zahlen aus dem Marineetat wiedergegeben. Die fortbauenden Ausgaben sollen im kommenden Jahre um 10 091 461 Mk. gesteigert werden, von 147 061 023 auf 157 052 484 Mk. und die einmaligen Ausgaben um 23,7 Millionen, von 219,7 auf 243,5 Millionen. Hierin sind enthalten: 154,3 Millionen für Neubauten, 75,8 Millionen für artilleristische Armerungen und 9 Millionen für Torpedoarmerungen. Die sonstigen einmaligen Ausgaben sollen um 1,2 Millionen, von 11 065 368 auf 12 266 280 Mk. gesteigert werden.

Die Kommission für die Justizgesetze verhandelte Dienstag und in der letzten Sitzung über den § 253 des Strafgesetzbuches, über den „Erpressungsparagraf“. Die Regierungsvorlage wurde lebhaft bekämpft, weil sie eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes bringt. Es besteht die Gefahr, daß Arbeiter oder Gewerkschaftsbeamte, die mit einem Streik drohen, für den Fall der Ablehnung von Lohnforderungen nach wie vor wegen Erpressung verfolgt werden.

Die preussische Wahlrechtskommission.

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses begann gestern mit ihren Beratungen. Es wurde beschlossen, zwei Besungen abzuhalten. Zunächst werde über den ersten Satz des freisinnigen Antrages zu § 4 verhandelt, der die Einführung des gleichen Wahlrechts verlangt. Im Zusammenhang damit wird folgender sozialdemokratischer Antrag zur Diskussion gestellt:

Das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab und fordert die Regierung auf, sofort eine neue Vorlage einzubringen, die erstens die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und zweitens eine Neueinteilung der Wahlkreise vorsieht.

Im Verlaufe der Diskussion zog der sozialdemokratische Redner seinen Antrag vorläufig zurück, da dessen Behandlung geschäftsordnungsmäßig an dieser Stelle als nicht zulässig angenommen wurde.

Die Zentrumspartei erklärte sich für die Einführung der gleichen Wahl, konservative, freikonservative und Nationalliberale bekämpften den freisinnigen Antrag. Genosse Ströbel wirft dem Zentrum vor, daß es nur eine sehr laue Freundschaft für das gleiche Wahlrecht an den Tag gelegt habe. Das Zentrum hätte die Macht, auf konservative und Nationalliberale einen gewissen Druck auszuüben.

Die Kommission trat dann in die Beratung des freisinnigen Antrages auf Einführung der geheimen Wahl ein. Nachdem ein freisinniger Abgeordneter den Antrag damit begründet hatte, daß auf die kleinen Geschäftsleute ein außerordentlich starker Druck ausgeübt werde, erklärte ein freikonservativer Abgeordneter, daß seine Partei gegen die geheime Wahl sei, dem Terrorismus der Sozialdemokraten könne auch auf andere Weise entgegengetreten werden.

rechts. Ihm schloß sich der Vertreter der Polen an. Die Regierung ließ erklären, daß sie an der Erklärung des Ministerpräsidenten, der die geheime Wahl verweigert, unter allen Umständen festhalte.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag auf Einführung der geheimen Wahl mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Konservative und Freikonservative stimmten geschlossen gegen den Antrag.

Neue Wahlrechtsdemonstrationen.

Gestern Abend 11 Uhr zog in Berlin ein mehrere Hundert Köpfe zählender Trupp durch die Friedrichstraße und veranfaltete an der Ecke der Mohrenstraße unter Schreien auf das allgemeine Wahlrecht eine Demonstration. Durch telephonisch von der nächsten Kreiswache herbeigerufene Polizeimannschaften wurden die Demonstranten, die inzwischen weitergezogen waren, an der Ecke der Leipziger Straße zerstreut.

Nach einer von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung in Frankfurt a. M., die von den Demokraten einberufen, aber zum überwiegenden Teil von unsern Genossen besucht war, fand eine Straßendemonstration durch die Schillerstraße bis zur Hauptwache statt. An der Hauptwache löste sich der Zug auf. In der Verammlung selbst wurde von allen Rednern auf das schärfste das brutale Vorgehen der Polizei am Sonntag verurteilt. Professor Duibde sagte, ein Gewaltakt von oben muß die Gewalt von unten legitimieren, wer mit solchen Gedanken spielt, der gefährdet den öffentlichen Frieden, aber nicht diejenigen, die für ihre Ueberzeugung auf der Strafe demonstrieren.

In München fand Montag Abend eine von mehr als 6000 Personen besuchte Protestversammlung gegen die preussische Wahlrechtsreform statt. Im Anschluß an die Versammlung entwickelte sich ganz spontan ein mehrere tausend Personen zählender Zug, der von einer kleinen Anzahl von Schülern begleitet wurde. Diese fanden keinen Anlaß zum Einschreiten, da sich der Zug in musterhafter Ruhe und Geschlossenheit nach der preussischen Gesandtschaft bewegte.

Die Verlegungen befinden sich am Hinterkopf oder am Rücken der Verwundeten.

Die Verlegungen befinden sich am Hinterkopf oder am Rücken der Verwundeten. Das bestätigt die Aussagen von Augenzeugen, daß die Polizisten blindlings auf die vor ihnen her stehenden Menschenmengen eingehauen haben. Es sollen im ganzen 10000 Menschen an den Wahlrechtsdemonstrationen teilgenommen haben. Sehr viele unschuldige und unbeteiligte Personen sind arretiert und von den Polizisten verlegt worden.

Das nationalliberale Gefährnis enthält natürlich keine Mißbilligung der Polizeitaten. Die nationalliberale Magdeburgerische Zeitung brachte es gestern fertig, nachdem sie das Verhalten der Polizei gerechtfertigt hatte, den sitzamen, friedlichen Bürgern direkte Anweisungen zu geben, wie sie sich bei zukünftigen Polizeimegezeiten am besten von den sozialdemokratischen Schreibern unterscheiden und so dem Polizeifabel entkommen könnten. Daß der Säbel wieder hauen würde, darüber herrscht bei den nationalliberalen Kennern der preussischen Polizeiseele kein Zweifel. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens, sie a hnen die Polizeibrutalität in die Elsa von Brabant den liebenswerten Galabritter Lohegrün.

Ein neuer Sieg.

Bei der gestrigen Reichstagswahl in Mühlheim-Wipperfurth entfielen auf den Vertreter des Zentrums, Marx, 20 367 Stimmen, 10 927 entfielen auf den Sozialdemokraten Erdmann, 8461 auf den Nationalliberalen Falk und 1124 auf den Christlichsozialen Hömann. Zersplittert waren 32 Stimmen. Zwischen Marx und unserm Genossen Erdmann wird demnach Stchwahl stattfinden.

In der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 erhielt der Kandidat des Zentrums 19 958 Stimmen, es weist also bei der erhöhten Wahlbeteiligung den geringen Stimmenzuwachs von 409 Stimmen auf. Die Nationalliberalen haben im gestrigen Wahlgang annähernd 3000 Stimmen verloren, die Sozialdemokratie, die im Jahre 1907 auf ihren Kandidaten 8538 Stimmen vereinigte, kann stolzbewußt auf einen Stimmenzuwachs von 2389 Stimmen verweisen. Dabei ist zu bemerken, daß die Sozialdemokratie schon bei den Hottentottenwahlen rund 700 Stimmen mehr erhielt, als bei den Wahlen im Jahre 1903.

Der Junker Odenburg in der russischen Duma.

Die Staatsstreichdrohung Herrn v. Odenburgs im deutschen Reichstag hat nicht nur auf den Banken der preussischen Konservativen lebhaften Beifall gefunden, auch ihre russischen Gesinnungsgenossen, die Pogromisten, sind über die Offenherzigkeit des Janusheuers entzünd. Der offizielle Organisator der Judenmordaktionen und Mitarbeiter der Kreuzzeitung, Purischewitsch, den Herr v. Odenburg im vorigen Jahr mit Schmehleien überschüttete und in die Arbeiten und Parteiverhältnisse des Reichstags „einweihte“, erklärte vor einigen Tagen bei der Beratung eines Antrags Baron Meyendorffs, wonach skandalöse Auftritte und unzulässige Schimpereien von Abgeordneten mit Geldstrafen belegt werden sollen, laut dem stenographischen Bericht folgendes:

In einem der besten Parlamente, im deutschen Reichstage, ist das angesehenste Mitglied dieses Parlaments, Graf v. Odenburg, ein hervorragender, kluger Mann, der an der Spitze seiner Fraktion steht, hervorgetreten und hat gesagt, der deutsche Kaiser brauche nur zehn Grenadiere den Befehl zu erteilen, um diese ganze Sippe auseinanderzulagen. ... Ich wiederhole, meine Herren, ich hoffe, daß wir nicht genötigt sein werden, das zu vollstrecken, was im deutschen Reichstage erwähnt wurde (Lachen links), aber Ihre Strafen werden jedenfalls kein Gemutis für uns sein, da hier nicht einmal Grenadiere nötig sein werden, sondern die Mitglieder unserer Fraktion und der Verband des russischen Volkes genügen werden. (Lachen links. Rufe Obol)

Parisierkewitz wäre nicht das, was er ist, wenn er nicht versucht hätte, Herrn v. Oldenburg nach zu übertrumpfen und die Anversität seines preussischen Kollegen auf „christliche“ Manier zu verschärfen. Der Inhalt der Worte jedoch ist bei beiden Seiten derselbe.

Verfassungs- und Wahlsänderung in Elsaß-Lothringen.
Dem Landesausschuss in Straßburg ist ein Verfassungsantrag zugegangen, der die Unterschrift sämtlicher Abgeordneten trägt. Der Antrag fordert: die Regierung zu ersuchen, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die verbündeten Regierungen dem Reichstage alsbald einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, wodurch bestimmt wird, daß die Verfassung des Deutschen Reiches sowie das Reichsgesetz über die Verfassung Elsaß-Lothringens dahin abgeändert werde, daß Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat erhoben und als solcher den deutschen Bundesstaaten verfassungsrechtlich völlig gleichgestellt werde. Außer diesem Antrag wird dem Landesausschuss auch ein von der Mehrheit der Abgeordneten unterzeichneter Wahlrechtsantrag zugehen, der das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalprinzips für den Landesausschuss fordert.

Berlin, 16. Februar. Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf über die Reisetkosten der Staatsbeamten zugegangen. Danach betragen die Tagegelder bei jeder Reise für aktive Staatsminister 35 Mk., für Beamte der ersten Rangklasse 28 Mk., für die der zweiten und dritten Rangklasse 22 Mk. und die der vierten und fünften Rangklasse 15 Mk., für die Beamten, die nicht zu den vorstehenden Kategorien gehören, soweit sie bisher zu diesem Satze berechtigt waren, 12 Mk., und für Subalternbeamte 8 Mk., für alle andern, soweit sie zu diesem Satze berechtigt waren, 6 Mk., im übrigen 4 Mk.

Die Fraktionsführung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bestimmte als Redner für den Gesetzentwurf betreffend die Arbeitskammern den Genossen Reigen, für den Gesetzentwurf über die Hausarbeit die Genossen Robert Schmidt und Albrecht. Zur Abänderung des § 114 der Gewerbeordnung sollen die Genossen Moritz und Stadthagen reden. Zu den Zulassungsanträgen des Zentrums, der am Donnerstag, dem nächstfolgenden Schwerrtage, zur Verhandlung kommt, ist von der Fraktion Genosse David als Redner bestimmt. Für die einzelnen Kommissionen, die für die Gesetzentwürfe vorgelassen sind, wurden folgende Fraktionen bestimmt: Für den Reichstagsantrag über die Stellenvermittlung betreffend, Hildenbrandt, Schmidt und Schwarz; für das Arbeitskammergesetz Bömelburg, Reigen und Severing. In den Kommissionsberatungen über die Hausarbeit werden sich beteiligen die Genossen Albrecht, Schmidt und Stücken. An der Beratung der Gewerbeordnungabänderung die Genossen Moritz, Schmidt und Stadthagen. Ferner wurde beschlossen, an den Reichstagskanzler eine Interpellation zu richten wegen der Angriffe, die er am 10. Februar im preussischen Abgeordnetenhause gegen das Reichstagswahlrecht richtete. Als Redner hierzu wurden die Genossen Ledebour und Frank bestimmt.

Konservative Parteiverlogenheit. Der geschäftsführende Ausschuss der deutsch-konservativen Partei erläßt eine scharfe Abgabe an die konservative Vereinigung. In der Erklärung heißt es:

Die konservative Partei ist, wie der Delegiertentag in Berlin gezeigt hat, gern geneigt, ehrlichen Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten Raum zu geben, weil sie die Kraft in sich sieht, solche Strömungen innerlich zu überwinden. Sie kann es aber nicht dulden, wenn geküßelten, wie hier nicht eine verschönernde Verständigung, sondern Zweifel (?) und Unruhe geradezu gefördert und genährt werden.

Dem Zweifel an ihrer Gottähnlichkeit oder gar der „Unruhe“ vermag die deutsch-konservative Partei nicht standzuhalten, hierzu „fährt sie die Kraft“ nicht „in sich“. Ein wertvolles Geständnis!

Der freisinnigen Ansturm. Der freisinnige Wahlausschuss fordert die freisinnigen Organisationen auf, einen Entlastungsantrag gegen die Wahlrechtsvorlage zu entfallen. Zu diesem Zweck sollen allenthalben Protestversammlungen abgehalten werden. Nach alledem, was die Volkssche Zeitung im Prolog vernunten läßt, wird es mit dem freisinnigen „Entlastungsantrag“ so kommen, wie mit dem Gebrüll des Webers Fettel im Sommerachtsraum. Der wollte als Rede brüllen wie eine Taube, damit er die Damen nicht erschrecke.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist der Unterstaatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium v. Conrad ernannt worden. v. Conrad war von 1883 bis 1890 Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und gehörte natürlich der konservativen Fraktion an.

Der Kieler Klatsch. Gegen den Ingenieur Heinrich, Sohn des aus dem Westprozeß bekannten Magazindirektors Heinrich, und gegen den Gefangenenaufsichtsrat Hielermann in Altona, früher im Kieler Gerichtsdienst in Dienst, ist Anklage wegen aktiver und passiver Beamtenebstechung von der Staatsanwaltschaft erhoben worden. Es haben schon Vernehmungen stattgefunden. Heinrich soll den Gefangenenaufsicht hehosen haben, damit er mit seinem in Untersuchungshaft befindlichen Vater in unerlaubte Verbindung treten konnte. Eine seine Verwaltung!

Wodurch im deutschen Heere die Schlagfertigkeit erhöht wird, das hat jedenfalls der Kommandeur des Inf.-Reg. Nr. 137 in Saganau L. E. herausgefunden. Er ordnete an, daß die Schrammen sämtlicher Soldaten des Regiments nachgemessen werden. Der obere Mägenrand darf nach seiner Anordnung nicht über 18 Zentimeter Nechrumfang haben auf der unteren Hand. Genügt eine Wunde nicht in dieser Vorschrift, so muß sich der Prüfling eine neue aneignen. Es ist ja möglich, daß infolge eines übermäßig großen Mägenbeckens der Soldat eine größere Angriffsfläche für den Feind bietet. Und man muß den Escharifund und die Humanität unserer Offiziere bewundern, die bei Tag und Nacht darüber nachdenken, wie sie unsere Soldaten vor den feindlichen Augen bewahren können. Nur an die bunten Farben der Uniform, an die blühenden Helmbeschläge und blauen Knöpfe usw. getraut man sich nicht ran. Die mühte man des Paraderummels wegen nicht meiden.

Kommunale Selbstverwaltung. Die Regierung hat den Beschluß der Stadtverordneten in Elberfeld, wonach die Stadthalle auch den Sozialdemokraten zu Versammlungen zu Verfügungen gestellt werden soll, beanstandet.

Kleine politische Nachrichten. Der bekannte Arbeiterführer Pete Curran ist in Walthamslow bei London gestorben.

Großbritannien.

Berkündung zwischen Regierung und irischer Partei.
London, 16. Februar. Die Times ist der Ansicht, daß zwischen der Regierung und der irischen Partei eine Verständigung erzielt worden ist, über deren Einzelheiten man erst durch die Reden von Hquith und Macdonald in der ersten Parlamentsabstimmung näheres erfahren wird. Das Kabinett könne ruhig in die Zukunft blicken. Die Times glaubt, daß das Finanzgesetz

sofort zur Verhandlung gelangen und bereits am ersten Tage im Parlament eingebracht werden wird.

Spanien.

Bombentatentate mit kirchlichem Segen.

a. k. Schon öfter ist die Vermutung geäußert worden, daß die anarcho-socialistischen Attentate, die seit vielen Jahren Barcelona in Schrecken versetzt haben, auf gutgeleitete Hintermänner zurückzuführen seien. Die Ereignisse des vorigen Sommers: das Anführer der Attentate gerade zu der Zeit, als der „terroristische Pöbel“ die Stadt beherrschte, und die Bombenstöße in Alköstern, haben diese Annahme gestützt. Jetzt aber tritt ein ganz Eingeweihter, der Präses von D. Suarez Anglan, mit ganz bestimmten Behauptungen dieser Art auf. Er sagt in einer Erklärung, die durch die liberale Presse geht: „Bisher haben sich aus Klugheit geschwiegen. Aber der Augenblick ist gekommen, gewissen literalen Elementen zu zeigen, was es kostet, Verleumdungen zu verbreiten. Es muß gesagt werden: Es gibt Leute in Barcelona, die sich Schlichter der öffentlichen Ordnung und Stilles der Gesellschaft nennen, sich aber nicht geschämt haben, Anarchisten, und zwar solche der schlimmsten Art, die aus ihren eigenen Reihen wegen Unwürdigkeit ausgestoßen waren, zu benennen. Ich habe den Beweis für meine Behauptung: sehr angesehene Mitglieder der konservativ-literalen Partei haben Anarchisten dieser Sorte in ihrem Dienst. Es ist sehr möglich, daß man in dieser Tatsache die Aufklärung mehrerer noch dunkler Ereignisse findet. Der Augenblick ist gekommen, alle Liberalen und alle anständigen Leute, die aus der Politik kein schmutziges Kampfmittel machen, aufzurufen. Ich bin dabei, die Beweise zusammenzustellen, und wir werden in der Kammer oder im Senat finden, auf welcher Seite sich Ehrenhaftigkeit und Sittlichkeit befindet.“

Der Wiederkehr, der, so lange die Schwarzen ungehört am Ruder waren, still geschwiegen und legt auch nur aus Gründen des Parteilampfs seine Enthüllungen begonnen hat, vermag natürlich keine Sympathie zu erwecken. Wohl aber würde es von größter Bedeutung sein, wenn es ihm gelingt, seine Behauptungen, die das größte Aufsehen erregt und schon zu den heftigsten Preßerörterungen geführt haben, zu beweisen. Grundständig Neues über die Takte, die bereits vor über 20 Jahren das belgische Militäregiment angewandt hat, würde damit ja kaum zutage gefördert werden.

Griechenland.

Die Lage.

Athen, 16. Februar. Die politische Lage zeigt hier eine neue Phase. Soweit sich in Erfahrung bringen ließ, ist eine neue tiefschneidende Spaltung zwischen Militär- und Marine ausgebrochen, die zu blutigen Zusammenstößen führen kann. Die wichtigsten Punkte Athens werden getrennt militärisch besetzt, da man einen Angriff seitens der Marine befürchtete. Zugleich, der unläugbar begnadigte Führer des letzten Marinerevoltes, ist getrennt unvermehrt nach Athen zurückgeführt. Den Zeitungen ist das Erscheinen nur unter der Bedingung gestattet, daß Mitglieder der Militärliste ihren Inhalt überwachen. Die Marineoffiziere haben sich im Arsenal von Salamis verammelt. Die Kriegsschiffe sind in kampfbereiten Zustand versetzt.

Der Militärbund und die Presse.

Athen, 15. Februar. Der kretenische Führer Venizelos ist wieder hier eingetroffen. Trotz der Aufforderung der Militärs an die Zeitungen, sich der Kritik über die Einberufung der Nationalversammlung zu enthalten, beabsichtigten fünf Zeitungen im Namen der Freiheit einen Appell an das Volk zu richten. Als daraufhin die Liga die Abkunft kundgab, diese Zeitungen zu unterdrücken, stellten diese ihr Erscheinen ein.

Athen, 18. Februar. Der Streit zwischen der Militärsliga und den Zeitungen ist beigelegt worden. Die Zeitungen werden morgen alle wieder erscheinen.

China.

Die Unruhen in Kanton.

Paris, 16. Februar. Nach einer Depesche des New Yorker Herald aus Kanton haben sich die Unruhen getrennt wiederholt. 6000 Soldaten, die nach europäischem Muster ausgebildet sind, haben gemeutert. Im Laufe eines Geschehens mit den Meuturern sind ca. 500 von ihnen getötet worden. Zur Zeit der Absonderung der Depesche hatte sich die Bevölkerung noch nicht an der aufrührerischen Bewegung beteiligt.

Indien.

Aufbruch in Vastar.

Mahabod, 14. Februar. Bei einigen Eingeborenenstämmen des zu den Zentralprovinzen von British-Indien gehörigen Wajalsantates Vastar ist eine aufrührerische Bewegung ausgebrochen. Die Aufstörer, die mit Pfeil und Bogen bewaffnet sind, haben Bazare, Postämter, Polizeiwachen und Schulgebäude zerstört und den Regierungskommissar schwer verwundet. 120 Polizeibeamte sind zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt worden. Der Beweggrund der Unruhen ist nicht bekannt.

Mahabod, 15. Februar. Der Tribus von Vastar hat gegen die englische Oberhoheit revoltiert. Die Polizeiposten sind überfallen und die Schulen verbrannt worden. Die englischen Untertanen gehörnde Bazare wurden geplündert und ein englischer Beamter schwer verletzt. Der Tribus ist bewaffnet und seine Truppen bestehen aus 100 Reiterträgern und gegen 500 Pfeilträgern. Die Regierung verstärkte die Militärskontingente und hat 320 Mann zur Unterdrückung der Bewegung nach Vastar abgehen lassen.

Sächliche Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 15. Februar.

Die heutige Sitzung brachte eine recht ausgiebige Debatte über Schulfragen und diente so dazu, die bei dem Etat des Kultusministeriums und dem Volksschulkapitel gepflogene Diskussion nach mehreren Richtungen hin zu ergänzen. Anlaß bot der schriftlich erstattete Bericht der Finanzdeputation A über die staatlichen Lehrseminare. Auf Verlangen der Deputation hatte die Regierung eine ausführliche Erklärung über die Anstellungsverhältnisse der jungen Volksschullehrer gegeben, aus dem hervorgeht, daß es bisher noch immer gelungen ist, die alljährlich zu Oftern von den Seminaren abgehenden Schulamtskandidaten in verhältnismäßig nicht zu langer Zeit im Schuldienste unterzubringen. Verschiedene Momente deuten aber bereits darauf hin, daß die frühere Lehrernapptheit allmählich in einen Lehrüberschuß umzuschlagen droht. Diese Tatsache gab nun dem Genossen Kitzke Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß dieser Lehrüberschuß nur scheinbar ist. Bis heute ist es noch nicht möglich gewesen, die Bestimmungen des Volksschulgesetzes von 1873 in vollem Umfang durchzuführen, daß auf eine Klasse im Höchstenfall nicht mehr als 60 und auf eine Lehrkraft nicht mehr als 120 Kinder entfallen sollen. Würde diese vor fast 40 Jahren aufgestellte Forderung nun endlich durchgeführt, so würde man vorausichtlich nicht mehr von einem Lehrüberschuß, sondern eher von einem Lehrermangel reden müssen. Weiter wandte sich

unser Redner gegen die Bevormundung der Gemeinden, die, wie Genosse Kitzke dies an einem speziellen Fall nachwies, bei der Durchführung des an sich ganz richtigen Grundgesetzes zutage getreten ist, daß bei der Anstellung ständiger Lehrer die dienstfähigsten Hilfslehrer zuerst zu berücksichtigen sind.

Die weitere Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage des Internats oder Externats für die Schüler der Seminare. Der freisinnige Seminarlehrer Roth hatte sich als Anhänger der Internate bekannt und nur einige Reformen verlangt, damit ihnen der kasernenmäßige Charakter genommen und die Zurück mancher Seminarleiter vor der „Anfektion“ ihrer Schülinge durch die Außenwelt überwunden werde. Während der Rede des Genossen Lange, der mit guten Gründen für das Wohnen der Seminaristen außerhalb der Seminare eintrat, zeigte sich aber, daß auch die Parteigenossen des Abgeordneten Roth durchaus nicht alle in dieser Frage hinter ihm stehen, und der Abgeordnete Roth illustrierte dann noch durch Verlesen der Internatsordnung eines Seminars, wie beachtlich die Kritik unfre Genossen war. Herr Lange hat maner von den Nationalliberalen leistete sich einen der bekanntest Schaufelzüge, in denen er der hervorragende Meister ist, während vom Ministerialisch und von zwei Rednern der Rechten eine Lanze für die dem konservativen Erziehungsideal besonders zugehörigen Drillanstalten gebrochen wurde. Dabei mußte übrigens der Vizepräsident Optk das interessante Eingeständnis machen, daß Sachsen durchaus nicht, wie es so oft hingestellt wird, mit seinen Aufwendungen für Volksschulzwecke an der Spitze der deutschen Staaten, sondern erst an 9. Stelle, und damit unter dem Reichsbudgetschnitt steht. Soweit aber die Zahl der Schulfinder in Frage kommt, die auf einen Lehrer entfallen, steht es sogar erst an 15. Stelle. Für diese Feststellung werden die Freunde des Herrn Optk im Kultusministerium ihm schwerlich Dank wissen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung — Eisenbahn- und sonstige Petitionen — wurden ohne besondere Debatte erledigt. Hervorzuheben ist hier nur eine Petition der Ortsgruppe Leipzig des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, die um die Zulassung der Frauen zu den städtischen Schularschüssen ersucht. Die Deputation hatte beschlossen, die Petition der Regierung als Material für das in Aussicht stehende Volksschulgesetz zu überweisen. Dieses Votum hatte dem Chemnitzer Innungsobmeister Bieener schwere Bebenfen verursacht und er forderte deshalb die Regierung auf, der zunehmenden Verweigerung der deutschen Öffentlichkeit nicht ebenfalls Vorschub zu leisten. Es steht zu befürchten, daß so lächerlich dieser Appell auch wirkte, er doch auf liebevolles Verständnis bei den Regierungsbureaokraten stoßen wird.

Wie der Militärvereinsbund die Schanzmacherorganisation anwinkt.

Der Präsident des Sächlichen Militärvereinsbundes hat an die Mitglieder des Verbandes sächlicher Industrieller folgendes charakteristische Ersuchen gerichtet:

Der frische nationale Zug, der bei der letzten Reichstagswahl gleich einem reinigenden Sturmwind über Deutschland durchbrach, hatte namentlich unsern teuren Sachsemlände einen Sieg gebracht, wie er kaum erhofft werden konnte. Die Erfolge bei den letzten Landtagswahlen haben leider das große Bewußtsein, Ruhe und Frieden im bestehenden Staate gesichert zu sehen, wesentlich gedämpft und ein bedeutendes Anwachsen der Sozialdemokratie oder doch ihrer Mitläufer erkennen lassen. Um so mehr ist es Aufgabe aller nationalgesinnten Staatsbürger, das vaterländische Gefühl wachzustellen, zu stärken und zu kräftigen, Liebe und Treue zu König und Vaterland, zu Kaiser und Reich in allen Volksschichten und Berufsständen immer mehr zu vertiefen.

Mühtig regt sich ja auch in unsrer Arbeiterschaft der Geist, der unser Deutsches Reich geschnitten und bisher erhalten hat. Mit Naxer werdendem Blide für das Erreichbare bilden sich in rasch zunehmendem Umfange Verbände auf staatsrechtlichem Boden, die reicheren Gewerkschaften gewinnen zusehends an Umfang und Bedeutung. Hieran darf man sich nicht irren lassen durch den Aushall unsrer jüngsten Landtagswahlen; denn die Unzufriedenheit, die sich bei diesen in unverständlicher Weise Luft gemacht hat, hatte keineswegs besonders die Arbeiterschaft, sondern mehrere Schichten der Bevölkerung ergriffen und ein Bild der Zerlegung geliefert, welches den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht.

Wenn dies auch als lächer angenommen werden darf, so bleibt doch und gerade deshalb noch unerlässlich viel zu tun im unablässigen Kampfe gegen die verbliebenen Feinde aller geordneten Staatswesen, gegen die nützlichste Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, gegen die mangelnde Urteilsfähigkeit und die fatalen Gleichgültigkeit. Denn diese Fehler, nicht der dem deutschen Volksscharakter fremde revolutionäre Geist, sind der nur allzu fruchtbare Boden, aus dem die Sozialdemokratie ihre Nahrung saugt.

Bei diesem Kampfe will auch der Königlich Sächliche Militärvereinsbund mit seinen mehr als 200 000 Mitgliedern nicht untätig bleiben; er will sich beteiligen an der mühsamen, unermüdlichen Meinarbeit, die erforderlich ist, um das schöne erstrebenswerte Ziel zu erreichen, daß die Kameraden im Arbeiterstande und auch im kleineren und mittleren Beamtentande immer mehr den kühnstrahlenden Militärvereinen mit ihrer alle Berufsstände und politischen Parteien, mit allen Ausflüssen der Sozialdemokratie, gleichmäßig umfassenden Kameradschaft gemoinen und dadurch auch immer mehr dem Banne der Sozialdemokratie entrückt werden. Hier dürfen wir aber auch mit Bestimmtheit hoffen, ein gemeinsames, dankbares Arbeitfeld mit unsrer mächtigen sächlichen Industrie zu finden.

Wir bitten deshalb herzlich, lassen Sie sich die Mühe nicht, vertrieben, Ihre Angehörigen im Kontor sowohl wie in den Fabrikfabren immer auf unsre Königlich Sächlichen Militärvereinsangelegenheiten hinzuweisen. Gehen Sie auch hier persönlich als Führer der Ihrer Fürsorge unterstellten voran, indem Sie diese Vereine, wenn tunslich, durch Ihre Mitgliedschaft und durch öfteren Besuch erfreuen und in ihrem Ansehen heben. Gehen Sie vor allem unsre Bundeszeitung, den gut geleiteten und erfahrungsgemäß gern gelesten, reichen Stoff bietenden Kamerad, in Ihren Kontoren, Kabinets, Kantinen usw. in genügend Anzahl aus. Gestatten Sie endlich, daß an diesen Stellen Plakate ausgehängt werden dürfen, die auf den Königlich Sächlichen Militärvereinsbund hinweisen.

Wir bitten auf Ihr wohlwollendes Entgegenkommen rechnen zu dürfen und erlauben uns, indem wir auf die nachstehende Empfehlung hinweisen, ein Stück des Kamerad und ein Plakat nebst Bestellkarte gleichzeitig zu übersenden.

Dem Schanzmacherverein mit einem Stresemann an der Spitze war das Ersuchen der Militärvereinsler ein gesunderes Pfaffen. Den „geachteten Verbandsmittellern“ wird das vorstehend mitgeteilte Rundschreiben zur geneigten Beachtung empfohlen und angelegt:

Mit seinen etwa 1700 Vereinen und über 300 000 Mitgliedern wirkt der über ganz Sachsen verbreitete Königlich Sächliche Militärvereinsbund bekanntlich sowohl in vaterländischer als auch allgemeiner Beziehung sehr segensreich, seine Be-

Freiungen verdienen gewiss auch seitens unserer heimischen Industrie warme Anerkennung und rege Förderung nach der im vorstehenden gegebenen Richtung."

So kämpfen die Arbeitervereine und der Industriellenverband vereint gegen die Sozialdemokratie, aber natürlich, da beide Organisationen ganz unpolitisch sind, ohne jede politische Tendenz. Die Wirkung dieses vereinten Kampfes gegen die Sozialdemokratie wird nur sein, daß sich die Reihen der Sozialdemokratie immer enger und fester schließen und ihr immer neue Kämpfer und Anhänger zugesührt werden. Diese Ordnungslampen sind eben auch nur ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und nur das Gute schafft.

Selbstverwaltung der Gemeinden.

Zu diesem Kapitel liefert zurzeit eine gegenwärtig in Langburkersdorf Schwebends Lehrstuhl eine Illustration. Der dortige Schulvorstand hat, wie der Dresdner Volkszeitung berichtet wird, vor Jahresfrist eine über das gesetzliche Minimum sehr wesentlich hinausgehende Gehaltsstaffel eingeführt in der Erwartung, dadurch tüchtige Lehrkräfte nach Langburkersdorf zu ziehen. Bereits früher war aus diesem Grunde die Gehaltsstaffel erhöht worden; damit hatte man auch gute Erfahrungen gemacht. Zurzeit ist nun wieder eine Wahl nötig und die Stelle ausgeschrieben worden. Die Zahl der Bewerber ist nicht genau bekannt, doch soll sie bei dem gegenwärtigen Ueberfluß an wahlfähigen Lehrern sehr groß sein. Von den Bewerbern, die ihre Gesuche nicht an den Schulvorstand, sondern an die Bezirkschulinspektion zu richten haben, sind dem Schulvorstand drei Kandidaten vorgeschlagen worden, für die im Kollegium keine Sympathie vorhanden ist. Dagegen wünscht man einen Bewerber aus einem Nachbarorte mit guten Zeugnissen und Pensionen zu wählen. Das Kollegium hält sich der Gemeinde gegenüber schon in Hinblick auf die Gehaltsaufbesserungen verpflichtet, nur einen Kandidaten mit möglichst besten Zeugnissen zu wählen. Man machte ein Gesuch an das Kultusministerium um nachträglichen Vorschlag des gewünschten Kandidaten. Dieses Gesuch wurde abgelehnt und der Schulvorstand angewiesen, bis zum 7. Februar eine Wahl unter den drei vorgeschlagenen Bewerbern vorzunehmen, andernfalls das Ministerium die Stelle in eigenem Ermessen besetzen wird. Man gibt noch ein besonderes Umstand zu erster Bedenten Anlaß. Auf der letzten Lehrerkonferenz in Sebnitz ist gesagt worden, daß zurzeit für die jungen, aus den letzten Wahlschlüsselpfahrungen hervorgehenden Lehrer keine Anstellung auf Anstellung sei, weil ein Ueberfluß an Lehrkräften besteht und das Kultusministerium die Bezirkschulinspektionen angewiesen habe, bei Vorschlägen die bereits am längsten auf Anstellung wartenden Kandidaten zu bevorzugen. Auch von anderer Seite ist ähnliches gesagt worden. Wenn dies zutrifft, so können kleine und mittlere Gemeinden, die für ihr Schulwesen Mehraufwendungen machen, in eine unhaltbare Lage. Größere Gemeinden werden von dieser Bevormundung nicht getroffen. Bei Gemeinden mit mehr als zehn Lehrern hat der Gemeinderat das Vorschlagsrecht. Die besagte Gemeinde macht für Gehälter Mehraufwendungen, um beste Kräfte heranzuziehen, und soll nun offenbar nach angeführtem Rezept erfolgriche Vorschläge wider ihren Willen annehmen. Es wäre an der Zeit, daß den kleinen Gemeinden genau das Recht wie den größeren zugestanden wird.

Neue Eisenbahnen. Die Finanzdeputation B hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, in der Kammer zu beantragen, die Petition um Erbauung einer Eisenbahn von Vorna nach Saugitz der Regierung zur Kenntnisnahme, und die Petition um Erbauung einer Bahn von Wurzgen nach Eilenburg der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. In der Deputation erklärten die Regierungsvertreter, daß die Regierung geneigt sei, das Projekt Vorna-Saugitz auszuführen, wenn die an der geplanten Linie liegenden Unternehmungen, in der Hauptsache Kohlenwerke, entsprechende Vorteile zu bewilligen, auf 1 Millionen Mark belaufenen Baukosten zu leisten bereit seien. Auch dem zweiten Projekt Wurzgen-Eilenburg sieht die Regierung sympathisch gegenüber, so daß auch der Bau dieser Bahn in absehbarer Zeit angeführt werden wird.

Woh Brot ich esse, des Vieh ich frage! Mit diesem Thema, das man für die am Montag abend stattgefundenen Wählerversammlung der Generalversammlungsvorrede zur Ortskrankenkasse in Pulitz angelegt hatte, hatte man gehofft, im letzten Moment die Liste des Kartells noch zu Fall zu bringen. Dieser gegenüber stand eine solche von Arbeitgeberfreunden, Christlichen usw. Trotzdem mit Hochdruck gearbeitet worden war, siegte die Liste des Gewerkschaftskartells über die des vereinigten Rischnachs mit 341 gegen 327 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Prozent.

Eine Richtigstellung. Wir berichteten dieser Tage nach dem Leipziger Tageblatt, daß der Minister des Innern Graf Bismarck ein Gesuch des freisinnigen Abg. Günther um Ueberlassung des Erststagesraumes des Landtagsgebäudes zu einer Versammlung des freisinnigen Landesvereins abgelehnt und erklärt habe, daß künftig auch der konservativen Partei das Recht zur Versammlungszwecken nicht mehr überlassen werden solle. Das Leipziger Tageblatt fügte seiner Meldung hinzu, daß der Abg. Günther sich mit seinem Gesuche an die falsche Adresse gewandt habe, da allein die Präsidenten der beiden Kammern für derartige Gesuche zuständig seien. Wie man uns aus Dresden meldet, ist die Meldung des Tagesblattes insofern unzutreffend, als nicht der Minister des Innern Graf Bismarck, sondern der Präsident der Ersten Kammer Graf Bismarck, ein Verwandter des Ministers, die Erlaubnis verweigert hat. Der Abg. Günther hatte sich also in der Tat an die richtige Quelle gewandt.

M. Gemann. Von der Anklage des in § 178, Abs. 1 näher bezeichneten Sittlichkeitsverbrechens wurde vom Chemnitzschem Richter der Kaufmann Bernhard Emil Schulze freigesprochen, dessen am 20. Juli 1908 erfolgte Verhaftung damals großes Aufsehen erregte. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die angezogene Gesetzesbestimmung, gegen die sich Schulze vergangen, bedroht mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, „wer mit Gewalt unzüchtige Handlungen an einer Frauensperson vornimmt oder dieselbe durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben zur Vornahme unzüchtiger Handlungen nötigt“. Bei Annahme milderer Umstände beträgt das Mindeststrafmaß sechs Monate Gefängnis. Nach seiner Verhaftung ist Schulze, nach der Universitätskliniken Leipzig zur Beobachtung seines Geisteszustandes gebracht worden und als die Untersuchung abgeschlossen war, ist er freiwillig weiter dort geblieben. Zur Verhandlung waren 11 Zeugen, darunter zwei als von Schulze verleihte Mädchen, eine Arbeiterin aus Chemnitz und eine Rentnerin aus Dresden, geladen; außerdem war ein ärztlicher Sachverständiger anwesend und Dr. Fleißig aus Leipzig als Gutachter über den Geisteszustand des Angeklagten, in dessen Vertretung sich zwei Rechtsanwälte teilten. Schulze, der 33 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und vermögend ist, hatte sich in verschiedenen Stadtteilen „Absteigequartiere“ gemietet, seine Opfer dahin geschleppt und in seditischer Weise mißhandelt und mißbraucht. Waren die Mädchen ihm nicht so zu Willen, wie er es wünschte, bedrohte und mißhandelte er sie mit der Reitpeitsche. Dr. Siemens nannte er sich, auch andere falsche Namen legte er sich bei. Der Besatz mochte sein Treiben schon bekannt sein, denn die Polizei hatte sein Bild, das von einem Opfer sofort und bestimmt erkannt worden war, worauf Schulze von der Straße weg verhaftet wurde. Die Verhandlung währte von

früh 1/8 bis abends 8 Uhr. Der Freispruch wird beim Schwurgericht nicht begründet; es bleibt nur die Annahme, daß der Beschuldigte sich vor dem Zuchthaus gerettet hat.

Kamern. Im Vorangebiet für den Rettungshausneubau zu dem auf Zschopauer Allee anzulegenden neuen Laubau der Eintracht-A.-S. wurde ein Meierstein freigelegt, der von den Arbeitern zunächst nicht erkannt und daher zum Teil zertrümmert wurde. Der aus Urstein bestehende, größtenteils verflochtene Meteorstein wiegt etwa 100 Kilogramm und wurde in einer Sandhöhle in etwa 1,20 Meter Tiefe aufgefunden. Der verflochtene vordere Teil hatte sich beim Aufschlag auf den Boden breitgeschlagen.

Meerane. Der hiesige Rat beschloß, für Prämien an selbstthätige Mütter aus dem Arbeiterstande vorläufig für das Jahr 1910 2000 Mark bereitzustellen. — Mit der Natur- und Badeanstalt am Schillerpark wird die Stadt demnächst ein Lust- und Lichtbad mit insgesamt 1200 Mark Kosten verbinden.

Delonik. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten gelangte ein sozialdemokratischer Antrag des Stadtverordneten K. K. J. zur Beratung, die Bekanntmachung zu Lebungen der Feuerwehrgesellschaft in Zschopauer Volksblatt, dem Zweikamer Parteiorgan, bekannt zu geben. Genosse K. J. begründete diesen Antrag und betonte, daß einem Arbeiter, welcher bei der Feuerwehr dient, nicht zugemutet werden kann, nur aus diesem Grunde eines der hiesigen Blätter zu halten. Einstimmig wurde dem Verlangen, den Stadtrat zu ersuchen, Bekanntmachungen auch im Zschopauer Volksblatt zu veröffentlichen, zugestimmt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Eine grausige Tat beging in der verflochtenen Nacht eine 12-jährige Frau in ihrer Wohnung Mittelgasse 8 in Dresden. Sie schüttelte einen liter Petroleum über ihren Kopf und zündete ihre Kleider an, um lebendig zu verbrennen. Als Leute hinzueilten, fanden sie die Frau schon mit sehr schweren Brandwunden bedeckt vor. Sie verstarb im Friedrichstädter Krankenhaus. — Der 12-jährige Sohn einer Frau Eckert aus Pieschen bei Adeberg wurde in der Deide erhängt aufgefunden. Man nimmt an, daß der Junge, der schon einmal einen ähnlichen Streich beging, sich aus Mangel an Geld um den Hals legte, aus der er sich dann nicht wieder hat befreien können. — In dem am Fuße des Schlosses in Zschopau gelegenen Eilenberger Erbsenhaus brach ein Brand aus, durch welchen das Gebäude bis zum 1. Stock eingestürzt wurde. Nachmittags wurde Eilenberger im Keller erhängt aufgefunden. Es wird vermutet, daß Eilenberger den Brand angelegt hat. — Auf dem oberen Bahnhof in Meißener Straße ist der 45 Jahre alte Schirmmeister Hermann Schubert von hier tödlich verunglückt. Er war beim Rangieren von der Maschine erfasst worden. Die schweren Verletzungen führten den Tod sofort herbei. Schubert hinterläßt Frau und drei Kinder. — Der bei der Falkenstein in der Gasse der Boglanbißchen Bank tätig gewesene Bankbeamte Kurt Brenthel hat das von einer Leipziger Dame hier angelegte Vermögen von 7332 Mark ohne ihr Wissen abgehoben und ist flüchtig geworden.

Aus den Nachbargebieten.

Eine zweifelhafte Wahrnehmung.

Das Gewerbegericht in Jena nahm den Kupfermeister H. S. in eine Ordnungstraße von 3 Mk., weil er nach Kündigung des für ihn ungünstigen Urteils beim Hinausgehen sagte: „Das geht wider meine Auffassung, das ist kein Recht mehr!“ Aus dieser Bemerkung hat der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Müller, herausgehört, daß er über das Gewerbegericht überhaupt das Recht gebugt hätte. Und da eine solche Behauptung sehr schlecht zu beweisen ist, vor allem abwey von den Herren Juristen und besonders von Revueen als Beleidigung oder als ungehörig aufgefaßt wird, wurde der Handwerksmeister eben kurzhand in eine Ordnungstraße genommen. Wir können uns aber sehr wohl, so schreibt unser Genera Parteilich, in die Erregung des Handwerksmeisters hineinsetzen, nicht etwa, weil er verurteilt worden ist — wir halten das Urteil für richtig —, sondern, weil die beiden sich diametral gegenüberstehenden Aussagen gar nicht gewißrechtig wurden. Dem Gewerbegericht steht es zu, auf Grund der freien Beweiswürdigung ein Urteil zu fällen. Von dieser freien Beweiswürdigung war aber im ganzen Termin auch nicht mit einer Silbe die Rede. Es blieben also nur die Aussagen der beiden Parteien übrig. Von diesen konnte nur eine für das Gericht in Frage kommen. Es mußte einer Partei der Eid zugesprochen werden, um die objektive Wahrheit zu erforschen. Auf diesem Standpunkt stand auch anfänglich das Gericht, wenigstens gab der Vorsitzende dieser Meinung wiederholt Ausdruck. Als jedoch nach Abbrechung der Vergleichsverhandlungen plötzlich das Urteil gefällt wurde, ohne daß ein Wort gesagt wurde, auf Grund welchen Beweises, ließ sich Hofmeister zu der Reueigung hinreißen. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß das Landgericht, an das in diesem Falle eine Berufung zulässig ist, die Ordnungstraße aufhebt, so dürfte es doch nichts schaden, zu erfahren, was dieser Gerichtshof dazu sagt, wenn jemand nur auf Grund einer Aussage verurteilt wird, ohne daß dabei die andere Aussage gebührend berücksichtigt wird, was in diesem Falle trotz des über eine Stunde währenden Termins ganz und gar nicht geschehen ist.

Halle. In der Stadtverordnetenversammlung Interpellierten die Sozialdemokraten über das Vorgehen der Polizei am Sonntag. Bürgermeister v. H. H. lehnte die Beantwortung der Anfrage ab, weil die Polizeiverwaltung nicht dem Magistrat, sondern dem Regierungspräsidenten unterstehe. Genosse Thiele brachte dann seine Beschwerde beim Polizeietat vor. Stadtverordnetenvorsteher Steiner und Bürgermeister v. H. H. sprachen ihr größtes Bedauern aus, daß Verurteilungen vorgenommen und auch Unschuldige getroffen worden seien. Das Einschreiten der Polizei und der Gebrauch der Waffe sei aber unter den obwaltenden Umständen notwendig gewesen. Die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten zu.

aus Sachsen-Weimar. Die fechtstägige Einheitsart im Landtage erreichte am Dienstag ihr Ende. Der bekannte Abgeordnete Lehmann, der im Reichstage den Wahlkreis Jena vertritt, hatte jetzt der Regierung einen Paragrafen benannt, weil dieser angeblich zugunsten der Sozialdemokratie agitiert habe. Die Regierung kündigte darauf an, daß eine disziplinarische Untersuchung gegen diesen Paragrafen eingeleitet werde. Darauf hat der Paragrafen Döke in Burkardsdorf bei Weida an den Abgeordneten Pferdekömper ein Telegramm gerichtet, in dem er betont, daß er immer schon ein scharfer Gegner der Rotten und seit drei Jahren auch Mitglied des Reichsverbandes sei.

Aus der Umgebung.

Böhlitz-Chrenberg. Zur Klärung. In einem in der Nummer vom 9. Februar wiedergegebenen Bericht über die Verhandlung gegen den früheren Gemeindevorstand Entschberger ist u. a. gesagt worden, daß der als Zeuge vernommene frühere Schuhmann Günther aus Böhlitz nach Böhlitz-Chrenberg versetzt worden sei. Von verschiedenen Seiten ist, daraus gefolgert worden, daß Günther an den Böhlitzer Vorgängen vom Jahre 1898, die zu dem bekannten Bluturteil gegen einige Bauarbeiter führten, beteiligt gewesen sei. Das ist wie nun mitgeteilt wird, nicht richtig. Günther ist erst am 1. Januar 1898 in Böhlitz als Schuhmann eingetreten und hat dort selbst gekündigt, um die Stelle in Böhlitz-Chrenberg zu übernehmen.

Piebertwaiswiz. Schneereste. Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Expeditionsräume des hiesigen Gemeindevorstandes, des königlichen Standesamtes und der Sparkasse Sonnabend, den 19. Februar d. J., geschlossen. Dringliche Standesamtsfälle werden vormittags von 8 bis um 9 Uhr erledigt.

Gemeinsame Ortskrankenkasse Piebertwaiswiz. Die Expedition der Kasse bleibt Sonnabend, den 19. Februar d. J., geschlossen. Die Krankengeldauszahlung erfolgt Freitag, den 18. Februar d. J., vormittags von 8 bis 12 1/2 Uhr mittags.

Delitzsch. Automobilunfall. Vorgefahre am Abend gegen 11 Uhr fuhr der Führer eines in rascher Fahrt von Leipzig kommenden Automobils an dem Bahübergang an der Leipziger Chaussee gegen die geschlossene Schranke. Der Vor, in dem die eiserne Schranke ruhte, hielt dem Anprall nicht stand, er zerbrach und das Automobil fuhr mit der Schranke auf das Gleise, konnte aber dann angehalten und etwas zurückgeschoben werden. Sonst wäre das Gefährt von einem im gleichen Augenblick ausfahrenden Güterzug jermalm worden. Der Wagenführer will rechtzeitig gebremst haben, aber bei der Glätte der vereisten Chaussee soll der Wagen weitergerollt sein. Das Automobil, welches einem Fabrikanten aus Nollleben bei Böhlitz gehört, konnte trotz einiger Beschädigung die Weiterfahrt fortsetzen.

Aus dem Stadtverordnetenrat. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden die Stadtverordneten Schimpf und Lanche in den Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule gewählt. — Das Jagdrecht für das 100 Morgen große Gelände der kleinen Spröde wurde dem Rittergutsbesitzer Pöhl-Weandorf für 100 Mark überlassen. Der Pächter soll verpflichtet werden, für sämtlichen Wildschaden aufzukommen. — Die Nachmittagsfestsetzung für die äußere Bittersfelder Straße wurde einstimmig, eine Forderung von 100 Mark zur Befestigung des Zugangs zum Diakonatsgebäude gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. — Auf Antrag des Magistrats wurde beschlossen, die neben der neuen Schule in der Hallischen Vorstadt stehende Schemie auf Kosten der Stadt abbrechen und das Material weiter verwenden zu lassen. Der Magistrat hatte seinen Vorschlag, die Zugangstraße nach der Schule in der Weise herzustellen, daß der Bürgersteig an der Schulseite gepflastert und die Fahrbahn haussfermigh ausgebaut wird, während der Bürgersteig an der anderen Seite nur durch Bordstein abgegrenzt und mit Kies beschüttet werden soll. Die Anlieger sollten zu den Kosten anteilig herangezogen werden. Der letzte Vorschlag rief eine längere Debatte hervor, die ohne Resultat blieb; die Beschlußfassung wurde schließlich vertagt. — Die Wassergebührenordnung, welche nach längeren Verhandlungen beschlossen war, hat nicht die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten, weil sie neben einer Mindstegebühre, die 125 Prozent der Gebäudesteuer beträgt, noch eine Berechnung nach Wassermessern vorsah, ein doppelter Maßstab bei der Einschätzung aber gesetzlich unzulässig ist. Dagegen ist es statthaft, für den Anschluß an das städtische Rohrnetz eine Anschlußgebühr zu erheben. Der Gebührenentwurf wird deshalb dahin abgeändert, daß die Mindestgebühr in eine Anschlußgebühr umgewandelt wird. — Nach einem Bericht über die Kämmerrechnung für 1908 und die Sparkasse, die einen Ueberfluß von rund 97 000 Mark gebracht hat, erfolgte die Beratung des Kämmeretatats. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 401 250 Mark ab. Für die Verzinsung und Amortifikation der Schulden sind 80 011.94 Mark aufzubringen. Der Zuschuß für die Schulen ist auf 131 409.88 Mark festgesetzt. Die bisherigen Steuerfähr, 150 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und 175 Prozent Zuschlag zu den Realsteuern, werden beibehalten. Die Staatseinkommensteuer ist mit 120 500 Mark, die Grundsteuer mit 7000 Mark und die Gewerbesteuer mit 36 250 Mark veranschlagt. Der Etat wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Auskunft in Rechtsfragen.

R. A. 100. Wenn das Verlöbniß durch das Verschulden Ihrer Tochter gelöst worden ist, ist diese verpflichtet, die Geschenke zurückzugeben.
E. B. 100. Eine Klage auf Schadenersatz gegen den Hauswirt wird nur dann Erfolg haben, wenn Sie nachweisen können, daß der Vermieter Ihnen den Mangel arglistig verschwiegen hat.
R. E. Sie haben alle Kosten zu tragen, auch die von Ihrem Gegner ausgelegten.
Enkel 1910. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.
R. 100. Nach Ihrer Darstellung ist aus dem Verlaufe überhaupt nichts geworden, da das Geschäft noch von dem angeblichen Verkäufer betrieben wird. Damit fallen für Sie auch alle Verbindlichkeiten weg. Der angebliche Verkäufer könnte nur auf Erfüllung des Vertrags klagen, wenn ein solcher überhaupt zu Recht besteht, was nach Ihrer Darstellung sehr unklar ist.
R. A. 100. Ihre Anfrage ist nicht verständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde.
B. 100. Die Alimente müssen Sie trotzdem zahlen, auch wenn das Mädchen Sie nicht heiraten will.
Richard B. Die Steuer für das letzte Quartal müssen Sie entrichten, wenn ein Gesuch um Steuererlaß keinen Erfolg hat.

Griechen der Redaktion.

Fr. 100. 1. Die Unfallrente wird gezahlt, wenn nach der 13. Woche nach dem Unfall noch eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit vorliegt. Die Höhe der Unfallrente richtet sich nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit. Vom Beginn der 5. Woche nach dem Eintritt des Unfalls ist jedoch das Krankengeld auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegten Arbeitslohnes zu bemessen. 2. Rein. 3. Rein.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag:
Speisenhalt I (Hofentlastung): Rostfleisch mit kleiner Würstchen.
Speisenhalt II (Hofentlastung): Rostfleisch mit Schweinefleisch.
Speisenhalt III (Hofentlastung): Rostfleisch mit kleiner Würstchen.
Speisenhalt IV (Hofentlastung): Rostfleisch mit Schweinefleisch.
Speisenhalt V (Hofentlastung): Rostfleisch mit Hühner und Bism.
Speisenhalt VI (Hofentlastung): Rostfleisch mit Hühnerfleisch.

Knorr's

Kahn-Maccaroni

unübertroffen!

Knorr's

Suppen

fix und fertig - 3 Teller 10 Pf.

Jedes Paket enthält 1 Dosechen.Jeder Umwickel enthält 1 Dosechen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Februar.

Geschichtskalender. 16. Februar 1497: Philipp Melancthon in Breiten geboren († 1560). 1826: Der Dichter Joseph Viktor v. Scheffel in Karlsruhe geboren († 1880). 1894: Der Naturforscher Ernst Haeckel in Potsdam geboren. 1847: Der Nationalökonom Carl Bilger in Kirberg (Hessen-Nassau) geboren. 1907: Die Nation stellt ihr Erscheinen ein.

Sonnenaufgang: 7,18. Sonnenuntergang: 5,11. Monduntergang: 12,37 vorm., Mondaufgang: 10,05 vorm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. Februar. Westliche Winde, vorwiegend heiter, kälter, trocken.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung.

In der Leipziger Ortsgruppe der Gesellschaft für soziale Reform unterhält man sich gestern recht angeregt über die Frage des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenversicherung. Der zweite Vorsitzende des Vereins für Arbeitsnachweis, Direktor Klinger, hielt ein umfassendes Referat über diese Fragen. Er stellte sich auf den Boden der von den Stadtverordneten kürzlich in dieser Frage gefassten Beschlüsse. Diese Dinge sind unsern Lesern bekannt; wir beschränken uns daher darauf, nur einige Gesichtspunkte aus dem Referat zu besprechen. Herr Direktor Klinger vertrat die Ansicht, daß der partiiatische Arbeitsnachweis auch in Streit- und Aussperrungsfällen nicht seine Tätigkeit einstellen dürfe, weil dadurch seine Neutralität verletzt würde. Es müßten auch selbst Stellen nach Betrieben vermittelt werden, in denen Streitigkeiten beständen, aber in jedem Falle müsse den Arbeitern von der Sachlage Mitteilung gemacht werden. Auf diese Weise würde die Freiheit der Entlohnung beiden Seiten gewahrt. Ebenso müsse es dem Arbeiter freistehen, eine nachgewiesene Stelle abzulehnen, wie es das Recht des Unternehmers sein soll, den ihm vermittelten Arbeiter nicht einzustellen.

Staat und Gemeinden könnten nicht anders, als die partiiatischen Nachweise zu unterstützen, denn sie seien geeignet, die Arbeitslosigkeit herabzumindern und dadurch Kranken- und Armentassen zu entlasten. Die Arbeitslosigkeit aber sei eine Gefahr für den nationalen Staat, sie begünstige Demonstrationen und gefährde den Frieden. Das „Umhauen“, das für den Arbeiter mit stillen Gefahren verbunden sei, werde durch den Arbeitsnachweis überflüssig. Auch die Abwanderung nach den großen Städten werde hintangehalten. Manchem Arbeitgeber möge dies unerwünscht sein, aber das Allgemeininteresse stehe höher als das des einzelnen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis solle erzehlich wirken. Er soll berechtigt sein, Arbeiter, die nicht arbeiten wollen, und sonstige verbummelte Elemente auf Wochen von der Vermittlung auszuschließen. Die Abneigung vieler Arbeitgeber gegen die öffentlichen Nachweise gründet sich zum Teil auch auf der Ansicht, daß sie nicht die erwünschte Auslese halten könnten. Über die Arbeitgeber seien auch bei Aufgabe ihrer eignen Nachweise und bei Benutzung der öffentlichen Nachweise in der Lage, sich unliebsame Elemente vom Halbe zu halten. Es bleibe den Arbeitgebern unbenommen, schwarze Listen aufzustellen (?), wie ähnliche Kampfmittel auch ferner den Arbeitern zuzustehen sollen.

Die Arbeitslosenversicherung sei mit dem Nachweis so eng verknüpft, daß man ihn zurzeit noch nicht das Wort reden könne. Der Nachweis müsse noch besser ausgebaut werden, damit man für die Arbeitslosenversicherung die nötige Ueberflucht gewinne. Die Versicherungswissenschaft verteidigt diesen Standpunkt eben darum, weil die Kontrolle über die Dauer und Beendigung der Arbeitslosigkeit so schwierig sei. Jedoch habe das Beispiel in Straßburg, wo man die Kontrolle den Gewerkschaften überwies, gezeigt, daß die Schwierigkeiten nicht so groß seien. Das System der Arbeitslosenversicherung nach dem Genfer System sei billiger, als die Notstandsarbeiten. Zum Schluß begrüßt er die Hilfsbereitschaft des Rats und der Stadtverordneten.

In der Aussprache nahm zunächst Herr Hiemisch, ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, das Wort. Er wandte sich gegen den Klassenkampf von oben, der den Arbeitern ihre Organisationen vernichten wolle. Er sang ein begeistertes Loblied auf die Anstalten, die in der Arbeiterwelt christliche Anstalten, Verpflegstationen usw. Unter Berücksichtigung seines „positiv christlichen“ Standpunkts schlug der Mann ganz energische Töne gegen die Ordensjurerei an und er versicherte unter Heiterkeit, daß die Christlichen dafür bekannt seien, daß sie energisch und ohne Wank- rutzerei ihre „Forderungen“ vertreten.

Dieser Tonfall (und es lag tatsächlich nur am Tonfall) gefiel dem Tischerobermeister Fischer gar nicht. Er meinte, gegen diesen christlichen Redner seien die Sozialdemokraten die reinsten Engel. Im übrigen vertrat dieser Herr den jünfterlichen Standpunkt ohne Verbißtheit. Dann gitterte er noch das Reichsverbandsmassen von den Agitatoren, die sich ein bequemes Leben schaffen, was ihm jedoch der Referent verwies, der anerkennend die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen hervorhob.

Der Hirsch-Dundersche Sekretär Sauer tadelte, daß die Stadtverordneten für die Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht schärfere Töne gefunden hätten, und ein Innungsmeister Grosch erklärte sich gegen die Arbeitslosenversicherung; dafür sollte man die Produktion ändern.

Die aufgeklärte Arbeiterschaft wird dem Gedanken des öffentlichen partiiatischen Arbeitsnachweises keine Hindernisse bereiten; sie wird sogar bereit sein, daran mitzuarbeiten. Sie wird aber auch keine Träne vergießen, wenn die Bewegung durch das Widerstreben der Unternehmer im Sande verlaufen sollte. Der Kampf gegen das Unternehmertum und die ganze bürgerliche Gesellschaft ist auf alle Fälle ihr ureigene Lebens-element.

Milchpantföcheren. Das häßliche Gesundheitsamt hat in letzter Zeit die Wohlfahrtspolizei veranlaßt, auf die Verkaufshaltbarkeit der von den Milchhändlern verkauften Milch ein aufmerksames Auge zu haben. Dadurch sind eine große Anzahl Milchpantföcheren festgestellt; zum Teil wurde nachgewiesen, daß Vollmilch mit Magermilch vermischt als Vollmilch verkauft wurde. Mehrere derartige Fälle wurden dem Gericht überwiesen.

Western hatten sich drei Frauen wegen Vergehens gegen das Milchregulativ zu verantworten. Die Hauptschuldige war Frau Johanna Christine Birbaum, deren Milchgeschäft nach dem Urteil des Sachverständigen durchaus ungeordnet ist. Es sei schon anlässlich, wenn ein Milchproduzent gleichzeitig Vollmilch und Magermilch vertreibt und außerdem noch mit Sahne ein Geschäft macht. Die Morgenmilch flegte auch gute Vollmilch zu sein; sie hatte einmal einen Fettgehalt von 3,8 Prozent und dennoch war sie als abgerahmte Milch bezeichnet. Ein andermal war die Milch als zweite Sorte bezeichnet, obwohl sie sogar 11,5 Prozent Fettgehalt aufwies. Die Abendmilch hingegen war abgerahmt und wies nur einen geringen Fettgehalt auf, sie war aber höher deklarierter. Frau Birbaum lieferte Milch an Frau Marie Viesker, die sie weiter verkaufte. Es war nun festgestellt worden, daß Milch, die ursprünglich 3,15 Prozent Fettgehalt besaß, nach Ueberschreitung der Stadtgrenze, also nach dem keine Kontrolle mehr besichert wurde, auf 2,6 Prozent herabgegangen war. In einem andern Falle hatte die Milch zuerst 3,35 Prozent Fett aufgewiesen, später aber nur noch 2,5 Prozent. Die Angeklagten glaubten sich eben vor der Kontrolle sicher und mischten die Vollmilch mit Magermilch. Einmal wurde sogar ein Fettgehalt von nur 1,7 Prozent konstatiert. Eine Frau M., die besonders gute Milch besaß, erhielt solche mit einem Fettgehalt von 4,7 Prozent geliefert. Diesen so auffällig hohen Fettgehalt erklärt der Sachverständige damit, daß Frau Birbaum extra Sahne hinzugegeben hat. Nach dem Milchregulativ darf als Vollmilch jedoch nur solche Milch abgegeben werden, der nichts hinzugefügt und nichts weggenommen ist. Bei drei Viertel der entnommenen Proben waren Verfälschungen erwiesen. Frau Birbaum wurde zu 40 Mark, Frau Viesker zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Frau Lehmann, die lediglich als Arbeiterin in Frage kam, wurde freigesprochen.

Ein internationaler Wohnungs-Hygiene-Kongress findet im nächsten Jahre in Dresden statt. Der Kongress hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Wohnungshygiene nach der wissenschaftlichen und der praktischen Seite zu fördern. Der Kongress wird, da er neben zahlreichen andern Kongressen im Anschluß an die in gleicher Zeit in Dresden stattfindende Internationale Hygiene-Ausstellung abgehalten wird, auf eine zahlreiche Teilnahme von Vertretern sowohl Deutschlands wie des Auslands rechnen dürfen. Den Vorsitz des Arbeitsausschusses hat Bürgermeister Dr. May (Dresden) übernommen.

Die sächsischen Schulärzte werden am 27. Februar in Leipzig eine Versammlung abhalten, um Stellung zu nehmen zur Revision des Volksschulgesetzes. Die Versammlung soll die Forderungen der Schulärzte, die bei der Revision des Gesetzes berücksichtigt werden sollen, formulieren.

Die häßlichen Speiseanstalten gaben soeben ihren Bericht für das Betriebsjahr 1909 heraus. Am 16. Januar 1909 waren 60 Jahre verfloßen, seitdem die erste Speiseanstalt in Leipzig und damit zugleich die erste Volksschule in Deutschland in Betrieb genommen wurde. Im Berichtsjahre wurden in den 6 Anstalten insgesamt 505.513 Portionen ausgegeben und zwar 488.855 ganze Portionen, 60.758 halbe Portionen, 15.178 verschenkt, 21.072 an das Personal und 4555 zur Armenspflege. Die Herstellung erforderte rund: 108.970 kg Rindfleisch, 2220 Schöpfenfleisch, 4230 Schweinefleisch, 2415 Pöckelfleisch, 3145 Schwarzfleisch, 2235 Kalb- und 1400 Ferkel, 1497 kg Würst, 20300 Paar Wurstchen, 290 Schopf Weißkohlrabi, 200 Weißkohl, 235 Kohlrabi, 100 Schopf Kohlrabi, 3500 kg Möhren, 880 Grünkohl, 1030 Spinat, 890 Petersilie, 4900 Sauerkraut, 81.260 Kartoffeln, 8800 grüne Erbsen, 4900 gelbe Erbsen, 4900 weiße Bohnen, 6950 Reis, 5950 Linsen, 3250 Grapuchen, 600 Spargel, 10.725 Mehl, 1145 Jüder, 4700 kg Salz, 1675 Eier Essig, 5910 Milch, 6200 kg Ruben, 2000 Konserven, 2900 Dörrengemüse, 1000 Erbsmehl mit Schweinefleisch, 250 kg Linsenmehl. An Feuerung wurde verbraucht: 1702 Ztr. Braunkohle, 2002 Briketts. In Leipzig-Connewitz war die Errichtung einer Anstalt für den dortigen Stadtteil angeregt worden. Da eine Uebereinstimmung jedoch nicht zu erzielen war, konnte der Sache nicht nähergetreten werden. Die seit 1879 benutzten Räume der 1. Speiseanstalt am Johannisplatz werden voraussichtlich zum Abbruch gelangen, so daß ein anderes Unterkommen gesucht werden muß.

Reichspostkassen und Reichsteuerkassen. Der Leuchtlicht- steuer werden selbst die kleinen Signallämpchen im Fernsprechdienst der Reichspost unterworfen. Es werden hierzu bekanntlich ganz kleine Lämpchen an den Umschaltgehäusen verwendet. Der Vorrat der Post an solchen Lämpchen war nun in Frankfurt a. M. der Nachsteuer unterworfen worden, während sie in Stuttgart frei blieben, da sie nicht zur Beleuchtung, sondern nur als Signal zu dienen bestimmt seien. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat aber in einem Schreiben an das Reichspostamt auch diese Lämpchen für steuerpflichtig erklärt. Sie wären als Beleuchtungsmittel anzufassen, soweit sie überhaupt zum Beleuchten dienen können. Von der Entrichtung der Steuer befreit werden nur die lampenförmigen Körper, die gemäß ihrer Beschaffenheit ausschließlich zu Heizwecken oder als Widerstände dienen. Diese Ausnahme gelte aber nicht für Signallampen, weil sie sich ein abgrenzendes Beschaffenheitsmerkmal für die nicht angeben läßt. Zum Teil werden dieselben Lampenarten sowohl zum Signalgeben in Fernsprechrichtungen, als zum Beleuchten in Taschenlampen verwendet. In andern Signalen, z. B. zu solchen im Bahnbetriebe, dienen dieselben Lampenarten wie zur Beleuchtung von Wohnräumen u. dergl. Schon im Reichstag habe der Staatssekretär des Reichspostamtes darauf hingewiesen, daß Signallampen für Fernsprecher auch in Privat- anlagen vorkommen und daß das Reich dem Reich gegenüber die größte Kulanz üben werde. Es fehle somit an einer gesetzlichen Grundlage, um den Reichspostkassen von dieser Steuer an die Reichskasse zu befreien.

Im Deutschen Verein für Volkshygiene wird Herr Dr. med. Treitman am Dienstag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der alten Handelsbörse auf dem Rathmarkt einen Vortrag über Entstehung und Ausbreitungsweise des Typhus und auf ähnlichem Wege entstehende Krankheiten halten. Eintritt und Carderobe ist frei.

Nichtigstellung. In dem Artikel: Die Eisenbahnbetriebs- ordnung vor dem Schöffengericht, in der gestrigen Nummer, muß der letzte Satz im vorletzten Abschnitt lauten: Es handle sich nach alledem um eine bloße straflose Vorbereitungs- handlung.

Ein anonymes Brieffschreiber gesucht. Mit einem anonymen Schreiben, das am 11. Januar bei der Post in Volkmarthorfen abgegeben wurde, ist dem Vormundschaftsgericht angezeigt worden, daß ein vierjähriges Waisenkind von der Schwester der

Mutter des Kindes furchtbar mißhandelt werde. Die Mutter des Kindes soll, wie auch in dem Briefe steht, infolge der Mißhandlungen durch ihren Mann gestorben sein. In dem Briefe ist kein Name und auch keine Wohnung genannt, so daß die bisherigen Ermittlungen ohne Erfolg gewesen sind. Der Schreiber des Briefes wird aufgefordert, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Unfälle auf der Straße. Auf dem Königsplatz stürzte gestern nachmittag ein 27 Jahre alter Kaufmann beim Nehen eines Straßenbahnwagens mit seinem Fahrrad, so daß er vom Straßenbahnwagen erfasst wurde und darunter geriet. Der Verunglückte hat eine Verrenkung des rechten Kniegelenkes erlitten und mußte sich in das Krankenhaus überführen lassen. In der Schillerstraße wurde gestern nachmittag eine alte Dame von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geschleudert, wobei sie eine leichte Gehirnerkältung davontrug. Die Dame wurde von ihren Angehörigen in die Wohnung gebracht. Auf dem Hofplatz wurde ein Postbeamter von einer Kraft- drose ungerissen und über den Leib gefahren. Der Fahrer brachte den Verunglückten nach Hause. Anscheinend hat dieser einen Rippenbruch erlitten.

Vom Straßenbahnwagen gefallen. An der Ecke der Marien- und Karlstraße fiel gestern abend ein preussischer Eisenbahn- beamter während der Fahrt vom Vorderperron eines Straßen- bahnwagens herab. Bei dem Sturze trat der Mann eine schwere Kopfverletzung erlitten, die seine sofortige Uebersührung in das Krankenhaus notwendig machte. Ob etwa ein fremdes Ver- schulden an diesem Unfall vorliegt, werden die eingeleiteten Er- örterungen ergeben.

Gehtlicher Handtäschchenräuber. Gestern abend in der achten Stunde wurde einer Dame in der Ferdinand-Albode-Straße das Handtäschchen mit Gewalt von einem fremden Menschen aus der Hand gerissen. Der Täter entflo, er wurde aber von einem auf die Hilferufe der Dame hinzugeeilten Schuhmann und einem Herrn verfolgt und schließlich festgenommen. Beim Vollgeamt wurde festgestellt, daß er ein vor einigen Tagen hier zugereister Arbeiter, Fritz Kurt Krudt, aus Gleitschenstein ist. Mit ihm zu dem Raub getrieben haben.

Verhaftungen. Verhaftet wurde hier ein wegen Bedrohung und Unterschlagung von der Staatsanwaltschaft Dresden gesuchter 27 Jahre alter Mechaniker aus Koffen sowie ein 41 Jahre alter Arbeiter aus Pilsen, den die hiesige Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls suchte.

Gelegentlich einer Droschkenfahrt bestaht eine 20jährige Arbeiterin zwei Herren, mit denen sie die Fahrt unternahm um Geld. Die Diebin wurde der Polizei übergeben. In ihrem Besitz wurden 60 Mk. gestohlenen Geldes vorgefunden.

Mansfeld vor dem Schwurgericht.

Die Vernehmung der Angeklagten.

Der Angeklagte Voase gibt an, von der Mansfelder Gewerkschaft gekündigt worden zu sein. Nach vor Ablauf der Kündigung, am 1. Oktober, sei er in den Streik getreten. Es sei richtig, daß der Streik deshalb entstanden sei, weil 40 Berg- leute von der Direktion der Gewerkschaft entlassen worden sind, die angenommen habe, diese agitieren im Bergrevier für die Sozialdemokratie. Er sei am 21. Oktober aus Neugierde nach der Bahnhofsfrage gegangen, um die Arbeitswilligen durchzusehen zu lassen. Da habe Wachtmeister Wisemann einen Bergmann gepöchtelt, der aber durch das Dazwischentreten des Oberwacht- meisters Winkelmann wieder losgelassen wurde. Am Markt sei er erst mit der Menge zusammengetroffen. Vor dem Saiger- tor sei er geschubbt worden, daß er gegen den Bergmann Hau- mann gefallen sei. Da habe er gesehen, daß der inzwißschon verstorbene Arbeitswillige Hanneemann

einen Dolch in der Hand

hatte. Er habe gesagt: „Wilhelm, du hast wohl gar einen Dolch!“ Er sei hingetreten und habe dem Arbeitswilligen der Dolch abgenommen. Er habe den Polizeikommissar Fischer ge- beten, den S. zu verhaften und ihm den Dolch gezeigt. Auf Frau Hanneemann habe er den Dolch gezeigt, die dann äuferte: „Nun wird es ja recht sein, daß ihr ihn habt!“ Später ist der Dolch dem Mitglied des Verbandsvorstandes Hausmann ausgeliefert worden. Hanneemann hat schon am Abend vorher den Dolch bei sich geführt. Angeklagter habe nicht geschlagen auch habe er nicht gesehen, ob geschlagen oder geworfen wurde. Von einer Parole, energisch vorzugehen, wisse er nichts.

Der Angeklagte Marxat meint, daß der Bergmann. H. e. t. in der Versammlung gesagt habe: „Vertragt euch ordent- lich und geht mit gutem Beispiel voran!“ Der Arbeitswillige Hanneemann habe den Stod erhoben und den Dolch in der Hand gehabt. Er habe gesehen, daß der Dolch dem S. abgenommen wurde. Es seien nicht viel Streitende auf der Straße gewesen, vielmehr seien es

meistens Kinder und Frauen

gewesen, auch habe er sich nicht gerillmt, den Hanneemann ge- schlagen zu haben.

Der Angeklagte Schäfer ist vor dem Zuge gewesen. Nach Radfahrer gerufen hätten: „Hoch die Sozialdemokratie! Hoch der Verband!“ davon wisse er nichts. Er hat nicht gesehen, daß Hanneemann geschlagen wurde. Er habe unmittelbar neben Hanneemann gestanden; dieser habe einen Dolch gezogen und er glaube, S. würde auf ihn einstehen, da er am nächsten stand. Er habe deshalb zur Abwehr den Stod erhoben, aber nicht ge- schlagen.

Der Angeklagte Schneider soll den in den vorherge- gangenen Streikprozessen öfters als Zeuge fungierenden arbeits- willigen Zeugen Kunze, reichsruerer Aepel“ geschimpft haben; auch soll er ihm einen Stoß gegeben haben, daß er an ein Haus gefallen sei. Er bestreitet dies, ebenso sei es nicht wahr, daß er den Kunze in der Schlucht abfangen wolle.

Angeklagter Kaczmarek ist geschubbt worden. Die An- klage wirkt ihm vor, den arbeitswilligen Bergmann Augustin über die Schulter eines andern weg geschlagen zu haben.

Der Angeklagte Schröder ist überhaupt nicht dabei ge- wesen. Er bestreitet, dem Arbeitswilligen Wilke ins Gesicht getreten zu haben.

Dem in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten Hegel sind von dem Polizeisergeanten Wölfer die Sachen zer- rissen worden. Da habe er gesagt: „Du bist wohl dumm.“ Hegel soll auch die Beamtenkette durchbrochen, gestochen und getreten haben, sowie dieselben Beamten „verfluchte Krüppel, Lump, Bagabund“ geschimpft haben. Der Angeklagte bestreitet die ihm zur Last gelegten Vergehen.

Angeklagter Fielert will den denkwürdigen Zug am 21. Oktober nicht begreifen, auch nicht den Franz Matti- fied getreten haben. Er soll auch zu dem Arbeitswilligen Paul Matti fied am Saigerturn gesagt haben: „Du gehst auch noch auf den Stod?“ Als dieser gesagt habe: „Was soll ich denn machen?“ soll er den Matti fied in die Kniee ge- treten haben. Der Angeklagte bezeichnet dies als kindische Äuße. Auch zu dem Arbeitswilligen Louis Schmidt soll er gesagt haben: „Wenn du morgen wieder auf den Stod gehst, renne ich dir das Messer in den Mantel“. Angeklagter Fielert bestreitet dies alles.

Ingekl. Brühahn ist im Streifbureau tätig gewesen. Er sei von Brunner ohne Ursache geschlagen worden. Er habe zu Louis Schmidt gesagt: „Ihr kommt, wohnt ihr wollt, alle Wege sind besetzt.“

Die Angeklagte Frau Müller soll den Hanneemann aus dem Juge der Arbeitswilligen herausgezogen haben. Dieser hat darauf mit dem Stod geschlagen und eine Frau getroffen. Frau Müller bestreitet den Vorfall.

Den Vergleichten Schülze und Fingel, als die letzten der Angeklagten, werden keine Gewalttätigkeiten zur Last gelegt. Sie sind nur in der Menschenmenge gewesen. Schülze will zu einem Bergmann, von dem er nicht weiß, ob es ein streikender oder ein arbeitswilliger war, und der den Stod gegen ihn erhoben hatte, gesagt haben: „Nach, daß Du zu Hause kommst!“ Hanneemann habe er im Fiedlerschen Hause am Markt gesehen; ebenfalls hat Fingel sich nichts zuschulden kommen lassen.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet und es beginnt die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge erscheint der Hüttendirektor Fischer. Er erklärt, daß „keine Leute“ nicht gestreikt hätten. Sie seien von den Streikenden aber derart bedrängt worden, daß sie sich nicht mehr zur Arbeit trauren. Man habe „Wut!“ gerufen, das erschütternd gewesen sei. Ein Anspüden hat er nicht gesehen. Er habe von seinem Beamten Bolze, der es von dem Obersteiger Böttcher hörte, erfahren, daß in einer Versammlung der Bezirksleiter Graf aus Sangerhausen gesagt habe, „es würde nicht richtig angefaßt; es ginge viel zu ruhig zu.“ Dagegen sagt der Direktor des Hüttenwerks aus, daß in einer Versammlung gesagt worden sein sollte: „man müßte noch der Kupferkammerhütte ziehen und ihnen ins Gesicht schenken!“ Zeuge Hüttenmann Erdmenger sagt aus, daß er von den Streikenden in Empfang genommen worden sei, doch habe er Gewalttätigkeiten nicht gesehen. Auch ist nicht gespuht worden. Am 20. Oktober habe man ihn nach Hause gesagt. — Die Ehefrau des Zeugen sagt aus, daß der Bergmann Erdmenger zu ihr gesagt habe: „Die Kohlhütte und die Spurhütte liegt schon still, morgen kommt die Kohlhütte dran, dann muß Ihr Mann auch zu Hause bleiben. Der Betrieb muß dann ruhen.“ — Betriebskontrolleur Damm hat von Schühmann, dem Hüttenführer von Burgörner, gehört, daß der Reichstagsabgeordnete Sachse zu seiner Begleitung gesagt habe: „Die Demonstranten müßten erst eine körperliche Maßnahme friegen!“ Die Streikenden hätten gewünscht, daß die Eisenbahnwagen umkippen, und die Kinder hätten gelungen: „Alle Männer streiken, nur die Hauptmänner nicht!“ — Zeuge Schühmann meint, es sei lebensgefährlich der Bezirksleiter Graf gewesen, der die fragliche Äußerung getan habe, nicht Sachse. Er hätte die Äußerungen in der Straßenszene von dem betreffenden selbst mit angehört. Sachse sei es nicht gewesen. Er habe sich in dem Garten zum Beobachten aufgestellt; die Nebenmann seien von der Menge förmlich erstickt (?) worden, da sei er weggegangen. — Obersteiger Böttcher vom Hüttenwerk besagt, daß von Burgöhrer sich zum Rathaus gedrückt worden sei. Die gewerkschaftlichen Beamten seien an der Spitze gegangen, dann kamen die Arbeitswilligen und zuletzt die Nebenmann, um jene zu schützen. Ein Mann habe zu Bürgermeister Raab am Rathaus gesagt: „Am Saigertor schlagen sie sich.“ Dieser habe gesagt, wir sind zu schwach. Er selbst ist nicht bespuckt worden, weiß auch von Steinwerfen nichts, auch nicht, weshalb sich gerade gegen Hanneemann die Wut der Menge richtete. Die Menge sei wie im Laufschritt gestürzt. — Gastwirt Radau schildert ebenfalls den Zug: von Pferdewerfen weiß er nichts; doch seien die Beamten umringt und es sei sehr gefährlich worden. Drohungen hat er nicht gehört. Staatsanwalt Kischleben will vom Zeugen wissen, ob ihm gesagt worden ist, in Heitsteden ist es so ruhig, in Delbra ist es lebhafter. Dies hat der Zeuge vernommen. — Der arbeitswillige Bergmann Schnurre meint, daß schlechte Redensarten geführt worden seien. Beim Aussteigen habe man schon gerufen: „Krepels, Hunde, Strömer, ihr müßt den Sch. . . halsen auf freieren.“ Erst vom Friedrich-Wilhelmshaus aus sei es „Losgegangen“; es sei mit Mist geworfen worden, der fix und fertig gewesen wäre. Er ist auch getroffen worden und hat ferner gesehen, daß zwei Beamte bedroht wurden. Ein gewisser Delle habe „verflucht Strömerbrecher“ zu ihm gesagt. Dagegen jagt seine Frau aus, daß mit Mist geworfen worden sei. „Mistheim, verflucht Strömer, Salunk“ sei gerufen worden und ein Arbeitswilliger sei in einen Beheraden gedrängt worden.

Ihr Mann sei ganz marode gewesen und hätte nichts essen können. — Wachmeister Schmidt aus Wippra hatte die Arbeitswilligen von der Kupferkammerhütte bis nach Heitsteden hinein zu begleiten. Es sei geschimpft und gebrüllt worden. Man hätte junge Leute vorgeföhren und in die Arbeitswilligen geworfen. Eine Frau mit einem Kinde im Mantel habe fortgeführt mit Sand gemorfen. Er sei mit Sand und Steinen beworfen und zeigt im Gerichtssaal die Beulen an der Hüftseite. In der Post habe er einen Stodhieb erhalten, daß ihm der Kopf platzt sei. Dem Gendarm Brandt sei er zu Hilfe geeilt, indem er die Leute mit Fußtritten bearbeitet habe, um seinen Kollegen zu befreien. Er will in dem Angeklagten Fingel einen von denen wiedererkennen, die um Brandt herum gewesen seien. Wenigstens glaubt er dies. — Wachmeister Winkelmann gibt nochmals ein Bild der Situation. Er habe wiederholt gehört, daß „1-2-3“ kommandiert, auch habe er gesehen, daß der Polist Wälfers angegriffen worden sei. Dieser Angriff soll von Regel gesehen sein. Weiter hätten sich geäußert: „Unter der Elektrischen müßten die reichstreuen Krepels liegen.“ — Zeuge Bergmann Wilhelm Probst aus Oberwiederstedt ist aus dem von Gendarmen bewachten Zuge herausgesprungen, weil er sich nicht sicher fühlte. Geschlagen sei er nicht worden. Zeuge Red wird unverzüglich vernommen, weil er der Anstiftung und Teilnahme verdächtig erscheint. Er erklärt, die Äußerung nicht getan zu haben, daß man die Arbeitswilligen mit Sang und Klang empfangen wolle. — Der Zeuge Torner erklärt, daß er die dem Red in den Mund gelegte Äußerung sich aus den Fingern gesungen habe, da er von dem Arbeitswilligen Müßmann, mit dem er zusammen arbeitete, immer ausgeführt worden sei. Beide Zeugen werden hierauf entlassen, da Red sich zur Behandlung nach dem Heitsteden Krankenhaus begeben muß. Hierauf tritt die Wittgenbouffe ein.

In der Nachmittagsung wurde als erster Zeuge der Wachmeister Raab vernommen. Er schilderte die Vorgänge von der Kupferkammerhütte bei Heitsteden. Von dem Zerreißen seines Rockes habe er nichts gemerkt, sein Kollege Schmidt habe ihn erst darauf aufmerksam gemacht. — Bergmann Otto Heidenreich: In der Bahnhofstraße war ein Neubau, da hat man mich mit Kieselsteinen beworfen, auch mit Pferdewert. Am Markt kam es zur Schupperrei, ich ging bis zum Saigertor. Ich habe nicht gesehen, daß Hanneemann geschlagen hat, auch nicht, daß er geschlagen wurde. Ich bekam einen Stod, daß ich auf den Rücken flog. — Nunmehr wird die Aussage des verstorbenen Hanneemann verlesen. Der Fortführende bemerkt, daß der Tod Hanneemanns nicht an den Folgen der am 21. Oktober erlittenen Mißhandlung erfolgte, es kommt vielmehr Typus in Betracht. In der Aussage heißt es: mir ist ins Gesicht gespuht worden, dann zog mich die Frau Müller kräftig am Arm, so daß ich nach ihr schlug, um sie los zu werden. Ich habe gehört, daß eine andre Frau getroffen worden ist. Paul Becker hat beide Arme hochgehalten, als wollte er die Leute von Gewalttaten abhalten. Ich habe bemerkt, daß den Beamten der Karabiner weggenommen werden sollte. Loofe hat Arbeitswillige geschuppt. Den Stod bestreite ich seit 1900. Am 21. Oktober habe ich den Stod bei mir geführt, die Kette im Rockärmel versteckt gehalten. Loofe hat mich darauf gefragt, was ich mit dem Stod mache, und er hat mir denselben dann weg-

genommen. Loofe hat mir mit der Faust ins Gesicht geschlagen, auch bin ich am Schienbein verletzt worden. Er hat noch gerufen: „Schlagt den reichstreuen Krepel tot.“ Ich bin vor den Unterleib getreten und die rechte Kopfseite geschlagen worden, doch ist hinfällig. Hieraus bin ich in Fiedlers Haus geflüchtet, wo ich zwei Stunden blieb. Kommissar Fischer hat mich nach Hause gebracht. — Landrichter Franke sagt aus, daß Hanneemann einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht habe. Er hätte bei der Untersuchung behauptet, daß er nur an diesem Tage den Stod bei sich gehabt habe, und zwar zu seinem Schutze. — Bergmann Kautmann erzählt, daß am Kaiserhof geworfen worden ist. Hanneemann war bei ihm. An der Apotheke seien sie eingeholt worden und da hieß es: „Ihr habt mich mit dem Stod geschlagen, den Stod bei sich gehabt, und zwar zu seinem Schutze.“ Loofe und Bieler seien dabei gewesen, denn L. sei auf Hanneemann gefallen oder gestoßen worden. Er sei an der linken Wade von einem Stein getroffen worden. — Steiger Friede: Eine Frau habe Steine geklopft und gesagt: „Hier sind Steine.“ Ein Radfahrer habe geklopft, Weiber standen in vorderster Reihe, ein Junge habe fortgesetzt gerufen: „Wut, schämt Euch!“ Ein streikender Bergmann schlug einen arbeitswilligen Bergmann. Er habe Loofe mit dem Stod gesehen. — Bergmann Otto Bastian: In der Begleitung von Beamten sind wir beim Abmarsch beschimpft und beworfen worden. Loofe habe gesagt: „Schlagt sie nieder, die Krepels.“ Der Zeuge erklärt nochmals, daß an der Kupferkammer nichts passiert ist. — Säuer Träger ist an der Molkerei mit einem Stein geworfen, am Hinterkopf und im Kreuze getroffen worden. Er wäre infolge der Stöße zwei Tage arbeitsunfähig gewesen. Der Zeuge hat gesehen, daß eine Frau den Hanneemann am Arme gezogen hat. — Bergmann Pannicke, ein ehemaliger Streikender, erklärt, daß er seinen früheren Kameraden habe liegen sehen und habe ihn aufgehoben. — Bergmann Karl Schmidt aus Oberwiederstedt will Fußtritte erhalten und gehört haben, daß „eins — zwei — drei“ gerufen wurde. Die Arbeitswilligen wären bald in die Wippra gedrängt worden. Brühahn und Kacsmarek hätten sich wie wild gebärdet. R. hätte sich als Ordnungsmann ausgegeben, schuppte aber auch mit. Hanneemann sei bei den Streikenden schlecht angesehen gewesen. — Steiger Friede sagt aus, daß Hanneemann nur einige Stunden im Verstand gewesen sei, früh sei er eingetreten, und abends wieder ausgetreten. — Bergmann v. d. Franke aus Oberwiederstedt bezeugt, daß die Streikenden heim Einmarsch am 21. Oktober „miserable Hunde“ gerufen hätten. Wir wurden wie Schafe transportiert. Bieler habe ihn (Zeugen) angerepelt; daß er gewalttätig gewesen sei, könne er nicht sagen. — Frau Kautmann wohnt am Frei- markt und hat gesehen, daß Hanneemann geschlagen wurde, aber nicht von wem. Es sei „Bravo“ gerufen worden als Hanneemann geschlagen wurde. Er habe den Stod schon auf dem Schacht herumgetragen. — Die Schlichterin Jetschmann sagt, Hanneemann habe mit dem Stod geschlagen und gesagt: „Komm ein wenig mal her!“ Eine ganze Reihe von Belastungszeugen macht keine wesentlichen neuen Zusagen. — Gendarm Brand aus Giersleben schildert die bereits beschriebenen Vorgänge. Sein Kollege Raab sei umringt gewesen, den er befreit habe. Der Hüttenmann Becker habe gerufen: „Hoch die Sozialdemokratie, hoch der Verband!“ — Polizeiergentant Lapprott aus Burgörner behauptet, daß es die angeklagte Frau Müller gewesen wäre, die Hanneemann am Arme gefaßt habe. Er habe noch den Arm der Frau Müller losgemacht. — Zeugin Burga hat gesehen, daß ein Arbeitswilliger mit dem Stod geschlagen habe. Er habe darauf geschlagen und Frau Bahn getroffen, darauf sei geschrien worden: „Der freche Kerl will auch noch schlagen!“ — Zeuge August Dannermann, der Onkel des verstorbenen H., kann nicht sagen, daß es Frau Müller gewesen sei, die seinen Neffen angegriffen hätte. — Frau Kautmann, die Witwe des Verstorbenen, sagt aus, was ihr Mann ihr erzählt hat. Er habe gesagt zu Loofe: „Na warte Bürste, was du mir heute getan hast.“ Auch das ihn Schäfer geschlagen habe.

Es wird in der Zeugenvernehmung fortgeführt.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Ein Pferdehandel und seine Folgen. Der 34 Jahre alte Schmied Paul Thiemme aus Wendisch-Bora ist schon öfters bestraft, auch mit Zuchthaus. Am 14. Oktober v. J. kaufte er von der Pferdehändlerin Schatz ein Pony für 450 Mk. Die Schatz behielt sich aber das Eigentumsrecht an dem Pferde vor, bis es ganz bezahlt sein würde. Trotzdem aber verkaufte Th. das Pferd bereits am 26. Oktober für 130 Mk. weiter. Hierfür legte ihm das Gericht eine achtmonatige Gefängnisstrafe auf. — Bei diesem Handel war auch der Produzentehändler Joh. Friedrich Kautmann zugegen, der ebenfalls mit hineingeredet hatte. Th. glaubte, daß Th. geholfen habe, ihn hereinzulügen und er hatte daher einen Ekstas auf ihn. Am 29. September trafen beide auf ihren Geschäftstouren in Bauschwitz zusammen. Es kam zu nächst zu Wortgesprächen und schließlich gingen beide gegeneinander tätlich los. Th. schlug K. mit der Peitsche ins Gesicht. K. zog das Messer und stach auf Th. los, so daß dieser Stiche ins Gesicht, Ohr und Rücken erhielt. Die Frau Thiemes, die hinzueilte, ergriff die Peitsche und schlug ebenfalls auf K. los, wofür sie ebenfalls mit dem Messer in den Hintertopf stach. Das Landgericht erkannte gegen Kautmann für seine Messerschereien auf vier Monate zwei Wochen, gegen Thiemme auf zwei Monate Gefängnis.

Vereine und Versammlungen.

Die Leipziger Holzarbeiter.

Hielten am 8. Februar ihre Generalversammlung ab. Auf Antrag wurde zunächst der Bericht über die Bewegung entgegengenommen und den empfohlenen Maßnahmen der Verwaltung zugestimmt. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde von dem Bevollmächtigten Kollegen Gerde gegeben, der zunächst auf den den Mitgliedern unterbreiteten gedruckten Bericht hinwies und dann ein Bild der Entwicklung der Organisation im verfloffenen Jahre gab. In wirtschaftlicher Beziehung habe das Jahr 1900 eine allgemeine Besserung der Beschäftigung in der Holzbranche gezeigt. Ein Vergleich der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung im Verhältnis zum Vorjahr zeige die Wirkung dieser Tatsache. Es wurden vorausgehend 1900 an 1355 Mitglieder für 28 701 arbeitslose Tage 48 834 Mark, dagegen 1900 nur an 1032 Mitglieder für 14 711 Tage 27 721 Mark. Die Mitgliederzahl weist eine Steigerung von 380 männlichen und 40 weiblichen Mitgliedern auf und beträgt dieselbe gegenwärtig rund 5000 männliche und 125 weibliche Mitglieder. An Agitation wurde von der Verwaltung und den Branchenerretungen Bedeutendes geleistet. Der Erfolg kann als befriedigend bezeichnet werden. Bezüglich der Differenzen streifte der Redner kurz die Vorgänge in den einzelnen Branchen und bemerkt, daß die Erledigung meist zugunsten der Kollegen ausging. In der Malzei beteiligten sich rund 1600 Kollegen; ausgespart wurden aus 34 Betrieben 660 Kollegen auf die Dauer von 1 bis 8 Tagen. Die Kosten für die Aussparung betrugen 4685.30 Mark. Die Tätigkeit der Arbeitslosenverwaltung und die Geschäfts- im Verbindungsbureau nehmen an Umfang ständig zu, was zahlenmäßig im gedruckten Bericht ersichtlich ist. Der Bericht über die Zeit-

nahme der Kollegen an der Zentralbibliothek weist eine kleine Besserung auf, kann aber im Verhältnis nicht gemindert. Der Kassenbericht weist eine Einnahme für die Hauptkasse von 110 807.91 Mark auf. An Ausgaben sind besonders hervorzuheben: für Arbeitslosenunterstützung 20 782 Mark, Krankenunterstützung 18 993 Mark, und 6881 Mark für die weiteren Unterstützungen. In die Hauptkasse wurden 50 707 Mark eingezahlt; an Prozenten für die Kassa wurden 29 542 Mark verwendet. Die Kassa hatte infolgedessen des vorjährigen Kassenbestandes eine Einnahme von 105 188.03 Mark. An Ausgaben sind hervorzuheben: Unterstützung an Arbeitslose 8938.35 Mark, Malzaussparung 4798 Mark, für Streiks 2026.95 Mark, sonstige Unterstützung 2002 Mark und für das Volkshaus 7000 Mark. Der Kassenbestand der Kassa betrug am 1. Januar 1910 140 144.23 Mark, das ist ein Mehr von 43 400 Mark. Bei den Neuwahlen wurde ein Antrag angenommen, die Zahl der Kassenverwaltungsmittelglieder von 9 auf 11 zu erhöhen. Nach Vornahme der Wahlen für die Verwaltung, Revisoren und Kartelldelegierten wurden noch drei Delegierte für die Gauleitung in Zwickau ernannt.

Die Brauereiarbeiter.

Hielten am 12. Februar im Volkshaus eine Versammlung ab, in der zunächst die von der Tagesordnung der vorhergegangenen Versammlung abgeleiteten Punkte: 1. Jahresbericht und 2. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskartell ihre Erledigung fanden. Auf Anfrage des Kollegen Baumann wird festgestellt, daß der in der Abrechnung aufgeführte Betrag von 14 Mk. für Bibliothekszwecke an das Gewerkschaftskartell zur Genüge abgeführt wurde. Der in der Abrechnung vom Volkshaus für den Hausstrunk eingestellte Betrag erscheint Kollegen Hornig etwas hoch. Es wird festgestellt, daß an dem Hausstrunk außer den Gaströwisgehilfen das Küchen- und Reinigungspersonal partizipiere. Der Antrag nach Fertigstellung des Jahresabschlusses vom Volkshaus einen Spezialbericht zu geben, wird Amborn nachkommen. Ueber die geplante Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverbande referiert im Auftrage des Vorstands Kollege Amborn, der die Gründe und Vorteile der Verschmelzung vor Augen führt und am Schluß seiner Ausführungen den Wunsch ausdrückt, kleinliche Einmünder beiseite zu stellen und im Interesse der Zukunft unserer Organisation bei der Urabstimmung für den Zusammenschluß einzutreten. Kollege Bär, angeblich früherer Anhänger der Verschmelzung, hat sich zu einem Gegner derselben entwickelt. Er nimmt an einem Versammlungsbericht der hiesigen Mühlenarbeiter Kasse teil und befürchtet, daß die mit der Urabstimmung verbundenen Kosten unrichtig ausgeben würden, weil gegenüber der im Brauereiarbeiterverbande höher zu erwartenden, für den Zusammenschluß günstigen Entscheidung eine Mehrheit im Mühlenarbeiterverbande kaum zustande kommen werde. Sowohl gegen die Ausführungen von Bär, als auch gegen solche von Baumann und Wittner, die von der Verschmelzung abtraten, wenden sich in der anschließenden Diskussion Leuschner, Panisch, Böttcher, Schöneich, Heine und Friedrich. In seinem Schlusswort geht Amborn auf die Einwände der Verschmelzungsgegner näher ein und bedauert, daß Momente in die Debatte gezogen wurden, die der Sache nicht zum Vorteil gereichten. Ergrade unsere Urabstimmung ein der Verschmelzung günstiges Resultat, so sei der Zusammenschluß mit den Mühlenarbeitern perfekt. Der Referent schließt mit dem lebhaftesten Applaus, den ersten Schritt zur Gründung eines Nahrungs- und Genußmittel-Industriearbeiterbundes dadurch zu tun, daß die Kollegen möglichst einmütig der Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverbande zustimmen. Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wurde angenommen.

Gauleitungsgehilfen.

Der Zentralverband der Gauleitungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Leipzig, hielt am 8. Februar im Volks- hause seine Generalversammlung ab. Kollege Plötze erstattete zunächst den Geschäftsbericht über das 4. Quartal 1900. Die Mitgliederzahl stieg, obwohl wesentliche Streikungen vor- gekommen waren, von 1005 auf 1050. Eingaben wurden gemacht an das Kaufmannsgericht über die Stellenvermittlung, an die sächsische Zweite Ständekammer über die Gehilfen- auskünfte bei den sächsischen Handelskammern und an das Reichsamt des Innern wegen der Sonntagsruhe. In fünf Fällen stellte der Bezirk Vertreter vor dem Kaufmanns- gericht, in fünf Fällen wurde mit Unternehmern ver- handelt. Der Kassenbericht ergab einen Kassenbestand von 3095.18 Mk. Kollege Paul gab sodann den Kartellbericht. Kollege Schäfer teilte mit, daß sich an dem Unterrichts- kurse in Stenographie an 13 Abenden 208 Besucher beteiligt haben. Die Revisoren berichteten, Kasse, Belege und Bücher übereinstimmend gefunden zu haben und beantragten, den Kassierer zu entlasten, was einstimmig geschah. Eine lebhafteste und ausgedehnte Aussprache rief die Beratung des neuen Ortsstatuts hervor, das schließlich mit einigen Änderungen angenommen wurde. Danach wird der Bezirk seit von einem Vorstand aus fünf Personen bestehend geleitet. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Karl Köhler als Bevollmächtigter und 1. Vorsitzender, Kollege Runge als 2. Vorsitzender, Kollege Karl Schmidt als Schriftführer und Kollege Hebold als Kassierer. Kollege Plötze bezieht als Kassierer nach einem Beschlusse der Generalversammlung dem Vorstande ebenfalls an. Als Kartell- delegierte wurden Plötze und Paul und als Revisoren Jette, Kaffubel und Paul wiedergewählt. Kollege Plötze machte noch auf die in diesem Jahre stattfindende Kaufmannsgerichtswahl aufmerksam und wies darauf hin, daß es notwendig sei, mit den Vorarbeiten dazu möglichst bald zu beginnen.

Die Mühlenarbeiter.

Hielten am 13. Februar ihre Generalversammlung ab, in der Kollege Koller den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes erstattete. Abgehalten wurden 11 Versammlungen in Leipzig, 1 in Schkeuditz, 5 gemeinschaftliche Versammlungen mit den Vätern in Köschbar bei Jvanau. Außerdem fanden 11 Vorstandsitzungen und 9 Werkstellerversammlungen statt. Die im Vorjahr durchgeführte Lohnbewegung brachte in der Lohnfrage einen mächtigen Erfolg. Kollege Dreßler gab den Kassenbericht. Es wurde ein Umsatz von 8492 Wochenmarken, 1906 Sierbe- marken und 1725 Kofalmarken erzielt. 57 Neueintritte waren zu verzeichnen. Die Einnahmen betrugen 4865.41 Mk., die Aus- gaben 4997.56 Mk., der Kassa-Kassenbestand verminderte sich auf 822.58 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 160 auf 174. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. In den Vorstand wurden gewählt: Koller, Dreßler, Schuber, Gutte, Weber und Müller; als Revisoren: Hirsch, Schnallinger, und Berger; in die Gauleitung: Köhler, Weiß, Jungmann und Müller; als Kartelldelegierter: Martin. Befehlshaber wurde ferner noch, zur Hebung des Versammlungsbesuches Kontroll- karten einzuführen.

Sänger und Redner.

Das Gute bricht sich Bahn. Dieses alte Wort bewährte sich in den letzten Wochen ganz besonders bei den Anstrengungen, welche die Fabrikanten von Wybert-Tabletten gemacht haben, um für ihre seit 60 Jahren hochgeschätzten Produkte neue Freunde zu erwerben. Die Nach- frage nach Wybert-Tabletten ist so groß, dass die Fabrikanten Mühe haben, in diesen Wochen, in welchen Tausende von Gradgrößen die glänzendsten Beweise ihres Wertes erbracht haben, genug Tabletten zu produzieren. Die Stimme wird durch regelmäßiges Gohren von Wybert- Tabletten so wohlklingend und ausdauernd, dass Sänger und Redner nur noch Wybert-Tabletten verwenden, die in allen Apotheken in Schkeuditz & Hk. 1.— erhältlich sind.

Depots in Leipzig: Eugel-Apotheke, Markt 12; Albert-Apotheke, Emilienstr. 1; Börsen-Apotheke, Hallische Str. 21; Germania-Apotheke, Promenadenstr. 9; Hirsch-Apotheke, Grimmaische Str. 29; Hof- Apotheke, Rainstr. 9; Johannis-Apotheke, Gabelsbergerstr. 2; Kantons- Apotheke, Rauschstr. 27; Sonnen-Apotheke, Süßplatz 1; in Anger: Hubertus-Apotheke; in Eutritzsch: Anzen-Apotheke; in Gohlis: Schiller-Apotheke; in Mockern: Blücher-Apotheke; in Pausendorf: Apotheke von O. Meyer; in Plagwitz: Sophien-Apotheke; in Reudnitz: Bismarck-Apotheke; in Randitz: Thonboer; Schwann-Apotheke

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 15. Februar, vormittags 10 Uhr.

Haus und Tribünen sind gut besetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Eisenbahn-Petitionen.

Die Petition der Gemeindevertretungen zu Jöhstadt, Weipert i. V. und Pleiß-Sorghthal i. V. um Fortsetzung der Eisenbahnstation Wolfenstein-Jöhstadt von Radestelle Jöhstadt nach Weipert i. V. bleibt antragsgemäß auf sich beruhen...

Es folgt die Beratung über den Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 95 des ordentlichen Staatshaushalts für 1910/11, betreffend Seminare.

Die Deputation beantragte, bei den Seminarklassen die Einnahmen mit 150 515 Mark zu genehmigen und die Ausgaben mit 3 073 053 Mark zu bewilligen...

Abg. Nische (Soz.):

Bei Beratung des Kultusrats hat der Minister einen Ueberfluß der Volksschullehrer behauptet. Aus dem Bericht ergibt sich, daß diese Behauptung zurzeit nicht mehr zutrifft. Ostern 1909 waren nur 254 Schulamtskandidaten übrig geblieben...

Abg. Köhler (nat.-lib.):

wendet sich dagegen, daß bei der Wahl von Oberlehrern die seminaristisch gebildeten Lehrer gegenüber den akademisch gebildeten zurückgesetzt werden.

Staatsbürgerliche Erziehung. Letztere ist nicht bloß für höhere Schulen notwendig, sondern auch für die Seminare. Es ist zu hoffen, daß die Einführung besonderer Unterrichtsstunden bald erfolgt...

Ministerialdirektor Dr. Kerschmar erwidert dem Abg. Nische, daß es außerordentlich schwierig ist, den Lehrbedarf stets in der nötigen Weise zu decken, weil der Bedarf ein zu wechselnder ist.

Abg. Lange (Soz.):

Die Voraussetzungen für gute Schulen sind gute Lehrer. Darum ist es selbstverständlich, daß wer für Hebung der Schule eintritt, auch für Hebung der Seminare eintreten muß.

Gewißlich von Kloster und Kloster,

sie sind eher ein Hindernis als ein Vorteil. (Sehr richtig! bei den Soz.) An dem Bericht hebt die Regierung hervor, daß die durchschnittlichen Unterrichtserfolge und Schillerleistungen und die persönlichen erzieherischen Einrichtungen der Lehrer auf die Schüler im Externat wesentlich geringer als im Internat sind.

Gewiß gibt es auch umsichtige Seminarleiter, im ganzen liegt es aber am System, das durch den einzelnen nicht gehindert werden kann. Das Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl soll gehärtet werden, meine Herren, im Internat lassen sich überhaupt nicht Persönlichkeiten entwickeln...

Man soll aber nicht unten aufsehen, ein Obenaufsehen ist viel wichtiger. Auf keinen Fall soll man schon ein Kind von 13 Jahren — allerdings ist dies eine dumme Pflanze — in ein Internat stecken.

Abg. Dürer (freikons.) meint, daß, wenn die Regierung einmal die Internatbildung für nötig erachtet, die Ausgestaltung der Seminarräume recht heimlich sein möge, damit die jungen Leute sich recht wohl fühlen.

Ministerialdirektor Dr. Kerschmar betont, daß im Schuljahre 1910/11 sich von den Seminaristen 3101 in Internaten und 818 in Externaten befanden. Die Zahl der Externate macht also ziemlich ein Drittel der Internate aus.

Abg. Langhammer (nat.-lib.) bittet die Regierung, bei der Lehrerbildungsfrage nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern diese im modernen und praktischen Sinne zu lösen.

Abg. Dr. Roth (freikons.): Wir stehen dem Internat direkt nicht feindselig gegenüber, besonders aus sozialen Gründen. Vielen unbemittelten Eltern würde es nämlich faust nicht möglich sein, ihre Söhne dem Lehrerberuf zuzuführen.

Abg. Nische (Soz.):

Demerkt zu den Ausführungen des Ministerialdirektors, daß der Lehrerberuf eine wechselnde Erscheinung sei, ist ganz natürlich. Der starke Geburtenrückgang der letzten Jahre wird sich aber auch auf die Befehung der Lehrstellen bemerkbar machen.

Vizepräsident Döhl (kons.) macht darauf aufmerksam, daß im Meißner im Durchschnitt auf einen Lehrer 58 Schüler kommen, in Sachsen aber 61.

Abg. Dr. Böhme (kons.) steht auf dem entgegengesetzten Standpunkte wie der Abgeordnete Lange, und blickt mit großer Befriedigung auf seine Internatsarbeit zurück.

Damit ist die Debatte geschlossen. Der Antrag der Deputation wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Petition des Franz Oskar Fiedel in Leipzig-Sohlitz um seine Wiederanstellung beim Universitätsrentamt bleibt nach einigen Bemerkungen des Abg. Dürer (freikons.) antragsgemäß auf sich beruhen.

Zur Petition des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (Ortsgruppe Leipzig) um Aufnahme von Frauen in die städtischen Schulausschüsse beantragt die Deputation, der Regierung die Petition als Material für das in Aussicht stehende Volksschulgesetz zu überweisen.

Abg. Wiener (ref.) meint, die Frau könne im Schulbetriebe nicht dem Manne die Spitze halten (Selbstkritik). Man solle nicht Verordnungen unterstellen, die zur Verweilichung der Volksschule führen können.

Abg. Sandermann (Soz.) fügt dem Votum der Deputation hinzu, daß seine Parteifreunde vollständig auf dem Inhalt der Petition stehen. Daraus, daß wir dem Votum zustimmen, ist also keine Entwertung der Petition zu erblicken.

Der Antrag der Deputation wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Die nationalliberalen, freikonservativen und sozialdemokratischen Anträge auf Reform bezw. Aufhebung der Ersten Kammer; Petitionen.

Bamf wird aus dem geeignetsten Material mit peinlichster Sorgfalt zubereitet. Malzkaffee-Bamf Für Nervöse u. Magenleidende ist daher Bamf das gesündeste und bekömmlichste Getränk.

Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbekömmlich.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.
Mittwoch, den 16. Februar: 46. Abonnement-Vorstellung (1. Serie, grün):
Rat und Rimmermann.

Romische Oper in 3 Akten von Albert Capellari.
Musik: August Strakosky.
Regie: Regisseur Max. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld

Die Puppenfee.

Operette in 3 Akten von Victor Léon. Musik von Leo Fall.
Regie: Regisseur Max. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld

Altes Theater.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Operette in 3 Akten von Victor Léon. Musik von Leo Fall.
Regie: Regisseur Max. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld

Krystall-Palast-Theater

Neu! Neu! Neu!
The Blessing & Graetle
Akrobaten. Luft-Akt.
Verlängertes Gastspiel von:
Marci & Marck
in ihrem sensationellen Dressur-Akt
„Im Boudoir der Löwen“.
Ferner: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Hans Dampf in allen Gassen



General-Vertretung und Fabriklager:
G.W. Ernst Blume
„Leipzig“
Dolitzscher Str. 29
Fernsprecher 13691.

Jedes, auch das kleinste Quantum, wird sofort frei Haus geliefert.

Kautabak
von Salfeld & Stein, Nordhausen
Kaut man in allen Strassen.

Diese Woche werden
50 Zentner ger. Speck
ausgefundet [2088*]
à Pfund 80 Pfg., bei 5 Pfund 75 Pfg.
Nur in meinem Hauptgeschäft, Wallwitzstr. 2.
Robert Röser, Schweineschlächterei.

Die hierorts fallenden Schweinepreise ermöglchen es mir, **Ia. Schweinekleinfleisch** (bestehend aus Schnauzen, Ohren, Fleisch, Pfoten, Kopfstücke etc.) garantiert inländische, tierärztlich untersuchte Ware in **Rüben** von 30 Pfund an pro Pfund 30 Pfg. zu offerieren.
Vorkauf, enthaltend 9 Pfund, 3.— Mk.
Ia. Eisbein (Dackeln), vollfleischig, pro Pfd. 55 Pfg.
Alles ab hier per Nachnahme. Garantie: Nichtgefallen retour.
* Alb. Carstons, Altona a. E. 349.

Bürgerliches Gesetzbuch. 30 Pfg. Volksbuchh. Leipzig u. Filialen.
Goethe. Faust I. und II. Teil, in Liebhaber-Einb. 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Arbeiter-Theater-Vorstellungen.

Schauspielhaus:
Sonntag, den 20. Februar, vormittags 11 Uhr:
Wie der Wald in die Stadt kam oder: Die Mäuselkönigin.
Original-Weihnachtsmärchen in 5 Bildern von F. A. Geisler.
Musik von Georg Pfitrich.
Billets sind an den bekannten Stellen zu haben.
Die Theater-Kommission.



Den Anschluss verpasst

Im Sparen jede Hausfrau, die heute noch teure Butter verwendet. Kluge Frauen nehmen dafür

Solo

Margarine und erübrigen dabei viel Geld!
Man versuche auch die Delikatess-Margarine **Rheinperle** den beliebten Butter-Ersatz der feinen Küche!

Allein-Fabrikanten: HOLL. MARGARINE-WERKE JURGENS & PRINZEN, G. m. b. H., GOCH (Rhd.)

Geschäfts-Eröffnung.
Dem geehrten Publikum von Plagwitz und Reinschöcher die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage
Plagwitz, Zollschuppenstrasse 7
Rohfleisch- u. Wurstwaren-Verkauf
eröffne. Bitte die geehrte Einwohnerschaft um gütige Unterstützung.
Dochachtungsvoll
A. Riedel. [2705]



Für sparsame Hausfrauen!
Eisenbein-Seife ist die beste für die Wäsche. Eisenbein-Seife ist sparsam im Verbrauch, Eisenbein-Seife ist vollständig rein. Eisenbein-Seife ist nur echt mit Schutzmarke Elefant. Eisenbein-Seife kostet das Stück 10 Pfg.
Fabrikanten: Gänther & Gausner Chemnitz-Rappel.
In fast allen Materialwaren-, Seifen- u. Drogeriegeschäften, z. B. Nachahmung, weise m. zurüd.

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen für nur 450 Mark.

1 echt. Kleiderschrank	80.—
1 echt. Bettsofa	60.—
1 mod. Sofa	20.—
1 Pflanzsopf	60.—
1 Trumeau-Spiegel	45.—
4 mod. Stühle	24.—
2 engl. Vertikalen	44.—
2 Staubfreie Matr.	30.—
1 Waschtisch m. Marm.	32.—
1 Spiegel	8.—
1 Kleiderschr. Tisch	68.—
Stuhl, Bank, Rahmen-Sofa	68.—

Sa. 450.—
Langj. Gar., Transp. fr. Wohn.
Leipziger Möbelhallen
Carl Max Raschig
Taubauer Str. 32 (Battenberg).
Anerk. billigste Bezugsquelle für solide Möbel.

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.
Leipziger Schauspielhaus.
Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Sinfon.
Romische Oper in 3 Akten von Albert Capellari.
Musik: August Strakosky.
Regie: Regisseur Max. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Conrad.
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld

Neues Operetten-Theater.

Central-Theater.
Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr:
Witz Dubelstad.
Operette in 3 Akten von F. Zellmann u. G. Neidert. Musik von H. Neffson.
Regie: August Strakosky. Dirigent: Kapellmeister Julius Wepferle.
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld
General-Registrierer: Dr. Sturmfeld

Battenberg.

Täglich:
Bacchus Jacoby mit neuem Repertoire.
Familie Aurora in ihrem Radfabrikat.
Frühling und Herbst.
Jahreszeiten-Idyll in 3 Szenen von 12 Damen dargestellt.
a) Frühling im Reiche Flora. b) Herbst, Alt-Deitsch nach niederl. Meistern. c) Herbst, Naturell in Zeeland.
Jonny und Charlie Excentrics.
Familie Adelmann Musical Akt.

Battenberg-Theater
Heute: Abends 8 1/2 Uhr: Gastspiel von Fräulein Anna Bergé. Helmut. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Morgen: Abends 8 1/2 Uhr: Moderner Theaterabend. Gastspiel von Fräulein Anna Bergé. Die Sünderbank. Drama in 5 Akten Erich Mühsel.
Vorverkauf nummerierter Billets bei Fräulein Stein, Markt 10, und Paul Pfäffner, neben Battenberg.

Aus Angst Curt Arndt, Leipzig
Zahnziehen
vordem qualten sich viele noch unnötig lange mit Schmerzen und schädigen hierdurch ihre Gesundheit. Oft hört man auch, daß sich jemand einen Zahn hat schmerzlos ziehen lassen und dennoch dabei fürchterliche Schmerzen gehabt hätte.
Um nun das geehrte zahneliebende Publikum davon zu überzeugen, daß ein tüchtiger, gewissenhafter Zahnmann jetzt tatsächlich Zähne und Wurzeln schmerzlos entfernen kann, so bin ich bereit, falls die in meiner Praxis schon mit größtem Erfolg erprobte Behandlung nach neuester schmerzloser Methode nicht völlig der Zufriedenheit entspricht, dieselbe kostenlos auszuführen. [2800*]

P. Zuckermann
Institut für Zahnleidende
Grimmischer Steinweg 20 (Johannisplatz). — Tel. 11648.

Achtung!
Die wertvolle sozialistische Literatur liegt in alten Truhen usw. vergraben.
Wir kaufen stets: ältere sozialistische Bücher und Broschüren, alte Feste der Neuen Zeit vom 1. bis 8. Jahrgang und vom 15. bis 18. Jahrgang.
Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung.

Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme
Garnierte u. ungar. Damenhüte
Ernst Dietrich
L.-Connwitz
Ecke Bornaische u. Pfaffingerstr.

Abonnenten berücksichtigt die Inserenten der Leipziger Volkszeitung und beruft auch bei euren Einkäufen auf die Inserate in unserer Zeitung!



Die Sterblichkeit der deutschen Bevölkerung.

In einer Reihe von Artikeln, die vor über vier Jahren in diesen Blättern erschienen, haben wir u. a. die Notwendigkeit einer genaueren Sterblichkeitsstatistik nachgewiesen. Wir zeigten, daß alles fehte, was zu einer wirklichen Beobachtung der Sterblichkeitsverhältnisse im Reiche notwendig ist und daß nur die Berechnung einer neuen Sterblichkeitsstatistik diesen Mangel beheben könnte. Diese Sterblichkeitsstatistik ist nun endlich hergestellt worden, nachdem das Kaiserliche Statistische Amt sich endlich einen Fachmann verschrieben hat, der die notwendige mathematische Fachbildung besitzt. Die deutschen Versicherungsgesellschaften sind nunmehr instand gesetzt, sich wieder deutscher Sterblichkeitsstatistik zu bedienen, nachdem sie bislang seit langem auf ausländische angewiesen waren.

Zwar geben die Zahlen der Sterbenswahrscheinlichkeit für die Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerungsmasse den besten Maßstab ab, doch interessiert es im großen Publikum mehr zu wissen, wieviel Jahre man in gewissen Alter noch zu durchleben hoffen kann. Die Angaben hierüber verbleiben sich zu den Zahlen der mittleren Lebenserwartung. Alle Sterblichkeitsergebnisse beweisen, daß die beiden Geschlechter in der Absterbeordnung sich völlig verschieden verhalten. Es ist daher notwendig, sie bei den Zahlenangaben immer getrennt darzustellen. Die Reichsterblichkeitsstatistik des Jahres 1891/1900, und unsere kleinen Uebersichten tun es daher selbstverständlich auch. Wir geben als erste kleine Tabelle die Hauptzahlen für 1871/1881 und stellen ihnen die neuen Ergebnisse für 1891/1900 gegenüber. Die mittlere Lebenserwartung in Jahren beträgt

im Alter von Jahren	1891/1900		1871/1881	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
0	40,56	43,07	35,58	38,45
1	51,85	53,78	46,52	48,06
2	53,87	55,59	48,72	50,30
5	59,27	65,22	49,89	51,01
10	60,06	67,71	49,51	54,18
15	65,81	71,47	47,38	54,15
20	61,23	69,37	48,45	54,19
25	57,38	65,43	44,06	53,53
30	53,46	61,62	41,41	51,07
35	49,59	57,87	37,88	49,58
40	45,80	54,14	34,46	46,32
45	42,37	50,47	31,16	42,84
50	39,00	47,08	27,98	39,20
55	35,81	43,86	24,96	35,88
60	32,82	40,60	22,11	32,71
65	30,12	38,02	19,55	30,06
70	27,76	35,10	17,34	27,60
80	24,28	31,48	14,10	24,22
90	20,29	27,12	10,34	20,37
100	1,30	1,67	1,30	1,24

Ein Knabe im ersten Lebensjahre hat also die Aussicht, noch 40 1/2 Jahre zu leben, ein Mädchen dieses Alters beinahe 44 Jahre. Man erkennt, daß die Lebenserwartung zuerst zunimmt und im dritten Lebensjahre mit 53,80 bzw. 55,81 Jahren ihren Höhepunkt erreicht. In dieser starken Steigerung der Lebenserwartung der Kinder in den ersten Lebensjahren spricht sich schon deutlich die Wirkung der Säuglingssterblichkeit aus. Ist das Kind erst einmal über das erste Lebensjahr weg, dann steigt die Lebenserwartung gleich richtig an, ein Beweis, wie kritisch diese frühesten Lebenszeit ist. Erst im 21. Lebensjahre, bei den Frauen aber schon während des 19., wird wieder die mittlere Lebenserwartung erreicht, welche die Kinder kurz nach der Geburt besitzen. Für die höchsten Altersstufen werden die Zahlen ungleicher, weil — a. B. bei den über 90-jährigen — die Zahl der überhaupt vorhandenen Personen so gering ist, daß darin regelmäßige Erscheinungen nur noch schwer sich ausdrücken.

Ein Vergleich der Zahlen für das frühere Jahrzehnt 1871/1881 mit denen für 1891/1900 beweist, wie enorm sich die Sterblichkeitsverhältnisse gebessert haben. Die mittlere Lebenserwartung eines Kindes kurz nach der Geburt ist bei den Knaben um 5 Jahre, bei den Mädchen um 4 1/2 Jahre gewachsen. Diese Sterblichkeitsminderung kann man bis in die hohen Alter hinein verfolgen.

Eine bessere Darstellung erfahren die Sterblichkeitsverhältnisse durch die Zahlen der Sterbenswahrscheinlichkeit für ein gewisses Alter. In ihnen drückt sich direkt die Sterblichkeit in Verbindung mit dem Lebensalter aus. Ein Knabe hat kurz nach der Geburt zwar die Aussicht, im Mittel 40 1/2 Jahre alt zu werden, darin drückt sich aber nicht aus, daß von vier lebendgeborenen Knaben fast einer durchschnittlich stirbt. Die Zahlen der Sterbenswahrscheinlichkeit geben daher auch ein ganz anderes Bild, so daß sie durch die vorher angegebenen nicht etwa überflüssig geworden sind. Stellt man aus diesen Zahlen eine kleine Tabelle zusammen, so hat die folgendes Aussehen. Die Sterbenswahrscheinlichkeit ist für das

im Alter von Jahren	männliche Geschlecht		weibliche Geschlecht	
	1891/1900	Abnahme seit 1871/81 in Proz.	1891/1900	Abnahme seit 1871/81 in Proz.
0	0,2869	8	0,1986	9
1	0,0620	20	0,0499	22
2	0,0225	38	0,0217	34
5	0,0080	38	0,0081	37
10	0,0030	35	0,0032	32
10 bis 20	0,0085	24	0,0085	22
20 " 30	0,0059	20	0,0057	28
30 " 40	0,0082	25	0,0079	28
40 " 50	0,0140	16	0,0100	23
50 " 60	0,0248	12	0,0180	17
60 " 70	0,0480	10	0,0428	13
70 " 80	0,1088	8,5	0,1028	8
80 " 90	0,2967	0,8	0,2194	3
90 " 100	0,4294	Zunahme 7	0,3781	Zunahme 6

Man erkennt aus diesen Zahlen, daß die Sterbenswahrscheinlichkeit für die Kinder im ersten Lebensjahre sehr groß ist. In den folgenden Jahren nimmt sie aber außerordentlich stark ab. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der junge Organismus, der bei der Geburt aus einer Art Wasserleben in ein mit Sauerstoff atmendes Landleben übergeht, sich nun auch soweit an die dabei sich sofort völlig ändernde Ernährungsweise gewöhnt und sein Verdauungssystem soweit gekräftigt hat, daß die Lebensgefahr stark abnimmt. Die Sterbenswahrscheinlichkeit geht also im ersten Lebensjahrzehnt andauernd stark zurück und erreicht ihren Mindestwert beim männlichen Geschlecht im 18. Jahre mit 0,00254, beim weiblichen Geschlecht im 12. Jahre

mit 0,00205. Nach dieser Altersstufe nimmt die Sterbenswahrscheinlichkeit wieder stark zu und wird naturgemäß in den höchsten Altersstufen sehr groß.

Vergleicht man die Sterbenswahrscheinlichkeiten mit denjenigen aus der Sterbetafel für 1871/1881, so bemerkt man, daß in fast jeder Altersklasse die Sterblichkeit stark zurückgegangen ist. Nur bei den über 90 Jahre alten Männern zeigt sich eine Zunahme, die aber höchstwahrscheinlich auf die jetzt sorgfältigere Registrierung der ältesten Leute zurückzuführen ist. Deshalb ist auch die Verhältniszahl der letzten hier unterschiedenen Stufe ungenau. Einzelne Altersklassen verzeichnen eine ganz enorme Zunahme der Lebenskraft. Es sind namentlich die mittleren Alter und die jungen, welche die größte Steigerung aufweisen. Die Sterbenswahrscheinlichkeiten haben in vielen Altersklassen um ein Viertel bis zwei Fünftel abgenommen. Auch die Säuglingssterblichkeit hat sich nicht unerheblich vermindert. Die namentlich von den Vertretern der Sozialdemokratie in den Gemeinden immer wieder geübte Kritik an den mangelhaften Einrichtungen für Säuglingschutz hat bei vielen Stadtverwaltungen Erfolg gehabt, und so finden wir eine Verminderung der Sterbenswahrscheinlichkeit der Säuglinge um 8 bis 9 Prozent. Doch auch die höheren Alter haben von der Zeit profitiert. Hier wie bei den mittleren Altern mögen die neueren Erfolge der sozialpolitischen Einrichtungen, besonders die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsfürsorge, sowie die Fortschritte der medizinischen und der Naturwissenschaften ihren Einfluß äußern. Die Früchte der positiven Arbeit der Arbeiterpartei liegen hier jaßtenmäßig und klar zutage, und man mag an ihnen lernen, was auf diesem Gebiet noch zu holen ist, wenn unsere sozialpolitische Fürsorge erst einmal wirksam ausgebaut sein wird.

Eine Neuerung bringt die Sterbetafel infolgedessen, als sie nicht bloß für das Reich im ganzen, sondern auch für die größeren Staaten und Gruppen kleinerer Staaten gesonderte Tafeln eingerichtet hat. Für Preußen selbst werden drei Hauptgebiete unterschieden, Preußen-Ost, Preußen-Mitte und Preußen-West, dazu tritt noch eine für Berlin, das für sich ja ständig schon seit langen Jahren Sterbetafeln berechnet.

Geht man die einzelstaatlichen Tafeln durch, so bemerkt man, daß nach dem 25. Altersjahre Mecklenburg-Schwerin die weitaus niedrigsten und die Hansestaaten die höchsten Sterbenswahrscheinlichkeiten aufweisen. Der ländliche Charakter der mecklenburgischen Bevölkerung und der städtische der Hansestaaten mag hier von wesentlicher Bedeutung sein. Beim weiblichen Geschlecht sind so bedeutende Unterschiede nicht vorhanden. Zwar steht auch hier Mecklenburg an günstiger Stelle, aber die Hansestaaten sind durchaus nicht immer an so ungünstiger, wie beim männlichen Geschlecht. Es folgt daraus, daß der Unterschied in der Sterblichkeit der beiden Geschlechter in der städtischen Bevölkerung der Hansestaaten weit größer ist als in der ländlichen Bevölkerung Mecklenburgs. Bis zum 15. Altersjahre sind die Sterblichkeitsverhältnisse in den städtischen Provinzen Preußens recht ungleichmäßig, in der Altersstufe von 15 bis 20 Jahren werden sie günstiger, zwischen 20 und 25 Jahren wird sogar im östlichen Preußen beim männlichen Geschlecht die Sterblichkeit am günstigsten. Kechnlich verhält es sich in Bayern. Auch dort ist die Kindersterblichkeit sehr hoch, während die Altersklassen von 10 bis 20 Jahren recht geringe Sterbenswahrscheinlichkeiten aufweisen. Die späteren Stufen weisen dagegen wieder hohe Sterblichkeitsraten auf. In den östlichen Provinzen von Preußen hält wenigstens bei den Frauen die geringe Sterblichkeit bis ins höchste Alter an.

Die amtliche Publikation enthält über die Sterbenswahrscheinlichkeiten vorzüglich und lehrreiche graphische Darstellungen, aus denen man sich ein gutes Bild über die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen verschaffen kann. Mit ihrer Hilfe überseht man die Sterblichkeitsverhältnisse besser als durch die langen Zahlenreihen der Tabellen hindurch.

Die Säuglingssterblichkeit ist im allgemeinen im Deutschen Reich sehr hoch, doch verhalten sich darin die einzelnen Landesteile sehr unterschiedlich. Am höchsten ist sie im R u n d l a n d Sachsen. Die Sterbenswahrscheinlichkeit erreicht dort für die männlichen Säuglinge 0,301, d. h. von 1000 lebendgeborenen Knaben sterben im ersten Lebensjahre in Sachsen über 300! In Bayern ist der Satz nicht ganz so hoch, er beträgt auf 1000 aber immerhin noch 287. Oldenburg weist dagegen nur die äußerst geringe Säuglings-Sterbenswahrscheinlichkeit von 0,1418 auf; diese wird nur noch von Schweden übertroffen. Sieht man von den ersten beiden Lebensjahren ab, so bietet Mecklenburg-Schwerin die günstigsten Verhältnisse, was sich aus dem hohen Werte der Lebenserwartung für die zwei Jahre alten Kinder erkennen läßt. Die Lebenserwartung beträgt für das männliche Geschlecht in Mecklenburg 57,19 Jahre und übersteigt damit die Lebenserwartung aller verglichenen Staaten. Selbst Schweden, das schon seit Jahren überaus günstige Sterblichkeitsverhältnisse besitzt, erreicht diese Zahl nicht. Die entsprechende Zahl lautet dort nur 53,95 Jahre. Beim weiblichen Geschlecht hat Schweden auch in diesem Altersjahre eine höhere Zahl, denn die Lebenserwartung eines zweiährigen Mädchens ist in Mecklenburg 58,80, in Schweden 58,70 Jahre.

Von großem Vorteil ist es auch, daß die amtliche Veröffentlichung eine Reihe ausländischer Staaten, von denen Sterbetafeln vorliegen, zum Vergleich herangezogen und die Zahlen vergleichbar bereitet hat. Die Stellung Deutschlands in der Reihe der Kulturstaaten ist dabei nicht überaus günstig. Beim männlichen Geschlecht besitzen bis zum fünften Altersjahre Schweden, Dänemark und Frankreich die günstigsten Sterblichkeitsverhältnisse. Ihnen folgen der Reihe nach Belgien, Massachussetts, England und Deutschland, während Desterreich und Italien hier am ungünstigsten dastehen. In der Altersstufe von 5 bis 30 Jahren steht England an der Spitze; es folgen Belgien, Deutschland und die Niederlande, während Schweden in diesem Falle noch hinter Deutschland zurücksteht. Frankreich, Massachussetts und Desterreich stehen am ungünstigsten. Für die Klasse von 30 bis 70 Jahren ist aber wieder Deutschland sehr ungünstig, wogegen Schweden bei weitem den günstigsten Stand hat. Niederlande, Italien und Belgien, Frankreich, Massachussetts, das Deutsche Reich, England und Desterreich bilden die Reihenfolge.

Beim weiblichen Geschlecht ist die Reihenfolge der Staaten ungefähr dieselbe. Die höheren Altersklassen der Frauen sind in Deutschland, England, Belgien günstiger als diejenigen der Männer, wogegen in Italien, Massachussetts und Desterreich das weibliche Geschlecht das weniger günstige ist. Für die über 30 Jahre alten Personen ist Schweden das Dorado; in absteigenden Linien folgen sich Dänemark, Belgien, Frankreich, Deutschland, England, Massachussetts und Desterreich.

Ansre Gulen.

I. Der Waldkauz.

Am Franzosengrab, hundert Schritte waldbenwärts, steht eine alte, knorrige Eiche. Zudig ragen ihre alten, abgehörbenen Wipfeläste gen Himmel, und fixierend bewegt der Wind ein Stück abgestorbene Baumrinde. Dort ist es nicht recht gehener. Abendlich, wenn die letzte Straßenbahn vorbeigerollt ist, wenn alles stumm und still in der Munde, da beginnt hier ein nächtlicher Spuk.

Mit einem verhaltenen Piff beginnt es; einen entfernten Signalpiff einer Lokomotive vermischt der nächtlicher Wanderer zu vernahmen. Aber bald sieht er sich getäuscht. Ein Mensch ist wohl auf die hohe Eiche gestiegen, ganz deutlich hängt sein Rümpfen von dort. Doch wieder klingt der Piff, lauter, näher erdirt er, jetzt geht er in einen sauchenden Triller über, wieder der Piff und nun ein röhrendes Krächzen. — Dem Wanderer wird es kalt auf dem Rücken, was war das nun? Doch gewiß ein Tier, sucht er sich Mut zu machen und geht weiter, bis aus neue die rätselhafte Eiche erklingen oder ein schwarzer Schatten geisterhaft an ihm vorbeischiebt. Da ist das letzte blicken Ru verschwinden. Heberall scheinen dunkle Schemen vorüberzugehen, bald nahe, bald fern erdirt der wilde Juchzer, kein Wunder, wenn der Wanderer mit doppelt eiligen Schritten seinen Weg fortsetzt.

Er weiß es ja nicht, daß hier der Waldkauz seiner Gattin von seiner Liebe singt. Er braucht nur herauszuschleichen an die hohe Eiche und zu beobachten, dann würde seine Kluglichkeit gewiß bald in Freude über das sonderbare Gebaren der Vögel verwandelt sein. Auf dem blassen Aste der Eiche zeichnet sich der Umriß des Singers gegen den Himmel ab. Die eine abgedrehte Angelugel, so rund ist der Kopf und mächtig groß im Vergleich zum Körper. Gerade als wolle er prüfen, wie fest wohl der Kopf auf dem Halse ist, wackelt der Kauz damit hin und her, dehnt und verkrüpelt den Hals und macht Widlinge. Dann pfeift er wieder sein tiefes und schneidriges Ät, dem der aufsteigende und abfallende Triller folgt.

Jetzt scheint das Weibchen zu nähen. Mit unhörbaren Flügel schlägen fliegt ein zweiter Waldkauz herbei und läßt sich auf der Eiche nieder. Doch kein Weibchen ist es, ein Nebenbuhler versucht den Familienfrieden zu stören. Auch er beginnt, mit tiefer Stimme seine Ballade vorzutragen, der erste fällt ein und sucht den Stützpunkt zu überfliegen — ein wunderlicher Sängerkrieg entbrennt. Immer höher werden die verlebten Kränge, die Triller tönen immer lauter, heulender, dazwischen sauchen und schnarren sich die nächtlichen Liebhaber an, kreischen auf und stürzen schließlich auseinander zu. Gerade als hätten sie die lange Rederei satt, gehen sie zu Täuschlichkeiten über. Zwar möchte jeder dem andern eins auswichsen, aber auch selbst nicht mit den nadelspitzen Krallen des andern in allzu nahe Berührung kommen. Bald schwingt sich der eine fliehend durch die dichten Nester der Bäume, hiezig verfolgt vom andern, bald wieder geht er zum Angriff über und treibt den andern vor sich her. Geräuschlos geht der Streit natürlich nicht ab. Zwar von dem Flügel schlägen vermag auch das feinste Ohr nichts zu vernahmen dank der weichen Federn, aber wenn der eine dem andern zu nahe kommt, geht ein Getöse und Getöse los, daß man glaubt, wenigstens einer müsse sein Leben lassen. Aber nur einige Federn rufen sie sich aus.

Das Weibchen hat eine Weile teilnehmend auf der Eiche geistet dicht vor der Baumhöhle, die sie als Nistplatz erwählt hat. Der Streit der Männchen läßt sie kalt, sie kämpfen um ihren Besitz, doch ist gar nicht dergleichen. Mögen sie sich nur raufen, mich geht das nichts an! denkt die beralte Eiche, schwingt sich ab vom Nistbaum und streicht auf Nahrungssuche aus.

Rund und mollig steht der sitzende Waldkauz aus mit seinen seidenschönen Federn, und auch im Flug prägt sich die Weichheit aus. Rund sind die großen Schlingen, rund der Kopf, sanft und ohne Ecken werden die engsten Kurven beschrieben, dann wieder ein Stück gedrückt und dann wieder mit den Flügel gerundet. Dabei schälen enstlich die schwarzen Augen hinunter in das Gewirr der Grashalme auf die Weide, die nur schwach von saulen Sternenschimmer erhellt sind. Der Gesichtsfeld aus dünnen borstenartigen Federn ist aufgerichtet, so daß er nur lose die mächtigen häutigen Ohren bedeckt.

Und wie schart ist das Gehör der jagenden Eule! Auf hundert Schritt hört sie das leise Pflipen sich zankender Mäuse, ja sogar die genaue Richtung und Entfernung hat sie mit fast unfehlbarer Sicherheit beim ersten Tone gemerkt. Man braucht nur einmal die Probe zu machen, wenn man beim nächtlichen Anstande in gut verdeckter Stellung ist und einen Waldkauz jagen sieht. Beim ersten „Mäuseln“ schwenkt er herum und kommt schnur gerade auf das Versteck zu. Vermag er vom Beobachter nichts zu entdecken, dann fliegt er ihm sicher in Meterhöhe über den Kopf, schwenkt herum und kreist einige Male über der Stelle, wo das Pflipen der Beiblingsbeute ertönt. Dann setzt er seinen Jagdzug fort, aber immer wieder kehrt er zurück und sucht das Versteck der Maus zu erspähen.

Unser Waldkauz hält sich auf der Eiche nach „Wild“ auf der Weide nicht lange auf. Er kennt sein Revier und weiß, daß hier die Aussicht nicht besonders groß ist. Deshalb schwebt er am Waldbrande entlang dem Wildgatter zu. Dort wird den Jägern und Hirten an verschiedenen Stellen Futter geschüttet, da stellen sich die kleinen Mager gern zu Gasse ein. Auf dem Dache der Blockhütte setzt sich die Eule nieder und dreht und wendet den Kopf bald rechts und bald links. Schon haben auch die scharfen Ohren ein leises Wispeln und Rascheln vernommen, eine Waldmaus hüpft unter dem Fellen hervor und saßt ein Wasserhorn, um damit in ihr Schlupfloch zurückzureden. Da ist ein schwarzer Schatten über ihr, vier nadelspitze Krallen fahren ihr durch den Leib und erdichten ihr angstvolles Quieten. Der Waldkauz aber stiegt wieder hinaus auf den Balken, dreht den Kopf rechts und links, nimmt schließlich die Maus aus dem Range und schluckt sie hinab. Wieder ist er und lauert. Lange Zeit regt sich nichts; der leise Todeshauch ist doch nicht ungehört verhallt und hat die Artgenossen gewarnt. Endlich, nach einer halben Stunde etwa, geht das leise Rascheln wieder los unter dem Strohe. Wieder ruant der Waldkauz und schwebt wieder zum Boden. Doch diesmal mißglückt die Jagd. Nur eine Spanne weit war die Maus aus dem Loch gefahren und dann mit einem Ruck in das sichere Loch zurück, so daß die todbirgenden Krallen schlaggriffen. Wieder blodt der Waldkauz auf seiner Warte, aber nun läßt sich keine Maus mehr sehen. Viel sind überhaupt nicht mehr da, allzuoft ist schon Jagd auf sie gemacht worden. Darum auf hinüber zur Jagenunterstützung!

Mit gleichmäßigen Flügel schlägen streicht der Kauz dem Walde zu. Obgleich er gar nicht an Jagd denkt, sind seine Sinne doch auf der Wacht wie immer. Am Waldbrande schwenkt die Eule mit einmal und setzt sich auf einen niedrigen Ast. Auf der Weide regte sich etwas, was mag das gewesen sein?

Eine Verheerung kann es nicht sein, die kommen doch nicht auf die Waldwiese, eine Maus war es auch nicht, es rasselte nur einmal, also was war es? Scharf spähen die schwarzen Augen auf die Wiese hinüber, und nun haben sie auch gefunden, was sie suchen. Ein Maulwurfsgraben hebt sich ruckweise, und nun erntet das Geruch wieder, ein Erdklumpen rollt in das raschende Gras. So leise das Geräusch auch gewesen war, der Knag hatte es doch vernommen, ja er hatte sogar gehört, daß es anders klang als das leise Wispern des Windes im Grase, daß es von einem Tiere herrührte.

Wieder spöht der schwarze Wähler Erde empor und arbeitet ernst, wühlt mit breiten Vorderfüßen und scharrt mit den Hinterbeinen die Erde nach außen. Jetzt erscheint das kurze, vorstige Schwänzchen über der Erde, fohar der Saumpelz des Hinterleibes wird sichtbar, und darüber schwebt der Tod. Vier Dolche durchbohren das glatte Fell, vier Gulgensehen schließen sich zur tobdringenden Umklammerung. Armer Maulwurf! Dein Todesfroh vermag das Räuberherz nicht zu erschrecken, dein Strampeln und Kratzen nützt dir nichts. Das Erdreich ist locker, so daß alles Einstemmen der muskulösen Vorderbeine nichts nützt. Mit einem Ruck hat der Waldlaus seine Beute aus dem Rohle gerissen, der zweite Gang greift in die Brust und der Schnabel zermalmt die empfindliche Nase des Opfers. Dann beginnt das Mahl. Das ist nicht so einfach als das Verzehren einer Maus, die einfach verschluckt wird. Rechtmals reißt und rupft die Gule, ehe sie die Haut am Banche zerreißen hat, aber dann geht es rasch, und nicht ein Stüchchen Wollse bleibt zurück, alles wird hinabgeschlungen.

Nun ist Frau Kang so ziemlich gesättigt. Auch hat sie jetzt Gemüthsruhe, daß sie den Herrn Gemahl so treulos im Stich gelassen hat. Sie leht deshalb durch den Wald zum Nistbaum zurück. Stampfend eilt unter ihr ein Kaninchen in die Deckung, das den Schatten durch die Bäume hat streichen sehen. „Nanu, was ist denn das, die Kaninchenmutter ist schon wieder guter Hoffnung“, faucht Frau Kang, „dann wird es doch für und auch Fett, und Eierlegen zu denken! Wenn die jungen Kaninchen vor den Baue spielen, dann gibt es immer was zu greifen zur Nahrung für meine Kleinen.“

„Nein, so haben wir nicht gewettet, du kriegst mich schon lange nicht“, das mag das julk bedeuten, daß sie dem Männchen antwortet, daß die Gattin endlich gefunden hat und spielend nach ihr steht. Nun beginnt das ewig neue Spiel der Liebe, das spröde Fischen, die verlockende Annäherung des Weibchens, das härtliche Verben des Männchens. Hat er das Spiel satt und bloß ausruhend auf einem Aste, dann neckt sie ihn und spöht ihn von seinem Stibe, um dann vor dem Raschenden zu entschließen und die Spröbe zu spielen.

Nur wenige Wochen wird es noch dauern, dann sieht Frau Kang auf ihrem ersten, weißen Ei, nach ein paar Tagen sind es drei oder vier, die dann drei Wochen bebrütet werden müssen. Sind die Jungen ausgeschlüpft, dann hat aber das behäufliche Züchtchen ein Ende. Dann heißt es arbeiten, denn die kleinen Schmängel sind schwer vollzutragen. Nur langsam wachsen die kleinen, weißen Dunenbollen heran, langsam fangen Federn an zu spricheln und Wochen vergehen, ehe der erste zahalte Versuch gemacht wird, die Nisthöhle zu verlassen. Das grüßte und gefährliche wagt sich zuerst an den Eingang der Höhle. Aber Tage vergehen, ehe es sich bis zum nächsten Ast getraut. Dort flut es und bettelt mit feinen, hohen Pfeifönen die Alten um Futter an. Und die benutzen die Gelegenheiten, auch ihre andern Jungen zum Ausfliegen zu bringen: sie flattern nur das ausgesetzene Kind vor den Augen der hungernden andern. Und siehe da, das Mittel wirkt. Am Nachmittage fliegt eines nach dem andern hülflos zum Aste, und dicht gedrängt fliegen bald die vier kleinen Wollknäuel auf dem Ast und klettern nach Futter. Zwar dauert es nun nicht mehr lange, bis sie ziemlich gewandt fliegen können, aber selbständig werden sie erst viel später. Sie müssen ja erst noch so vielerlei lernen. Sie müssen ihre Ohren üben, bis sie das Rascheln des Windes vom Knabbern der Mand unterscheiden können, ihre Schwingen müssen kräftig werden und ihre Kränge stark, daß sie leise schweben und kräftig aufsetzen können, um schließlich einen billigen Hamster oder eine wehrhafte Matte zu übermähtigen. Aber sie stellen sich nicht ungeschickt an, und im Laufe des Sommers lernen sie achten auf das Wischern der Mäuse, sie vernehmen das leise Atmen der schlafenden Mäuser im Nisthorst, sie trauen sich, Jungkaninchen zu schlagen, und scheuen sich auch nicht, eige junge Fasans im Walde, eine kleine Rebhenne im Felde zu greifen, kurz, es sind echte Waldläuse geworden.

A. x.

Kunstchronik.

Altes Theater (Der Kastelbinder). — Richard Kastelbinder gehört seitlich zu den besten Operetten der neueren Zeit. Mit relativem gutem Gewissen bunte man ihn den Namen einer Volksoperette geben, sofern sie eben aus natürliehen und gesunde Verhältnissen heraus entwickelt, und diese Verhältnisse vollständig sind. Das arme Knaben — hier Kastelbinder — aus ihrer Heimat ziehen und eventuell in der Fremde ein bescheidenes Glück sich gründen, während die Mädchen zu Hause bleiben und erst später etwa als Diensthöten in die Stadt kommen, entspricht nicht nur der Verhältnissen in Wiederherstellung, sondern kommt allenthalben vor. Das solche Irth auf sich gestellten Knaben vor dem Verlassen der Heimat sich auf Veranlassung ihrer Eltern mit einem Mädchen verloben, ist etwas, das zwar nicht alltäglich, aber doch noch recht vertraut ammutet, und daß die beiden Verlobten sich im Laufe der Jahre ganz vergessen und sich längst nach etwas Nählerliegendem umgesehen haben, das ist sogar ganz natürlieh. Würde die Operette Jugendliche in üblich sentimental Weise verherrlichen, dann wäre die Sache verlogen, aber das Stück arbeitet ganz frisch und natürliehen Verhältnissen heraus und wirkt, so weit dies in Operetten möglich ist, wie ein Stück Leben. Auch alle andern Hauptpersonen sind mit gesundem Blid dem Leben entnommen, der zweite Akt arbeitet mit solchem Glid, daß man nur wünschen könnte, Leon, Lehars hauptsächlichster Textverfasser, hätte diesen gefunden Boden nie verlassen.

Die originale Gestalt des Juden Pfefferkorn gab Herr V. Dabitz aus Breslau als Gast auf Engagement. Am meisten interessierte die sein durchdrachte Leistung im ersten Akt. Der Gast vermißte hier absolut jede Karikatur und arbeitete die Beschränktheit und Gutmühtigkeit des Zwiebeljuden, ohne dabei die Pfiffigkeit zu vergessen, besonders dadurch aufs glidlichste heraus, daß er die semitische Weichheit hervorhob und den ganzen Charakter von hier aus zu fassen suchte. Dabei besitzt Herr Dabitz große Gewandtheit im Spiel, er scheint überhaupt zu den Komikern zu gehören, die durch kleine, feinere Züge zu interessieren vermögen. Leider ist die Stimme sehr schwach, selbst beim gesprochenen Wort; es kommt wirklich darauf an, ob Herr Dabitz himmlisch etwas ausfällt. Das man es bei dem Gast mit einem gestolbenen Künstler zu tun hat, unterliegt keinem Zweifel.

Das Battenbergtheater hat den ersten Orchesterspieler, Leipzig: Literatur zu fördern, schon mehrmals beschäftigt; leider bisher, wieviel ich weiß, ohne einen Erfolg zu erzielen, der über sein eigenes und geringes Publikum hinausdrang. Mit dem fünfaktigen Drama des Herrn Dr. Frick Michael: Die Sinderbank, dürfte es auch nicht mehr erreichen. Denn dieses Werk, das neben einem herrlichen, harten Pastor eine etwas haltlose Tochter stellt, die sich einem Schurken von Baron hingibt, ist im rein technischen wie in der Charakterisierung von solcher Naivität und Unbefonnenheit, daß es sehr oft unfreiwillig komisch wirkt. Es sind Dinge darin — wie die Schilderung des furchtbaren Barons, der der Pastorentochter gefährlich wird, und des jungen Geislichen, der die Geschwängete heimführen und den

Berührer retten und bessern will — die zum Angeheuerlichsten gehören, was ich seit Jahren auf einer Bühne gesehen habe. Mir scheint es bei dieser Sachlage nicht angebracht, den Autor und sein Stück ernsthaft zu besprechen oder ihm den Gelächter preiszugeben. Wichtig ist es wohl, die Direktion des Battenbergtheaters daran zu erinnern, daß auch die Pflege der Leipziger Dilettantenverei ihre Grenzen haben muß. Wenn aber einmal ein Stück wie die Sinderbank ausgeführt werden sollte, dann wenigstens die Direktion dafür sorgen lassen, daß die ärgsten Unmöglichkeiten beseitigt wurden. Nach einige Schritte auf dem eingeschlagenen Wege weiter — und auch das Battenbergtheater hat einmal einen Premierenstandal.

Das neunte Philharmonische Konzert stand wieder unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Vogel und brachte unter Mitwirkung des Philharmonischen Chors zwei für Leipzig neue Werke. Camille Saint-Saens' Le deluge (Die Sintflut) ist ein schon älteres Werk, zeigt aber das künstlerische Charakterbild seines Schöpfers offen auf; es ist ein Produkt, das — wie eben das meiste von Saint-Saens — über eine rein formale Nachahmung klassischer Vorbilder nicht hinauskommt; es gibt darin kaum etwas Minderwertiges, aber nirgends auch wird etwas künstlerisch Eigenartiges, besonders Wertvolles erreicht. Alles ist in der schönsten Ordnung, und damit wird der Kunstphilister zufrieden sein; ja, dieser wird sich vielleicht durch die allerhand hübschen Tonmalereien (etwa im Haydnischen Stil) in gewisse Stimmung versetzt finden und bei der Schilderung der Sintflut selber, dem Drehpunkt des Ganzen, nicht wie wir elementare Wucht und ursprüngliche Gestaltungskraft vermissen. Im ersten Teil ist nur das Streichorchester verwendet, weniger wohl, um die übrigen Kräfte für die Darstellung der Sintflut aufzusparen (dies wäre auch für einen Meister der Instrumentierung kein Grund), sondern um einen gewissen Parallelismus herzustellen zwischen den Darstellungsmitteln und dieser nicht idealisierten Urzeit. Kein äußerlich soll diese Beschränkung der Mittel auf das Wertvollste quasi ein Abbild sein des biblischen Lebens, der patriarchalischen Welt, und hier hat zweifellos Nishul mit seinem genialen Joseph anregend gewirkt. Nur freilich: Saint-Saens zeigt sich mit diesem Werke durchaus als Effektier. Louis Gallard Text ist echt französisch, d. h. mit jener Unbestimmtheit entworfen, die auch den holden Unstun (verg. das erste Tenor Solo) liebt, wenn er sich gut präsentiert. — Viel wertvoller war die Bekanntschaft mit dem zweiten Werke: Vert lac (von Karl Vogler, ein aus Nishul'sch Alls sprach Zarathustra zusammengestellter Text, für Soli, gemischten Chor und großes Orchester komponiert). Der jetzt 30 jährige Schöpfer hat bereits mehrere Nishul'sche Texte, von denen die schönsten zweifellos eine Vertonung verdienen, komponiert und sich vor nicht allzu ferner Zeit hier in Leipzig mit seiner Orchesterleitung Flagellantenanzug vorgestellt. Dieses letztere Werk fanden wir wohl im allgemeinen talentvoll, aber schwach in Erfindung und unmaßig in Anwendung der Mittel. Bei dem Herrn lagen wir dem Komponisten durch die Worte ein fester Halt gegeben, und diesen Umstand nutzte Nishul in so günstiger Weise aus, daß sein Werk 8 also eine in allen Teilen interessante, in einzelnen Abschnitten sogar höchst gelungene Schöpfung ausgesprochen werden muß. Nishul ist einer von den wenigen modernen Komponisten, die für Chor und Orchester zu schreiben verstehen. Das Nachbild (Nun reden lauter alle springenden Brunnen) ist das schönste und wertvollste Stück des Ganzen, das reich ist an seinen Zügen (z. B. die Fragen: wie überwand ich solche Wunden? usw.) und in einem wahrhaft diaphanen Jubel ausklingt. Auf Einzelheiten einzugehen erspare ich mir; das Werk beweist ein bedeutendes Talent, mit dem man in Zukunft zu rechnen haben wird.

Die Aufführung beider Werke war gut, besonders im Chorischen Teile, und das gibt Zeugnis, daß unter der richtigen Leitung Capels mit Lust und Fleiß gearbeitet wird. Auf Verstärkung möge man noch bedacht sein. Die solistischen Leistungen waren nicht alle gut: Frau Grimm-Mittelmann und Herr Süpperg seien genannt. Herrn Reader schil's noch sehr an einer guten Aussprache des Deutschen und an sinnvoller Einteilung des Atems.

Deutsches Buchgewerbeuseum. Das Buchgewerbeuseum hat einen neuen Direktor erhalten, der wohl berufen erscheint, einen vollwertigen Erfolg für den vor Jahresfrist abgegangenen Dr. Wilrich darzustellen. Wir begrüßen Herrn Dr. Schinnerer und wünschen ihm Glück und Angenehmes in seiner neuen verantwortungsvollen Stellung. Er hat die Leipziger Freunde des Buchgewerbeuseum zu zwei gleichzeitig veranstalteten Ausstellungen eingeladen. Am sogenannten „Saal der alten Druke“ finden wir Lithographien der französischen Romantiker. Es ist eine Darbietung von Lederbüchern für den Kulturforscher wie für den Kenner und Freund graphischer Kunst. „Französische Romantik“ ist ja der Höhepunkt der Kultur des verlorenen bürgerlichen Jahrhunderts bei unsrer Nachbar. Sucht man in der Dichtung Frankreichs nach dem umfassenden Ausdruck dieser Kulturperiode, so taucht der Name Josias glorio aus. In der bildnerischen Frankreichs ist weder Plastik noch Malerei der Kulturlebenswahrheit so nahe gekommen wie die französische Graphik, und in der Graphik wiederum ist es die Lithographie, die vor allem die graphische Technik dieses Jahrhunderts ist, dieses Jahrhunderts der „bürgerlichen französischen Romantik“.

In ihrer realistischen Darstellungskraft der bürgerlich freihitlichen kleinen Lebensfreude, die Spieler und Zausenische „romantisch“ vereint, sprechen die Blätter der Gavarni, Delaeroix, Verneil, Decamps usw. gleichzeitig so künstlerisch kräftig und schaffensreich wie kulturell beschränkt und gemilcht phantastisch, daß man den Puls jener Zeit rasch findet und pochen sieht. Aber ebenso rasch und deutlich fühlt man, daß unsre Zeit andern Pulsschlag hat. Nishul mit Erstaunen und leichtem Grauen.

Mit Erstaunen und einigen Grauen findet man aber beim Durchstudieren der technischen Möglichkeiten, die von jenen Penten beherricht werden, daß auch jene selbstverständliche Sicherheit und Zinsensflille gerade für die Lithographie einigermaßen abhanden gekommen sind. Der „billige Effekt“ der farbigen Lithographie hat es unsern industriellen Möglichkeiten- und Dilligungsgefühlen angetan, so daß sie die Lithographie „proletariert“ und aus dem ganzen Seelen ein Arbeiter drerfister. Aber noch leben und die Tänge eines Rudwlg von Hofmann, die lithographischen Heroenphantasien von Lederstrump und Nishul's eines G. S. Vogt; noch ist die ursprüngliche Schönheit der leichtesten Gefühlsregenden Griffelkunst der Lithographie für die reproduktionsbedürftige Massenkultur nicht verloren.

Am Erdgeschlo links sind die Zeichnungen und graphischen Arbeiten von F. W. Villen (Berlin) zu sehen. Soll das bewachte, beabstimmte hebrätsche Kunst sein? Die Nishul kommt klar und klarer zutage, aber Kunst ist es schon deshalb nicht, weil ein lebendiger künstlerischer Inhalt nie „beabstimmte“ sein kann. Villen aber geht ganz absichtlich graphisch auf den Kulturmhalt des Alten Testaments los: ein Zionit der Graphik; so ist er denn ein Buchgewerbetler der Bibel geworden, aber der „Künstler“ ist in ihm darüber zum Teufel gegangen. Alles Ornamentale ist sehr schön klar, abgewogen, durchgelit, aber alles Figürliche und sein inneres Leben ist dabei leider mit verklärt und vergeistigt worden, zu ornamentaler Wirkung poliert, kristallisiert, destilliert worden. Wir sind durchaus nicht antipathisch, aber in dieser blutleeren, vom Jahrtausendstud erblühten Idealisierung ist das Jubentum ein unmöglicher unsympathischer Unstun geworden. Villen hat eben alten Nishul, jede temperamentvolle Nishul und Writium, ja den würdig unangepfunden Jehova zur alten europäischen Gouvernante Nishul'sch geschickt, um sie gekütert und wohlgezogen zurückzuführen ins „gelobte Land“. Aus der Masse ist ein Schemen geworden, ein Nishul'sch.

Neues Theater. Donnerstag: Strandfänger, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann (Erstaufführung). Freitag, 8 Uhr: Elektra. Sonnabend: Die Wildente. Sonntag, 7 Uhr: Carmen. Montag: Sappho (neu einstudiert). — Altes Theater. Donnerstag: Der Graf von Luxemburg. Freitag: Die Dollarprinzessin. Sonnabend: Langhansrufer. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die Wildente), abends 8 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Montag: Der Graf von Luxemburg.

Die Erstaufführung des Militärschwankes Der Feldherrnhügel ist von der Direktion auf den 28. März festgesetzt worden. Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, am 7 Uhr, die im Alten Theater 8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Donnerstag: Rabala und Liebe (halbe Preise). Freitag, 7 Uhr: Hamlet (Gastspiel Ferdinand Bonn). Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr: Die der Wald in die Stadt kam, abends 8 1/2 Uhr: Simon (Gastspiel Ferdinand Bonn). Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Die der Wald in die Stadt kam), nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkeverein G. T. (Clasio), abends 8 1/2 Uhr: Simon (Gastspiel Ferdinand Bonn). — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomastor). Donnerstag: Ein Herbstmanöver. Freitag: Nishul'sch Dubel'sch. Sonnabend: Der Jodenklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Nishul'sch Dubel'sch), abends 8 1/2 Uhr: Nishul'sch Dubel'sch.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Donnerstag: Die Sinderbank. Freitag: Helene Kubelsch. Sonnabend: Die Sinderbank.

Notizen.

Gezähmte Kobben. Dressierte Sechunde, und namentlich Seelöwen, sind fast zu einer ständigen Erscheinung im Zirkus- und in Zoologischen Gärten geworden, und es scheint, als befähigen diese Tiere einen besonders hohen Grad von Geschicklichkeit. Ganz anders steht es mit den Pelzrobben, die wegen ihres Abbeides von der Jagdler des Menschen verfolgt werden und dadurch schon fast dem Aussterben nahe gebracht worden sind. Diese Bedrohung, der sie alljährlich ausgesetzt sind, mag sie zu so scheuen Tieren gemacht haben. Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die Erhaltung von Robben in der Gefangenhaltung bis auf die neueste Zeit nie gelungen ist. Zum erstenmal hat jetzt ein Tiergarten in San Francisco mehrere Pelzrobben aus Alaska einige Monate lang in erfolgreicher Pflege gehabt, und dieser Umstand hat so großes Aufsehen erregt, daß zwei Zoologen vom Staatlichen Fischerei-Bureau der Vereinigten Staaten in der Wochenchrift Science eine lange Beschreibung dieser Tiere und ihrer Gewohnheiten bringen. Ein früherer am selben Orte vorgenommener Versuch war völlig schlagelungen, da die Tiere die Nahrungsaufnahme in der Gefangenhaltung durchaus verweigerten und infolgedessen bald an Abzehrung zugrunde gingen. Seitdem galt es als feststehend, daß diese Tiere in der Gefangenhaltung überhaupt nicht züchten. Die beiden Kobben, die jetzt dies Vorurteil der Menschenfeindschaft widerlegt haben, wurden in ganz jugendlichem Alter von einem amerikanischen Schiffer aus Alaska gebracht, haben seit Anfang Oktober an ihrem Verbonnungsort gelebt und dabei lustig ihr Futter ausgegenommen. Der Arzt jenes Schiffs hatte zuerst an einer Kobbe die Erfahrung gemacht, daß er sie dazu bringen konnte, getrocknete Fische aus der Hand zu fressen. Dies Tier starb jedoch trotzdem nach drei Wochen an Krämpfen. Seine beiden Nachfolger aber befinden sich noch jetzt nach viermonatiger Gefangenhaltung in allerbestem Zustand. Bei dem Männchen dauerte es freilich mehrere Wochen, bis es sich herbeiließ, einige frische Deringe und etwas getrockneten Lauch zu sich zu nehmen, und auch das erst, nachdem eine Operation an ihm vollzogen worden war. Es wurde nämlich chloroformiert und das Jungensband durchschnitten, weil man feststellte hatte, daß das Tier bei den ersten Ernährungsversuchen mit kondensierter Milch an Schlußbeschwerden litt. Bei dem Weibchen war diese Operation nicht nötig gewesen, aber nur deshalb, weil es ihm gelungen war, durch eigene Anstrengungen das Jungensband zu zerreißen. Wenige Tage danach hatte es von selbst zu fressen begonnen. Das Männchen erwies sich überhaupt als mehr wählerisch und legte sich auch nach der Operation damit, die dargebotenen Fische zu beschmälzeln, lehnte sie aber ab, weil sie nicht frisch genug waren. In der ersten Zeit wurde der Käfig zwei- oder dreimal täglich mit frischem Wasser gefüllt. Später wurde er während des Tages voll Wasser gehalten und während der Nacht angeleert. Am Tage schienen die Kobben kein Verlangen zu haben, das Wasser zu verlassen. Wenn am Morgen der Käfig neu gefüllt wurde, zeigten sie ihre Freude darüber aufs deutlichste. Die Tiere sind sehr zahm geworden und lassen sich anherhalb des Wassers gern liehoben. Nur wenn eine schnelle Bewegung gemacht wird, schnappen sie zu, aber auch nur in milder Weise, wenn man die Hand ruhig hält. Freilich wäre dieser Erfolg ohne die größte Geduld und Sorgsamkeit des Wärters nicht zu erzielen gewesen. Er litterte sie in der ersten Zeit, indem er ihnen das Maul selbst öffnete und ihnen Milch mit Fischkücken einfüllte, und oft genug kamen dabei nur kleine Mengen bis in den Magen, die aber doch genügten, das Verhungen zu verhillen. Später wurde Fischfleisch an das Ende einer Schnur gebunden, womit der Wärtter die Tiere so lange neckte, bis sie zuschnappten, dann wurde natürlieh die Schnur abgeschnitten. So lernten die Kobben allmählich das Fressen. Vielleicht wird man nach diesem ersten gelungenen Versuch die schönen Kobben von Alaska auch bald als Neuzucht in Zoologischen Gärten zu sehen bekommen.

Ein neubauender Frosch. Da es sogar Fische gibt, die auf Bäume klettern, kann eine ähnliche Gewohnheit bei Froschen kaum überraschen. Dagegen haben weitaus die meisten Frosche den Brauch, ihre Eier im Wasser abzulegen. Eine Ausnahme macht ein Raubfrosch, der in Brasilien auf Bäumen lebt. Er verfertigt sich ein vollkommenes Nest, das er an Wllchen über dem Wasser aufhängt, so daß die Kantquappen, nachdem sie ausgeschlüpft sind, gerade ins Wasser herunterfallen, wo sie sich weiter entwickeln sollen. Das Nest wird aus einer Anzahl von Blättern zusammengeliebt. Als Leim benutzen die Frosche eine Ablagerung von leeren Eizapseln, die zusammen eine Art von hader Gelatine bilden. Sind die Eier in das Nest abgelegt, so wird dies mit einer ähnlichen Masse von leeren Eizapseln verschlossen, so daß in einem Nest, das von den Froschelttern mit Sorgfalt angelegt und versorgt worden ist, nicht ein einziges Ei der Luft und dem Licht ausgesetzt ist. Die Gewohnheit dieses Frosches hat Dr. Agar erforscht und vor der Londoner Zoologischen Gesellschaft beschrieben. Sein Bericht erinnert etwas an die Mittelungen, die schon früher über das Leben der Kletterfrosche in Kamerun und des japanischen Raubfrosches gemacht worden sind. Diese begnügen sich allerdings damit, den schaumähnlichen Laich auf Blättern anzuflehen, und überlassen es dem starken tropischen Regen, die ausgeschlüpften Larven herunterzuspielen. Am Boden findet sich dann immer genug Wasser, um die hoffnungsvolle Nachkommenschaft der Frosche aufzunehmen. Der Neubau scheint dem brasilianischen Raubfrosch allein eigenümlich zu sein. Sein Vetter in Kamerun klebt zwar auch zu weilen mehrere Blätter mit dem Laich zusammen, aber schiedbar nur unabhinglich.